Heute auf Seite 3: „Holocaust-Industrie“ am Pranger

Das Ostpreußenblatt



UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND



Jahrgang 51 – Folge 32 | Erscheint wöchentlich Postvertriebsstück. Gebühr bezahlt | 12. August 2000 | Landsmannschaft Ostpreußen e.V. Parkallee 84/86, 20144 Hamburg | C 5524

Annäherung:

Vom Feind zum Gegner

Ex-CDU-„Rentenfachmann“ Blüm übt Brückenschlag zur PDS

Norbert Blüm hat sich von Helmut Holter, Mecklenburg-Vorpommerns PDS-Landesvorsitzendem und Arbeitsminister, für eine „Zukunftskommission“ der SPD-PDS-Landesregierung anwerben lassen. Der frühere Bundesarbeitsminister und ehemalige CDU-Vize wird von einem Nachrichtenmagazin zitiert mit dem Satz: „Holter bleibt mein politischer Feind, aber ich habe mich noch nie einem Gespräch verweigert.“ Aufgeregt stellte der CDU-Bundestagsabgeordnete richtig: „Ich hatte Holter nie als meinen politischen Feind bezeichnet, sondern immer als politischen Gegner. Der aus der Kriegsterminologie von Carl Schmitt in der Politologie hoffähig gemachte Begriff ‚Feind‘ entspricht nicht meinem Sprachgebrauch in der politischen Auseinandersetzung. Ich lege Wert darauf, nicht in die geistige Nachbarschaft von Carl Schmitt gebracht zu werden.“ Nun wäre darauf auch keiner gekommen. Carl Schmitt übrigens definiert den „Feind“ neutral als denjenigen, mit dem „im extremen Fall Konflikte möglich sind“ – aber schon diese Formulierung ist Norbert Blüm zu heftig, um sein kooperatives Verhältnis zur PDS zu beschreiben.

Entsprechend wendet er sich gegen die von CDU-Mitgliedern geforderte „Kontaktsperre“ gegenüber den Post-Kommunisten. „Offene Diskussionen“ seien „die beste Medizin gegen ideologische Tollwut“. Nun hat die Abgrenzung von der PDS etwas mit Prinzipien – und vor allem mit realen politischen Gründen zu tun. Die PDS, die im Verfassungsschutzbericht 1999 unter „linksextremistischen Bestrebungen“ geführt wird, ist der Union politisch diametral entgegengesetzt.

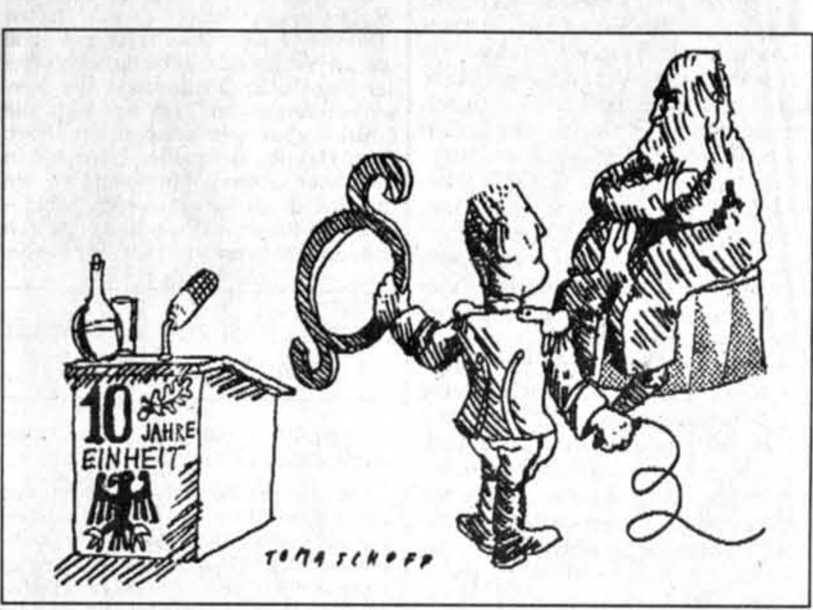
Das Bild von der PDS als „bunte Truppe“ entspricht der stupiden Parteiwirklichkeit in nichts. Der Münsteraner Parteitag hat das deutlich gezeugt. Die dumpfe SED-Wirklichkeit der PDS wird unter ihrer Propaganda kaum zur Kenntnis genommen. Und das Bedrückende ist, wie leicht den „Sozialisten“ immer wieder ihre Täuschung gemacht wird.

Soll die Union den deutschen Kommunisten aus der begründeten Isolation helfen, indem sie die PDS zur „normalen“ Partei erklärt? Die CDU soll linksdemagogische Konzepte als „demokratische“ akzeptieren und mit Rat befördern? Auch die Trennung der PDS von ihren Wählern ist Augenwischerei: Es sind meistenteils bewußte Wähler – und sie sind auf absehbare Zeit nicht für die CDU zu gewinnen, es sei denn, die Union entscheidet sich für „Sozialismus statt Freiheit“. Die Wähler der PDS sind reformfeindlich – welchen Preis will die Union zahlen, um denen zu gefallen? Erneuerung der CDU darf im zehnten Jahr der deutschen Einheit nicht bedeuten: Aufgabe der strikten Unvereinbarkeit mit der linsextremen PDS.

Im „Rostocker Manifest“ der PDS von 1998 heißt es über den politischen Herbst 1989, daß „anstelle erhoffter demokratischer Selbstbestimmung das Diktat durch die herrschende politische und wirtschaftliche Klasse der Bundesrepublik“ eintrat. Die PDS hat solche Thesen nie zurückgenommen. Sie versteht sich als „systemoppositionelle Partei“, so Helmut Holter. Von „sozialer Entbändigung des Kapitalismus“ ist im neuesten Programmentwurf verblasen die Rede. Die PDS will „die in den Eigentumsverhältnissen wurzelnden kapitalistisch geprägten Machtstrukturen“ überwinden. Die Wirtschaft solle streng reguliert werden, und diese schwammige Zumutung will sogar ein Zugeständnis sein: Immerhin werde „von manchen in der PDS bezweifelt“, daß Regulierung „ein hinreichend radikaler Ansatz für die künftigen Kämpfe ist“. Die PDS ist die alte SED, im Kern genauso geist- und trostlos. Ihr egalitaristisches Staatsideal ist die Diktatur. Der Beschluß zur Programmdiskussion des jüngsten PDS-Parteitages in Münster lautet: „Wir erwarten diese Gesellschaft als eine sozialistische Gesellschaft.“ Gefordert wird die Abschaffung des „patriarchalen Kapitalismus“, die „radikale Erneuerung der bürgerlichen Demokratie“, die „tiefgreifende Demokratisierung in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft“. Was das für Kommunisten im Klartext heißt, dürfte auch Norbert Blüm wissen. Die „Verfügungsgewalt der kapitalistischen Eliten über die ökonomischen Potentiale“ soll eingeschränkt werden: Die PDS sucht nach Politikformen, „die Chancen für die Überwindung des Kapitalismus eröffnen“. Soviel zur „ideologischen Tollwut“!

Sich zusammen mit der PDS in eine „Zukunftskommission“ zu setzen, ist paradox. Die PDS bedeutet das Gegenteil von Zukunft. Die PDS ist eine alte Partei, sowohl was ihre Mitglieder als auch, was ihre Wähler betrifft. Bei den jüngsten Kommunalwahlen in Thüringen hatten die „Sozialisten“ nicht einmal das Personal, um für alle Mandate zu kandidieren. Vielleicht hat es seine historische Bedeutung, daß sich gerade Norbert Blüm in eine „Kommission“ der PDS setzt. Sie können allenfalls über die Zukunft politischer Auslaufmodelle diskutieren.

Vera Lengsfeld



Zeichnung aus „Die Welt“

Aufklärung / Von Peter Fischer

Es scheint inzwischen durchaus ein Risiko zu sein, in die durch einschlägige Presseberichte über Bomben, Fremdenfeindlichkeit und Parteienverbot aufgeheizte Sphäre ein angemessenes Wort zur Lage zu finden. Jedes von der Absicht der Kampagne abweichende Wort könnte schnell als klammheimliche Sympathie, als Schadenfreude und billige Reverenz an die falsche Seite gewertet werden, wo doch einzig nüchterne Vergleiche und Aufklärung die Basis zukünftiger Beruhigung schaffen können.

Insofern konnte die Warnung des märkischen Innenministers Jörg Schönbohm noch zu guter Letzt auf die andere Seite von Justitias feinfühliger Waage gelegt werden, womit die schon bedenklich wirkende Einseitigkeit etwas korrigiert werden konnte. Schönbohm meinte, daß die Mehrzahl der von Jugendlichen verübten Taten nicht politisch motiviert seien. „Viele Gewalttaten enststehen häufig aus Situationen, die mit Gruppenprozessen zu tun haben. Alkohol, Mutproben und daß man auch mal in die Zeitung kommt, alles dies spielt eine Rolle“.

Wie denn nicht? Wer in in einer Kleinstadt aufgewachsen ist und zum Tanz unterm Maibaum auf die Dörfer geht, muß immer gewärtig sein, daß er eine handfeste Rauferei riskiert. Das mag manchem Schöngeist abstoßend animalisch, politischen Köpfen „faschistisch“ vorkommen, es spiegelt eine Wirklichkeit, die von der pommerschen Küste bis Andalusien reicht, ohne daß hier Arbeitslosigkeit oder extreme politische Anschauungen die Hand führen.

Schönbohm spricht denn auch davon, daß bei den jugendlichen Mitläufern „kaum einmal ein ideologischer Hintergrund zu finden“ sei, dafür aber „Dumpfheit, Angst und Ablehnung“. Daher sei auch die Sorge vor einer „braunen Armeefraktion“ unbegründet. Es kennzeichnet die Lage, wenn derartige Trivialitäten von einem Politiker zur Beruhigung ausgesprochen werden müssen, wo andere Kreise schon ein Milieu sehen (wollen), das die sofortige politische Machtübernahme durch Schläger und sonstigen Bodensatz nahelegt.

Nun, dergleichen ist nicht zu befürchten. Die Geschäfte laufen sommerbedingt ruhig, der Euro verliert seine Schwäche nicht, und die Politiker aus der ersten Reihe sind allesamt Richtung Mallorca, Seychellen oder Toskana verschwunden. Während die sich bräunen, schwärzt die heimische Presse: „Ganze Härte gegen die Extremisten“ etwa titelt das „Hamburger Abendblatt“, was leicht hingeschrieben, aber schwer zu vollziehen ist.

Gesinnungen können und dürfen nicht bestraft werden, Taten, sofern sie kriminelle Bestände erfüllen, schon. Da hat schon der Gesetzgeber vorgesorgt. Otto Schily, der Innenminister, hält die Gesetze zur Abwehr für zureichend, andere nicht. Nur tate sich hier ein neuer Graben auf: Schill, der vormalige angebliche Richter „Gnadenlos“ aus Hamburg, wurde gerade wegen seiner vollen Ausschöpfung der Gesetze ins juristische Abseits gestellt.

DIESE WOCHE

Wurst wird unerschwinglich

Russische Regierung beschließt Einfuhrquoten für Königsberg

Unter anderem auf Anregung des Königsberger Gouverneurs, Leonid Gorbenko, beschloß die russische Regierung neue Einfuhrquoten für insgesamt 54 verschiedene Warenarten. Die Quotierung, die bis zum Jahr 2005 gelten soll, dient laut Pressemitteilung des Kreml vor allem dem Schutz der heimischen Königsberger Wirtschaft.

Betroffen von der neuen Regelung sind neben den bereits bisher schon quotierten Waren, wie Autos, Zigaretten oder Alkohol, seit neuestem vor allem Lebensmittel aller Art, wie Mehl, Fleisch, Milchwaren, Eier, Gemüse und vieles mehr. Händler befürchten nun einen rapiden Anstieg der Preise, da der Markt des Königsberger Gebietes den Bedarf vieler Waren nicht aus eigener Produktion befriedigen kann. Somit werden ausländische Produkte, die seit neuestem wegen der Quotierung mit höheren Zollgebühren und dem Preis für die Quote belegt sind, nur zu weitaus höheren Preisen erhältlich sein als bisher. Vor allem die fleischverarbeitenden Betriebe in Königsberg fürchten um ihre Existenz. Laut Angaben der Sprecher der großen Schlachthöfe und fleischverarbeitenden Unternehmen im Königsberger Gebiet sei das Fleischangebot aus dem Gebiet selbst viel zu gering, um die Nachfrage befriedigen zu können. Zusätzliches Fleisch müßte aus den Nachbarländern eingeführt werden. Bei den neuen Regelungen verteuere sich dieses jedoch erheblich. Ein Absatz dieser weitaus teureren Fleischprodukte sei jedoch zur Zeit kaum möglich, da die Kaufkraft bei der Bevölkerung des Königsberger Gebietes dafür nicht vorhanden sei.

Nun hoffen die Wursterzeuger, daß der russische Präsident Wladimir Putin ein Einsehen hat und seine Verordnung wenigstens teilweise zurücknimmt. Beobachter glauben zu wissen, daß der Hintergrund der neuen Regelung der sei, daß durch den Verkauf von Einfuhrquoten an hiesige Händler der Gebiets- und der Staatskasse mehr Einnahmen zugeführt werden können.

So wurden allein im nördlichen Ostpreußen im Jahr 1999 durch den Verkauf von Einfuhrquoten umgerechnet etwa 20 Millionen Mark eingenommen. Kritiker bemängeln jedoch, daß dieser Betrag nicht dem ursprünglich dafür vorgesehenen Zweck, nämlich der Förderung der Landwirtschaft, zugeführt wurden, sondern in den Bau von neuen Wohnungen für Militärangehörige und den eines Krankenhauses flossen. Da auch die geplante weitgehende Streichung der seit 1996 bestehenden Privilegien der Königsberger „Sonderwirtschaftszone“ in Moskau geplant ist, stehen für die Wirtschaft des nördlichen Ostpreußen schwerwiegende Anpassungsschwierigkeiten ins Haus.

BI

Zu den Wirtschaftsproblemen des Königsberger Gebietes lesen Sie auch Seite 13.

Innenminister Schily war es schließlich auch, der mit der These, das „Boot ist voll", Beifall und sachliche Zustimmung gerade von jenen bekommen hat, die sonst nicht zu seiner Wählerklientel gehören. Vielleicht, so unken manche Beobachter, habe Schily sich einen unbefangeneren Blick für exklusive politische Schräglagen bewahrt, weil er einst selbst als (linker) Extremist auf der Suche nach dem „dritten Weg" in das Zelt des verwunschenen Wüstenmannes Muammar el-Gaddafi geschlüpft war.

Insofern bietet der Lebensgang Schilys eher einen Unterpfand für angmessenes politisches Handeln als Verbote und wilde Schreie nach Vergeltung. Hilfe kann hier nur Aufklärung durch gekonnt tieferes Nachfassen in den komplizierten Gängen der europäischen Geschichte unseres Jahrhunderts erbringen, wobei sogenannte „volkspädagogische" Kunstgriffe sich auch da verbieten sollten, wo die bisherige Geschichtsschreibung schummrige Grauzonen hinterlassen hat.

Wie die „Stuttgarter Zeitung" ausführt, gibt es inzwischen eine junge „Elite" von gewalttätigen Gymnasiasten, die sich „in Einzelheiten der deutschen Geschichte und der Runenkunde bisweilen genauer auskennen als gestandene Richter am Oberlandesgericht". Sie „lesen viel, aber nur Bücher, die in Deutschland verboten sind". Dies läßt doch nur den Schluß zu, daß die schulische Stoffvermittlung unzureichend ist.

Es nützt nämlich wenig, sich in allgemeiner Entrüstung über die Verfaßtheit der Jugend zu üben, wenn nicht umfassende aufklärerische Taten folgen. Dies schließt die ganze Geschichte mit ein, auch die, die den Siegermächten oder manchen Parteien nicht paßt.

www.ostpreussenblatt.de
Benutzername/User-ID: **ob**
Kennwort/PIN: **6951**

„Aufbau Ost":

Milliarden-Investitionen blockiert

ARE: Nichtrückgabe von „Raubbesitz" hat der Wirtschaft schwer geschadet

In der neuerlichen Diskussion über die Gründe für den lahmenden „Aufbau Ost" – trotz des Transfers von über 1200 Milliarden Mark – haben sich nun auch Mittelständler, Handwerker und Bauern, die oft selbst von SBZ- und DDR-Verfolgung betroffen waren, kritisch zu Wort gemeldet.

Das Münchener „ifo Institut für Wirtschaftsforschung" und seine Dresdner Niederlassung ebenso wie das „IHW"-Institut in Halle haben dieser Tage übereinstimmend die Verschlechterung der Lage bestätigt, die Gründe aber sehr weit differenziert. Eine Hauptfehlerquelle sehen sie in dem überhöhten Lohnniveau Ost, den die Politik zu verantworten habe. – Auch ifo-Präsident Prof. Sinn hatte sich vor kurzem bereits mit seinem vielbeachteten Buch „Kaltstart" in die auflebende Diskussion eingeschaltet.

Bereitschaft zur Solidarität scheint gefährdet

Für die praktisch Betroffenen, vor allem eben Mittelständler, Handwerker und Landwirte, kritisiert der Dachverband der Verfolgungs- und Enteignungsopfer, die „Aktionsgemeinschaft Recht und Eigentum", ARE (die sich auch als Zusammenschluß investitionsbereiter, aber durch Politik rechtswidrig gehinderter Eigentumsgeschädigter sieht), den nach ihrer Ansicht unverantwortlichen Umgang mit den Transfer-Milliarden der Bürger. Es sei erstaunlich, so die ARE, die ihren Arbeits- und Mitglieder-Schwerpunkt in den neuen Ländern hat, wie „lammfromm" die Steuerzahler bisher die Beteuerungen der Politik hingenommen haben, der Milliardentransfer müsse so wie bisher weiterlaufen, und der hohe Anteil an „Schwundgeld" (genannt werden zehn bis fünfzehn Prozent der 1200 Milliarden insgesamt, d. h. bis zu 180 Milliarden Mark) sei halt „umständebedingt".

Von zahlreichen Fällen schwerwiegender Fehlleitung von Investitionen und vor allem von Subventionen berichtet der ARE-Bundesvorsitzende Manfred Graf von Schwerin und fordert eine gründliche und objektive Untersuchung des Verbleibs der Aufbau- und Fördermittel vor neuerlichen Milliardentransfers „ins Ungewisse".

Nach den Beobachtungen und Problem-Fallsammlungen des Verbandes könnten genaue Untersuchungen auf eine Reihe von Zweifelsfragen Antwort geben:

– Warum flossen beispielsweise an 2200 Nachfolger von DDR-Agrarkombinaten (LPG) jährlich seit 1991/92 zirka 800 000 Mark an Subventionen pro Betrieb oder Person (pro Jahr also rund 1,3 Milliarden und zusammen bisher über zehn Milliarden DM), obwohl Fördermittel überhaupt nicht hätten gezahlt werden dürfen, und zwar wegen mangelnder korrekter Rechtsumwandlung und Vermögensregelung mit den Ex-LPG-Mitgliedern?

– Warum wurden tausende von investitionsbereiten „Alteigentümern" ebenso wie Kleinbauern und Neusiedlererben aus dem Osten gezielt am Aufbau oder Wiederaufbau eigener Betriebe und Höfe gehindert?

Warum wird ausgehend von der offiziellen Zahl von 2,3 Millionen Restitutionsanträgen nicht festgestellt, in welcher Höhe Investitionen künstlich abgeblockt werden, weil der Staat den „Beutebesitz" einbehalten hat. Als Folge der bisherigen Praxis kommen wowöglich dreistellige Milliardenbeträge an Investitionen nicht zum Zuge, wie Wirtschaftler vorrechnen, weil Mittelständler und private Investoren, vor allem aus dem Kreis der 2,3 Millionen Enteigneten, ausgegrenzt bleiben.

Der angesehene Wirtschaftswissenschaftler Professor Hans Willgeroth (früher Köln) und der bekannte Agrarökonom und langjährige Weltbankdirektor Professor Walter Schaefer-Kehnert (früher Göttingen) fordern – so der ARE-Bundvorsitzende – eine grundlegende Neugestaltung beim Finanztransfer für den „Aufbau Ost" und eine objektive Analyse des eingetretenen Schadens.

Erstaunt äußerte sich Graf Schwerin zu Tendenzen in den offiziellen Statistiken. So könnten beispielsweise im neuen Agrarbericht des Bundes plötzlich die Rentabilität der verschiedenen Betriebsformen und in den Berichten zum West-Ost-Transfer die Kostenanteile der einzelnen Bereiche nicht mehr eindeutig ausgemacht werden. Damit werde es erschwert, die Verlustträchtigkeit etwa der hoch subventionierten LPG-Nachfolger (und verschiedener anderer Wunsch-Förderbereiche von Landespolitikern Mitteldeutschlands) aktuell fortzuschreiben und der steuerzahlenden Öffentlichkeit anhand der Zahlen darzulegen.

Die Aktionsgemeinschaft Recht und Eigentum, die auch zehn Gruppierungen von SED-Opfern und Enteignungsgeschädigten zusammenfaßt und nach eigenen Angaben bereits über 600 Fälle von Rechtsverstößen, Unrechtsmaßnahmen der Treuhandnachfolger und Vermögensämter sowie Subventionsmißbrauch dokumentiert hat, glaubt: Die Bereitschaft zu Soli- und anderen Aufbauhilfen zum Schaden des ganzen Landes ist gefährdet, wenn die Zusammenhänge und Gründe der Fehlschläge in Mitteldeutschland deutlicher und der wahre Verbleib großer Beträge bekannter werden, ohne daß eine Neuorientierung komme. Die ARE sieht dringenden Handlungsbedarf. Mit Hilfe eigener Dokumentationen und Vorstöße bei den politisch Verantwortlichen will die ARE tätig werden, so ihr Vorsitzender, der vor allem Wirtschaftswissenschaftler ermutigt, die Analyse und Aufarbeitung der nach seinen Worten „dramatischen Schieflage mit Zeitbombenwirkung" zu unterstützen.

Ulrich Landskron

Das Ostpreußenblatt

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Verantwortlich f. d. redaktionellen Teil:

Peter Fischer

Politik, Zeitgeschehen, Feuilleton, Leserbriefe: Peter Fischer; Hans Heckel; **Wehrwesen, Geopolitik:** Generalmajor a. D. Gerd H. Komossa (Freier Mitarbeiter); **Kultur, Unterhaltung, Frauenseite:** Silke Osman; **Geschichte, Landeskunde, Literatur:** Hans B. v. Sothen; **Heimatkreise, Landsmannschaftliche Gruppen, Aktuelles:** Maike Mattern; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede; **Östliches Mitteleuropa:** Martin Schmidt (Freier Mitarbeiter).

Ständige Mitarbeiter: Alfred v. Arneth (Wien/Bozen), Wilfried Böhm (Melsungen), Jürgen Mathus (Bonn), Dr. Jaroslav Opočenský (Prag), Willy Fehling (Berlin).

Anschrift für alle: Parkallee 84/86, 20144 Hamburg. Verlag: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Parkallee 86, 20144 Hamburg. Das Ostpreußenblatt ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der Landsmannschaft Ostpreußen. – Ab 1. 1. 2000 Bezugspreis Inland 13,20 DM monatlich einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer. Ausland 16,60 DM monatlich, Luftpost 23,10 DM monatlich. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten. Konten: Landesbank Hamburg, BLZ 200 500 00, Konto-Nr. 192 344. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb); Konto-Nr. 907 00-207 (für Anzeigen). – Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet. Rücksendung erfolgt nur, wenn Porto beiliegt. Für Anzeigen gilt Preisliste Nr. 24. Druck: Rautenberg Druck GmbH, 26787 Leer (Ostfriesland). – ISSN 0947-9597.

Telefon (0 40) 41 40 08-0

Telefon Red.-Sekretariat (0 40) 41 40 08-32
Fax Redaktion (0 40) 41 40 08 50
Telefon Anzeigen (0 40) 41 40 08 41
Telefon Vertrieb (0 40) 41 40 08 42
Fax Anzeigen und Vertrieb (0 40) 41 40 08 51
http://www.ostpreussenblatt.de
E-Post:
redaktion@ostpreussenblatt.de
anzeigen@ostpreussenblatt.de
vertrieb@ostpreussenblatt.de
landsmannschaft@ostpreussenblatt.de

Verschmäht die WestLB Fisch?

Fakten und Kuriositäten aus Wien und München

Bayerische HypoVereinsbank (HVB) und *Bank Austria (BA)* wollen fusionieren, wodurch der europaweit drittgrößte und weltweit fünftgrößte Bankkonzern entsteht. Das Vertragspaket ist eine Art Zwitter aus Adoption und morganatischer Ehe: Konkret wird die BA eine Tochter der HVB, und die BA-Aktionäre sollen im Verhältnis 1:1 HVB-Aktien kriegen, – da diese um ein Drittel höher notierten, anscheinend ein gutes Geschäft.

Ebenso läßt die vorgesehene personelle Verschränkung von Vorstand und Aufsichtsrat der beiden Institute die Österreicher recht gut aussehen. Strategisch sinnvoll ist, daß die BA von der HVB deren Agenten in Osteuropa (außer Rußland) erhält, womit sie dort ihre Rolle als Platzhirsch weiter ausbaut, während die HVB das übrige Auslandsgeschäft vereinigt.

Auch der Zeitpunkt paßt: Die auf stammesmäßiger Gemeinsamkeit der meisten Österreicher und Bayern beruhende wechselseitige Sympathie ist wegen Bayerns Vorreiterrolle gegen die EU-Sanktionen derzeit besonders hoch, und wenn einer schon „seine" größte Bank ans Ausland verscherbelt sehen muß, dann wohl lieber an „die Bayern" als etwa an *WestLB* oder gar - naja.

Mittlerweile erwachen aber die Kleinaktionäre der BA (Streubesitz rund 60%): Der Aktientausch ist nämlich erst für 2001 anberaumt, und wie nicht anders zu erwarten, hat sich das Kursverhältnis seit der Ankündigung drastisch verschoben. Dazu kommt, daß die Dividenden inländischer Aktien pauschal mit 25% „endbesteuert" sind, während ausländische Dividenden, z.B. aus HVB-Aktien, zum vollem Satz der Einkommenssteuer unterliegen. Besonders irritiert natürlich, daß die BA-Aktien eklatant unterbewertet sind, weil eben auch das beachtliche Beteiligungs-Portefeuille der BA (u.a. 30% des weltgrößten Ziegelei-Konzerns) eklatant unterbewertet ist. Das hängt mit dem Schattendasein der Wiener Börse zusammen, und dieses wiederum damit, daß in Wien der Handel kaum über Makler läuft, sondern größtenteils als bloßer *Saldenhandel* über die Banken geht - allen voran wieder die BA selber...

Ganz allgemein bleiben die in unterbewerteten Anteilen und Liegenschaften steckenden „stillen Reserven" auch deswegen immer gerne so still, weil dadurch weniger Gewinn ausgeschüttet und versteuert werden muß. Die Hauptaktionäre haben ohnehin volle Verfügungsgewalt darüber (durch den von ihnen bestellten Aufsichtsrat bzw. Vorstand), aber Kleinaktionäre und Fiskus schauen durch die Finger. Bei

Kleinaktionäre und Fiskus schauen offenbar bald wieder durch die Finger

Übernahmen wird dann meist gleich doppelt „übernommen", denn es geht ja nie bloß um die vielgerühmten Rationalisierungen und „Synergie-Effekte", sondern weit mehr noch ums brutale Ausschlachten stiller Reserven, im amerikanischen Börsen-Chargon „cannibalizing" genannt.

Lehrreich ist auch ein Blick auf die Geschichte der BA: Am Anfang gab es die

„Zentralsparkasse der Gemeinde Wien" - ohne Eigentümer, doch mit voller Haftung der Stadt. Die Sparkasse wurde 1991 in eine von Gemeinde und Betriebsrat kontrollierte Holding (AVZ) eingebracht, diese AVZ dann zum Hauptaktionär der neugeschaffenen BA gemacht, und die BA mit der ebenfalls „roten" *Länderbank* verschmolzen - eine klassische „Privatisierung" also. Unter der Ägide von Bundeskanzler Vranitzky kam die *WestLB* als „strategischer Partner" und Mitaktionär der BA hinzu. Und 1997 konnte die SPÖ ihren Koalitionspartner ÖVP endgültig übertölpeln: Die BA kaufte der Republik die kontrollierenden Anteile an der „schwarzen" *Creditanstalt* ab! Das Geld dafür kam von - ja von wem eigentlich? Irgendwann sickerte durch, daß die *WestLB* auch ein Vorkaufsrecht auf die BA-Aktien der AVZ besitzt.

Damit nun dieses rote Imperium nach den drohenden Gemeinderatswahlen nicht etwa in die Hände der FPÖ gerät, wird die AVZ demnächst in eine Stiftung mit (verläßlichen) Kuratoren eingebracht, und der Aktientausch mit der HVB verhindert, daß eine nichtsozialistische Stadtregierung durch Verkauf von BA-Aktien das Budget aufbessern könnte! Zugleich aber macht dieser Aktientausch die Gemeinde Wien (via AVZ bzw. Stiftung) zum zweitgrößten HVB-Aktionär, und auch die roten BA-Aktionäre *WestLB* und *Wiener Städtische Versicherung* werden zu HVB-Miteigentümern! Daß obendrein der Betriebsrat der BA ein paar „goldene" Namensaktien behält, läuft auf ein Vetorecht bei bestimmten Transaktionen hinaus!

Man mag sich nun fragen, warum die HVB ein Konstrukt akzeptiert, bei welchem *de facto* die SPÖ mitmischen kann. Und warum die *WestLB* trotz ihres Vorkaufsrechts auf den fetten Fisch BA verzichtet. Und warum die BA samt Konzernbetrieben bisher eher glimpflich davongekommen ist bei all jenen Aktionismen, die sich auf das bei New York Anwälten so beliebte Rechtsmittel der Sammelerpressung stützen. - Man wagt es ja kaum zu denken, aber sollte *der wahre Strippenzieher* bei allen drei Geldinstituten ohnehin ein und derselbe sein?

R. G. Kerschhofer

Kommentare

Ohne Gespür

Ist die gegenwärtige Vertriebenenpresse durch eine in den sechziger Jahren an der Leipziger Fakultät verfaßten Dissertation zu charakterisieren, wie dies die Zeitschrift der IG Medien „M" in einem Beitrag über „Die Presse der Vertriebenen" versucht? Gewiß nicht. Damals hatte ein gewisser Heinz Halbach in Leipzig geschrieben, so führt „M" aus, die Vertriebenenpresse falle durch „ihre stupide Eintönigkeit des Inhalts" in besonderer Weise auf. Wie auch immer berechtigte journalistische Kritik über unsere Presse aussehen mag, sich auf den Fundus bolschewistischer Medien zu berufen, zeugt von besonderer Infamie oder von betrüblichem Mangel an Geist. Hinterlassen die mindestens 60 Millionen Opfer kommunistischer Herrschaft so wenig Gespür für den Gebrauch von Zitaten?

Es ist leider wahr, die Urteile über die Vertreibung gehen unter dem gezielten Einfluß politischer Kreise immer weiter ins Verworrene und Unbestimmte. Sich aber über die weit mehr als zwei Millionen Todesopfer der bisher größten Vertreibungsaktion der Menschheit hinwegzusetzen, schafft ein scharf konturiertes Abbild unserer politischen Verfaßtheit. Es vermag dem Verfasser solcher Berichte vielleicht eine gewisse Genugtuung verschaffen, weil die Retourkutsche nicht über eine große meinungsbildende Zeitung oder einen mächtigen Fernsehsender erfolgen kann. Bekanntlich gelten die großen Schlagzeilen gegenwärtig ganz anderen Themen. Aber es scheint auch nicht ausgeschlossen zu sein, schaut man nur auf die unverhofft gekommene Vereinigung mit Mitteldeutschland, daß Zeit und Klio auch andere unvermutete Wendungen aufweisen könnten.

Zum anderen widerspricht sich der Autor des Beitrages, ein gewisser Samuel Salzborn, selbst, wenn er mit dem Zitat aus kommunistischer Zeit den inhaltlichen Wandel und die damit verbundene steigende Auflage unserer Wochenzeitung registriert. Mit jedem Beitrag, sei er nun politischer oder historischer Art, den die übrige Presse ausspart oder unzeitgemäß verbiegt, wächst unsere Leserschaft. Dieser schlichten Dialektik und nicht etwa einer „völkischen Droge" folgend, nehmen wir solche Verrisse mit Gelassenheit zur Kenntnis. Auch wenn es uns gewiß lieber wäre, die wirkungsmächtigen überregionalen Medien würden uneingeschränkt die Themen der Zeit und ihrer Erfordernisse ventilieren. **P. F.**

Schnellrichter?

Der Schriftsteller Arnold Zweig berichtet in seinem Roman „Der Streit um den Serganten Grischa" über das Schicksal eines zwischen die Fronten des Ersten Weltkrieges geratenen russischen Soldaten. Er wurde in Zivilkleidung aufgegriffen und fiel damit unter den Status eines Freischärlers. In Kriegszeiten eine fast tödliche Angelegenheit, die den Titelhelden nach langen bürokratischem Hin und Her vor ein Erschießungskommando brachte. Kriegsrechtlich schienen die Sache und das Urteil einwandfrei, auch wenn der Autor dem Leser Hintergründe mitteilt, die die tödlichen Schüsse fragwürdig erscheinen lassen. Wichtig an dieser Episode ist für unseren Zusammenhang nur die Tatsache, daß die Militärbehörden zögern und zaudern und letztlich schon wissen, daß sie hier ein Menschenschicksal in den Händen haben. Wenn in diesen politisch aufgeregten Tagen nunmehr die Bild-Zeitung auf Seite eins mit der Schlagzeile „Parteien fordern jetzt Schnellrichter" aufmacht, dann erhebt sich die Frage, in welchem Status befinden wir uns jetzt: Vor, nach oder mitten im Kriege? **P. F.**

Finkelstein-Kontroverse:

„Holocaust-Industrie“ am Pranger

US-Politologe wirft Anwälten und jüdischen Organisationen „Ausbeutung“ der NS-Opfer vor

Von IVAN DENES

Anfang 2000 erschien in der „Berliner Zeitung“ ein langes Interview mit dem New Yorker Politologen Norman G. Finkelstein, das die Gemüter besonders intensiv aufrührte, denn es brach mit geltenden Tabus.

Die Verhandlungen für die Errichtung der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ waren in vollem Gange, die Summe von zehn Milliarden Mark, die die deutsche Wirtschaft und die Bundesrepublik in die Stiftung einbringen werden, war schon ausgehandelt. Jetzt ging es um die Aufteilung der Mittel und um das Prinzip der zukünftigen Rechtssicherheit deutscher Unternehmen in den Vereinigten Staaten. Die Zweiteilung der Opfer in „Sklavenarbeiter“ und „Zwangsarbeiter“ war längst vereinbart, und durch diese Sprachregelung wurde den „Sklavenarbeitern“ das Dreifache dessen zugesprochen, was die schlichten „Zwangsarbeiter“ bekommen werden – im Klartext: 15 000 Mark gegenüber 5000 Mark.

Die „Conference on Jewish Claims against Germany“ – gemeinhin als Claims Conference bekannt – hatte die Zahl der noch lebenden Sklavenarbeiter mit 135 000 angegeben, da platzte das Interview Finkelsteins mitten in die Debatte mit der Behauptung, diese Zahl sei schierer Betrug. Dessen Zweck sei es lediglich, die Summe, die der Claims Conference bzw. den jüdischen „Sklavenarbeitern“ zustehe, um das Vielfache zu erhöhen, indem die Anzahl der real dieser Kategorie zugerechneten Personen grotesk übertrieben werde. Schon anläßlich dieses Interviews wurde das Buch Finkelsteins, „The Holocaust Industry / Reflections on the Exploitation of Jewish Suffering“ („Die Holocaust Industrie / Reflexionen über die Ausbeutung jüdischen Leidens“) erwähnt.

Nun liegt der Band tatsächlich vor – leider zu spät, denn inzwischen ist der von Finkelstein angeprangerte Betrug in einen festen Betrag umformuliert worden – 1,8 Milliarden Mark –, der wiederum endgültig in ein Gesetz eingemeißelt ist, das vom deutschen Parlament mit großer Mehrheit verabschiedet wurde.

Diese Operation konnte laut Finkelstein nur gelingen, weil seit Ende der 60er Jahre das amerikanische Judentum um den Holocaust eine regelrechte Industrie aufgebaut habe, die nur noch wenige Berührungspunkte mit der historischen Realität des Nazi-Holocaust habe.

Finkelsteins Eltern waren beide Überlebende des Warschauer Ghettos und der KZs, er ist das genaue Gegenteil eines Holocaust-Abstreiters. Nur, so eine seiner einführenden Thesen, „manchmal denke ich, daß die ‚Entdeckung‘ des Nazi-Holocaust schlimmer war, als wenn er in Vergessenheit geraten wäre. Es ist wahr: meine Eltern grübelten im Privaten, die Leiden, die sie ertragen haben, waren nicht öffentlich bestätigt. Aber war das nicht besser als die gegenwärtige krasse Ausbeutung des jüdischen Martyriums?“

Finkelstein benutzt als theoretische Grundlage seiner Argumentation das im vergangenen Jahr erschienene grundlegende Werk des Chikagoer Historikers Peter Novick, „The Holocaust in American Life“ und versucht, dessen Ideen und Feststellungen weiter zu entwickeln. Tatsache ist, daß bis Ende der 60er Jahre sich weder das amerikanische Judentum noch die amerikanische Öffentlichkeit schlechthin viel um den Holocaust kümmerte. Erst nach dem spektakulären Sieg Israels im Sechs-Tage-Krieg entdeckte Amerika plötzlich den wertvollen strategischen Verbündeten im Nahen Osten, und das amerikanische Judentum entdeckte sein eigenes Märtyrertum.

Stimmen zu Norman Finkelsteins Vorwürfen:

„Norman Finkelsteins Thesen sind ein Haufen Müll. Er gibt sich als Wissenschaftler aus, gibt seinen Behauptungen den Anschein, sie seien recherchiert. Doch hat er zum Beispiel nicht ein einziges Mal mit dem Jüdischen Weltkongreß gesprochen und seine Vorwürfe gegen uns auf ihre Richtigkeit überprüft. Trotzdem beschuldigt er uns, wir hielten sieben Milliarden Dollar an Reparationen in unseren Kassen fest. Was soll ich dazu sagen? Was ist ein höfliches Synonym für Bullshit? Wir haben nie auch nur einen Penny aus Reparationen für uns einbehalten.“

Elan Steinberg
Direktor Jüdischer Weltkongreß, New York

„Wir Holocaust-Opfer werden schamlos ausgenutzt – nicht zuletzt von unseren eigenen Glaubensbrüdern. Ich habe als eine der Ersten die Schweizer Banken auf Öffnung herrenloser Konten verklagt. Doch mein jüdischer Anwalt, den ich inzwischen gefeuert habe, sowie die jüdischen Organisationen, allen voran der Jüdische Weltkongreß, haben meinen Fall nur schamlos zu ihrer Bereicherung ausgenutzt. Der Weltkongreß nimmt sich das Recht, alle Entschädigungszahlungen einzubehalten und nach eigenem Gutdünken auszuteilen – worauf beruht dieses Recht? Ich habe über eine halbe Million Dollar ausgegeben, um mein Recht zu erstreiten – und habe bisher nichts erhalten. Es wird Zeit, daß die Wahrheit herauskommt. Die, die sich auf unsere Kosten bereichern, dürfen nicht davonkommen!“

Gizella Weisshaus
Holocaust-Überlebende, New York
(aus „Die Woche“, 28. Juli)


INTERVIEW Norman Finkelstein über das Geschäft mit den Holocaust-Opfern SEITE 19

DIE WOCHE

GEGRÜNDET 1993

AUSLAND

DIE HOLOCAUST-INDUSTRIE

„Opfer werden abgezockt“

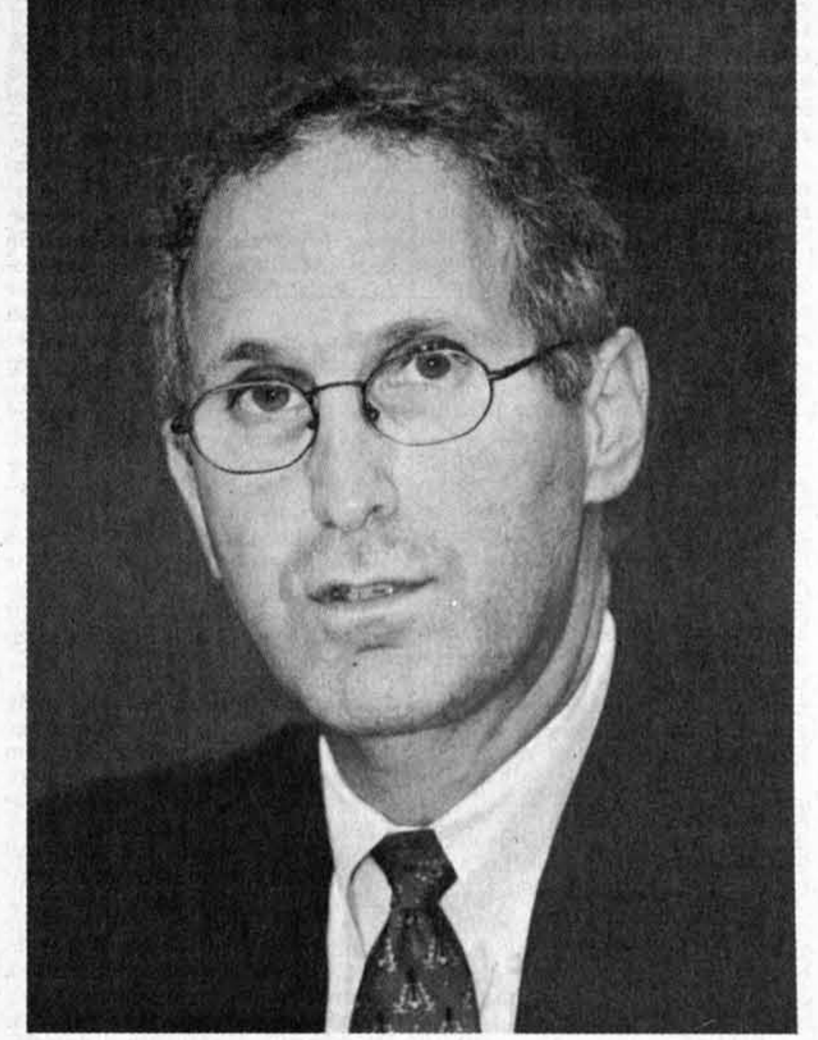
US-Politologe NORMAN FINKELSTEIN begründet, warum er in seinem kontroversen Buch „Die Holocaust-Industrie“ scharfe Vorwürfe gegen die jüdischen Verbände erhebt

„Ideologische Waffe“, „Erpressungsgeschäft“: *In der Zeitung „Die Woche“ vom 28. Juli und 4. August legte Finkelstein seine Kritik an der „Holocaust-Industrie“ dar*

Parallel zum Übergleiten des amerikanischen Judentums aus der Position einer ethnischen Minderheit oder Randgruppe in den Hauptstrom der amerikanischen Gesellschaft entwickelte sich, was Finkelstein als „Der Holocaust“ bezeichnet und ausdrücklich unterscheidet vom Nazi-Holocaust. Die amerikanische Judenheit habe „Den Holocaust“ zum Kult erhoben, nicht weil sie noch immer eine unterdrückte Minderheit sei wie etwa Schwarze, Hispanier, Asiaten oder Homosexuelle, sondern im Gegenteil, weil sie ihn in ihrer überaus erfolgreichen Rolle in der amerikanischen Gesellschaft erstens zur eigenen Identitätsbestätigung nötig habe und zweitens, weil sie mit Hilfe dieses Kults ihren Einfluß habe steigern können. Von dem Erfolg dieser einst an den Rand gedrängten Gruppe zeugten Tatsachen wie etwa, daß das pro-Kopf-Einkommen eines durchschnittlichen amerikanischen Juden nahezu doppelt so hoch liege wie das eines Nichtjuden, daß 16 der 40 reichsten Amerikaner Juden seien, daß 40 Prozent der amerikanischen Nobelpreisträger in Wissenschaft und Wirtschaft Juden seien, gleichermaßen wie 20 Prozent der Professoren an den wichtigsten amerikanischen Universitäten und 40 Prozent der Partner in den wichtigsten Anwaltskanzleien in New York und Washington.

Scharf geht Finkelstein ins Gericht mit den zwei zentralen Dogmen der von ihm so genannten „Holocaust-Theologie“ – nämlich, daß der Holocaust ein beispielloses, einmaliges Ereignis in der gesamten Weltgeschichte sei, und zweitens, daß der Holocaust den Gipfelpunkt des irrationalen, ewigen Judenhasses der Nichtjuden darstelle. Er führt die Behauptung ad absurdum, indem er Elie Wiesel zitiert, der aus der Einmaligkeit des Holocaust die Erkenntnis ableitet, „alles mit uns ist anders“. Juden seien „ontologisch“, also gewissermaßen in der innersten Bestimmung ihres Seins, einmalig. Der Holocaust markierte demnach nicht nur ein einmaliges Leiden der Juden, sondern bewies gleichzeitig die „Einmaligkeit“ der Juden.

Elie Wiesel, der „Hohepriester des Holocaust“, hat es Finkelstein besonders angetan, zumal dieser für jeden seiner unzähligen Holocaust-Vorträge 25 000 US-Dollar (54 000 Mark) in Rechnung stelle ... Die Einkommen der „Berufsholocauster“ und der jüdischen Organisation sind Finkelstein ein Dorn im Auge. Er führt den Fall des Vorsitzenden der Internationalen Kommission für Versicherungsforderungen aus der Holocaust-Ära, Lawrence Eagleburger, auf, der über ein Jahreseinkommen von 300 000 Dollar (rund 648 000 Mark) verfüge, und zitiert den Präsidenten des Jüdischen Weltkongresses, Edgar Bronfman, der im Januar d. J. in Stockholm erklärt habe, der WJC habe ein Vermögen von sieben Milliarden Dollar aus Restitutionsleistungen angesammelt. Nachdem er darstellt, wie die Claims Conference aus frühen deutschen Wiedergutmachungsleistungen lediglich etwa 20 Prozent an die ehedem Leidenden weitergeleitet habe, geht Finkelstein auf die Einzelheiten der Auseinandersetzung mit den Schweizer Banken ein, um schließlich zurück zu kommen auf das Thema, das ihn hierzulande so bekannt gemacht hat – nämlich den Vorwurf falscher Behauptungen der Claims Conference hinsichtlich der Zahl der noch lebenden „Sklavenarbeiter“. Finkelstein bezieht sich auf die namhaftesten Holocaust-Historiker wie Raul Hilberg und Henry Friedländer, um zu demonstrieren, daß die Zahl von noch 135 000 überlebenden „Sklavenarbeitern“ glatter Betrug sei. Er zitiert sogar US-Staatssekretär Stuart Eizenstat – neben Otto Graf Lambsdorf einer der Autoren der Vereinbarung zur Gründung der Stiftung –, der noch im Mai 1999, im Verlauf einer kurzen Lagebeschreibung im State Department (dem US-Außenministerium), die Gesamtzahl der noch lebenden ehemaligen „Sklavenarbeiter“, also Juden und Nichtjuden zusammengerechnet, auf 70 000 bis 90 000 schätzte. Angenommen, daß der Anteil der jüdischen „Sklavenarbeiter“ 20 Prozent betrug (Historiker behaupten, daß acht bis zehn Prozent aller Zwangsarbeiter Juden gewesen seien), dann müßten zum betreffenden Zeitpunkt 14 000 bis 18 000 noch am Leben gewesen sein, und bis zur Stunde hätte diese Zahl um mindestens 10 Prozent weiter schrumpfen müssen, zumal nach Behauptungen der jüdischen Quelle monatlich einer von hundert der ehemaligen Lagerinsassen sterbe.



Im Zwielicht: *„Opfer-Anwalt“ Edward Fagan* Foto dpa

Allein dieses Zitat, das eigentlich Eizenstat in ein ziemlich schiefes Licht stellt – denn er hat ja mitgeholfen, schließlich die gefälschte Zahl von 135 000 durchzusetzen –, dokumentiert, daß der lautstarke, oft äußerst polemische Protest, der gegen Finkelstein erhoben wurde, (ein „unbedeutender Nestbeschmutzer“ gehört noch zu den gnädigsten Ausdrücken) reine Defensive ist. Die von Finkelstein zitierten Zahlen lassen erkennen: Die von der Claims Conference angegebene Zahl von 135 000 *noch lebenden* „Sklavenarbeitern“ verträgt sich nicht mit jener der sechs Millionen jüdischer Opfer des Holocaust. Offenbar habe man, so Finkelstein, einerseits auf die schon zur Tradition gewordenen Zurückhaltung der (deutschen) Umwelt gegenüber den Berechnungen der Claims Conference gesetzt oder auf die Unwissenheit betreffend die realen historischen Berechnungen oder auch auf Dummheit, um der Geldgier freien Lauf zu lassen. Das Tragische dabei ist, laut Finkelstein, daß es hierbei um eine doppelte Ausplünderung (shake-down) geht, – zu Schaden kommen nicht nur Europäer, wie die Schweizer und die Deutschen, sondern auch die Opfer selbst.

***Ivan Denes**, aus Rumänien stammend und jüdischen Glaubens, lebt in Berlin*

Norman Finkelstein: The Holocaust Industry – Reflections on the Exploitation of Jewish Suffering, Verso, London 2000, 150 Seiten, 23 US-Dollar

(Noch liegt keine deutsche Übersetzung vor. Sobald eine deutschsprachige Ausgabe auf dem Markt ist, wird das OB darauf aufmerksam machen)

Renten:

Bedenkliche behördliche Zurückhaltung

Die gerichtliche Aufarbeitung eines immensen Finanzskandals steht immer noch aus

Der deutsch-israelische Rentenskandal, über den das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" am 20. September 1999 unter der Überschrift "Das Milliarden-Ding" und diese Zeitung am 9. Oktober 1999 unter der Überschrift "Ehrenberg und Blüm schweigen noch" bericheteten, hat eine neue Dimension erreicht.

Eine von der sozialliberalen Regierung Schmidt/Genscher geschlossene und am 12. Juni 1980 nach Zustimmung des Bundestages in Kraft getretene "Vereinbarung zur Durchführung des deutsch-israelischen Sozialversicherungsabkommens" räumte Israelis, auch solchen arabischer Abstammung, das Recht ein, sich rückwirkend vom 1. Januar 1956 bis zum 12. Juni 1980 in die deutsche Rentenversicherung einzukaufen, zu einmaligen Bedingungen. Es waren nur die niedrigen Beiträge der zurückliegenden Jahre nachzuzahlen. Dafür wurde ein Anspruch auf Rente nach jetzigem Niveau erworben. Sogar Personen, die bereits im Rentenalter waren, konnten sich einkaufen und sofort Rente beziehen. Beispielsweise wurde einem israelischen Veteranen des Sechstagekrieges von 1967 eine Nachversicherung und sofortiger Rentenbezug ermöglicht.

Die Antragsteller mußten weder einmal in Deutschland gelebt noch einen einzigen Beitrag in die deutsche Sozialversicherung gezahlt, noch unter den Nazis gelitten haben.

Wenn ein im Rentenalter befindlicher Israeli für die Zeit vom 1. 1. 1956 bis 31. 5. 1980 jeweilige Höchstbeiträge nachentrichtete, dann mußte er hierfür 95 904 Mark aufwenden. Ab 1. 6. 1980 erhielt er eine Altersrente in Höhe von monatlich DM 1089,13. Bereits nach 88 Monaten Rentenempfang floß durch die Rente der Kapitalaufwand zurück. Heute beträgt die Rente monatlich DM 1950,–. Der Reingewinn zu Lasten der Rentenversicherung beträgt in diesem Fall bis heute ca. DM 235 000,–.

Während die Abgeordneten des 8. Bundestages bei der Zustimmung nicht erkannten, daß sie hier nicht verwaltungstechnische Richtlinien zur Durchführung des deutsch-israelischen Sozialversicherungsabkommens beschlossen, wie es die Überschrift ("Durchführungsvereinbarung") vermuten ließ, sondern daß in dem Abkommen die Anspruchsgrundlagen für horrende und unangemessene Forderungen gegen die deutsche Rentenversicherung versteckt waren, wußte der Berliner Anwalt Frank Reppenhagen (58), der als ehemaliger Mitarbeiter der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte pikanterweise an der Ausarbeitung des Abkommens beteiligt war, welche Chancen sich für ihn, andere Geschäftemacher und den unverhofft begünstigten Kreis der potentiellen Antragsteller ergaben.

Neue Dimension erreicht

Während die Bundesregierung Schmidt/Genscher ohne Nachfrage der CDU/CSU-Opposition dem Bundestag die auf die deutsche Rentenversicherung zukommende Belastung verschwieg, handelte Rechtsanwalt Reppenhagen. Im Verein mit zunächst zwei israelischen Rechtsanwälten ging er daran, den Goldschatz zu heben. Die israelischen Anwälte gründeten Vereinigungen mit hochtrabenden Namen, um den Eindruck zu erwecken, es handele sich um offizielle Körperschaften. Der israelische "Verband für die Ausführung des Sozialversicherungsabkommens" warb in ganzseitigen Zeitungsanzeigen in der israelischen Presse und mit Postwurfsendungen für die "deutsche Rente". Renteninteressenten ohne Eigenkapital zur Bezahlung des Nachversicherungsbetrages wurden von der deutschen BHF-Bank in Frankfurt/M. und anderen Banken zu gewährende Kredite angeboten (vgl. Anzeige vom 31.1.1987 in den Israel Nachrichten).

Es gelang der Organisation, Dr. Israel Kaz, ehemaliger Generaldirektor der israelischen Sozialversicherung und späterer Arbeitsminister, zu bewegen, die lukrative deutsche Rente zu beantragen und dies werbend öffentlich bekanntzugeben. In der Tel Aviver Zeitung "Haarez" führte er aus, die Nachversicherung sei "besonders für ältere Leute, Behinderte und Leute mit akademischer Bildung" rentabel.

Unmittelbar vor Ablauf der Antragsfrist reichten Rechtsanwalt Reppenhagen und sein israelischer Kollege Israel Perry bei der BfA knapp 30.000 Anträge auf Nachversicherung in der deutschen Sozialversicherung ein. Erst jetzt wurde den maßgeblichen Leuten der Bundesversicherungsanstalt klar, welcher Schaden der Rentenversicherung durch die "Durchführungsvereinbarung" entstanden war. Die Leitung der BfA (Dr. K.) schlug in einem Schreiben an die Bundesregierung Kohl/Genscher/Blüm Alarm. Nachdem 36.000 Israelis durch rechtzeitige Antragstellung Ansprüche erworben hatten, und diese nicht mehr entzogen werden konnten, wurde 1986 mit Israel eine Änderung des Abkommens vereinbart, die letztlich wirkungslos blieb. Verschämt und weder für die Bundestagsabgeordneten noch für den Laien erkennbar, heißt es in der betreffenden Bundestagsdrucksache 10/54526, S. 7 (Denkschrift zum Änderungsabkommen): "Insbesondere für viele Antragsteller der gestellten Nachentrichtungsanträge können sich hieraus Rentenleistungen ergeben, die in keinem angemessenen Verhältnis zu den entrichteten Beiträgen stehen. Nach der Bestimmung sollen deshalb diese Beitragszeiten nur berücksichtigt werden, wenn wenigstens ein deutscher Pflichtbeitrag anrechnungsfähig ist ... Den Erfordernissen der Besitzstandswahrung wird ... Rechnung getragen." Abgesehen davon, daß ein Pflichtbeitrag mit Hilfe von Freunden in Deutschland jederzeit nachweisbar war, konnten den 36.000 Antragstellern ihre Ansprüche nicht mehr genommen werden.

Die gerichtliche Aufarbeitung dieses Finanzskandals ist noch lange nicht beendet. Israelische Behörden ermitteln seit 1987 gegen den Komplizen Frank Reppenhagens Israel Perry wegen Betrugs und Steuerhinterziehung. Perry soll sich mittlerweile nach London abgesetzt haben.

Am 14. Februar 2000 wurde Rechtsanwalt Reppenhagen wegen Steuerhinterziehung vom Berliner Landgericht zu einer Haftstrafe von fünf Jahren und sechs Monaten verurteilt, weil er 13 Millionen DM Honorare von 29.000 israelischen Rentnern dem Fiskus vorenthielt. Rund sechs Millionen DM waren der Steuerbehörde durch die Hinterziehung des Berliner Juristen verlorengegangen.

Die ehemaligen Bundessozialminister Ehrenberg und Blüm wurden von den Strafverfolgern Reppenhagens nicht gehört. Anstatt der Frage nachzugehen, welche Beweggründe für den Abschluß des sagenhaften deutsch-israelischen (Nichtentschädigungs)-Abkommens bestanden, an dessen Ausarbeitung ein Rechtsanwalt beteiligt war (Reppenhagen), der nach dessen Inkrafttreten von 90% der Begünstigten zur Durchsetzung ihrer Ansprüche bei der BfA beauftragt wurde, beschränkte man sich allein auf die Ahndung der Steuerhinterziehung. Ob es Einwirkungen auf die Gesetzgebung von außen gab oder ob die Experten des Bundessozialministeriums und der Bundesversicherungsanstalt nicht wußten, was sie dem Bundestag zur Annahme empfahlen, oder ob "Untreue" im strafrechtlichen Sinn vorlag, blieb ungeklärt.

Im Spiegel-Bericht vom 20. 09. 1999 hatte es geheißen, daß im Zusammenhang mit der Durchführung des deutsch-israelischen Abkommens rund eine Milliarde Mark aus der Kasse der BfA bei Anwälten, Agenturen und zweifelhaften Mittlerfirmen statt bei israelischen Rentnern im Ausland gelandet war. Jetzt kam heraus (Spiegel/10 7. 2000), daß 227 Millionen Mark auf Schweizer Konten auftauchten, die offenbar aus dem Finanzskandal stammen. Die Schweizer Justiz arrestierte das Geld und leitete ein Ermittlungsverfahren gegen den Reppenhagen-Partner Perry wegen des Verdachts der Geldwäsche ein. Außerdem teilt "Der Spiegel" mit, die israelischen Behörden kritisierten die Zurückhaltung der deutschen Stellen bei der Aufklärung des Finanzskandals. Die Frankfurter Justiz rücke beschlagnahmtes Beweismaterial nicht heraus. In Deutschland werde, was man nicht verstehe, niemand wegen Betrugs angeklagt.

Rechtsanwalt Reppenhagen genießt Haftverschonung. Wie zu hören ist, soll seine Frau erkrankt sein. Er müsse sich angeblich um das gemeinsame Kind kümmern. Währenddessen kann er in seinem Büro an den tausenden von Rentenfällen weiterarbeiten und sich ggf. mit seinem ehemaligen Geschäftspartner Israel Perry in London treffen.

Aron Winter

Gedanken zur Zeit:

Mut zum Nationalstaat

Weichen auf Nach-Kohl-Ära stellen / Von Wilfried Böhm



Es gibt in Deutschland, anders als in fast allen europäischen Staaten, keine konservative Partei im demokratischen Spektrum. Die CDU ist es nicht, denn nach ihrem Selbstverständnis ist sie eine Volkspartei aus Christlich-Sozialen beider Konfessionen, Liberalen und Konservativen. Sie war erfolgreich, solange sich diese Tradition in ihr politisch und personell im Gleichgewicht befand, und für die Union das allem übergeordnete Ziel die Bewahrung der Freiheit und die Abwehr des Sozialismus war.

Angesichts der weltpolitischen Herausforderung durch den atomar bewaffneten sowjetischen Kommunismus war für Deutschland Adenauers Westbindung ebenso richtig wie Ehrhards soziale Ausrichtung der Marktwirtschaft. So konnten das Bündnis mit den USA und die europäische Westbindung die äußere und innere Sicherheit des Teiles Deutschlands herstellen, der nach dem Zweiten Weltkrieg dem unmittelbaren Zugriff Moskaus nicht ausgeliefert worden war. Auf der Grundlage dieser Politik wurde die Chance zur deutschen Wiedervereinigung gewahrt. Es dauerte vierzig Jahre, bis im Zusammenhang mit dem ideologischen, wirtschaftlichen und politischem Zusammenbruch des Kommunismus die freiheitliche deutsche Revolution in der DDR deren Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland ermöglichte.

Das Zusammenspiel von „Eisernem Vorhang", Kaltem Krieg, 68er-Libertinage und euro-ideologischer Westbindung machten aus der Bonner Republik den östlichsten Staat Westeuropas, in dem gewollt und ungewollt verdrängt wurde, daß er geopolitisch und kultur-historisch die westliche Mitte Europas ist. Die CDU hat, trotz Wiedervereinigungsrethorik, bei der jährlichen Wiederkehr von 17. Juni und 13. August im großen und ganzen diese Verdrängung mitgestaltet, mitgetragen oder auch nur ertragen, was nach dem Beginn der Kanzlerschaft Helmut Kohls mehr als deutlich wurde. Noch 1988 sprach Kohl davon, daß die deutsche Einheit nicht auf der Tagesordnung der Weltpolitik stünde. Als die Deutschen der DDR diese Einheit auf die Welttagesordnung setzten, blieb Kohl dabei, daß „die deutsche und europäische Einheit zwei Seiten ein und derselben Medaille seien", obwohl die Wiedervereinigung von Hannoveranern und Dresdnern ganz sicher eine andere Qualität hat als Einheitsbestrebungen von Europäern in Stockholm und Lissabon.

Das Erkennen dieser Tatsachen ist eine Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Politik der Unionsparteien CDU und CSU in der Zukunft. Deutschland ist ein demokratischer Nationalstaat wie auch die anderen demokratischen Staaten in Europa. Wo die Europaidee nicht zur Europaideologie degeneriert ist, weiß man, daß ein demokratischer Nationalstaat ein demokratisches Nationalbewußtsein seiner Bürger voraussetzt. Nicht nur die in die Jahre gekommenen 68er und ihre Epigonen, sondern eine ganze Medien- und Politikerkaste setzt auf die „Überwindung des Nationalstaats" und legt gerade damit die Axt an die Wurzel europäischer Gemeinsamkeit, die darin besteht, daß der demokratische Nationalstaat das Europäische an Europa ist und bleiben muß.

Die CDU ist gut beraten, wenn sie die Selbstanerkennung des demokratischen Nationalstaats zur Grundlage ihrer Europapolitik der Nach-Kohl-Ära machen würde. Die neue Führung könnte sich dabei darauf stützen, daß 67 Prozent aller CDU-Mitglieder meinen, Deutschland müsse seine nationalen Interessen stärker durchsetzen.

In der Innenpolitik hat die CDU ein Versagen ausgerechnet in der Familienpolitik zu vertreten, die nach ihrer sechzehnjährigen Regierungszeit das Testat „verfassungswidrig" erhielt. Ebenfalls innenpolitisch sollte sich die CDU aus dem reaktionären Rechts-Links-Mitte-Schema lösen, von dem das gesamte politische Geschehen beherrscht wird und das auf zufällige Ereignisse der französischen Revolution von 1889 zurück geht. Es konnte bestenfalls bis zum Ersten Weltkrieg ein Hilfsmittel zur politischen Orientierung abgeben, nicht aber, seit die totalitären Massenbewegungen ihren unheilvollen Weg durch Europa begannen. Die Rechts-links-Schubladisierung ist zutiefst reaktionär, weil sie im Zeichen der Globalisierung bestenfalls eine formale, aber keine inhaltliche Demokratie ermöglicht, die Gesinnungsfreiheit voraussetzt. Torsten Krauel in der „Welt" hat recht, wenn er schreibt, daß es heute nicht um ein „Bündnis gegen Rechts", sondern um ein „Bündnis gegen Gewalt" geht.

Das personelle Desaster um Kohl, dessen Hybris das Anstandsgefühl der Menschen, nach dem ein Ehrenwort zu halten sei, zum Werben für einen Verfassungs- und Gesetzesbruch mißbraucht, belastet die konservative Wählerschaft der CDU in ganz besonderem Maße. Alle die Gründe sprechen für eine konservative Renaissance der CDU, weil sonst ein konservativer Neuanfang in Deutschland außerhalb der Union erfolgen muß.

Stettin:

Boden nur für Polen

Süßmuth zeigt Verständnis für Warschaus Position

Polen möchte zwar möglichst rasch in die EU, doch bei den üblichen Freizügigkeiten denken die Polen sehr völkisch. Beispielsweise lehnt das katholische Volk den Erwerb von Boden durch Ausländer – namentlich Deutsche – kategorisch ab. Polnischen Boden nur für Polen, so lautet ihr Kampfruf. Man stelle sich so etwas für Deutschland vor. Ein Kommunalpolitiker würde den Verkauf deutscher Erde an Kurden verweigern – ihm wäre ein Spitzenplatz in der Tagesschau sicher.

In welche Schwierigkeiten ein Deutscher beim Grunderwerb in Polen geraten kann, erfuhr jetzt der Lübecker Kaufmann Heinz P. Sein Traum von einem Bauernhof in Hinterpommern endete vor dem Stettiner Bezirksgericht. Denn die polnische Staatsanwaltschaft wirft ihm vor, er habe das mehrere tausend Hektar große Gut mit Hilfe polnischer Strohmänner illegal erworben. Grunderwerb ist für Ausländer in Polen ohne Genehmigung des Innenministeriums verboten.

Die polnische Forderung nach möglichst langen Übergangsfristen für Grundstückskäufe durch Nicht-Polen gehört zu den Problempunkten bei den Beitrittsverhandlungen. Für eine Übergangsfrist von 18 bis 30 Jahren würden Polen gerne Grundstückskäufe von Ausländern einen gesetzlichen Riegel vorschieben.

Auf breite Zustimmung kann EU-Verhandlungsführer Jan Kulakowski vor allem unter den Bauern hoffen, bei denen die Angst vor dem Ausverkauf „urpolnischen Bodens" tief sitzt. Die Landwirte, die ohnehin zu den größten EU-Skeptikern Polens gehören, befürchten steigende Grundstückspreise durch die zahlungskräftigere Konkurrenz aus der Bundesrepublik. So verteuerten sich die Grundstückspreise in der Umgebung der brandenburgischen Stadt Landsberg an der Warthe in den vergangenen drei bis vier Jahren um bis zu 400 Prozent. Objektiv gesehen findet aber ein Ausverkauf „polnischen" Bodens nicht statt. Im vergangenen Jahr erteilte das polnische Innenministerium zwar fast 2800 Genehmigungen an ausländische Grundstückskäufer, ein Großteil von ihnen Deutsche.

Gleichwohl wird das Thema in Polen politisch hochgeschaukelt; es ist geradezu so, daß sich einige Politiker in ihren antideutschen Ausfällen gegenseitig übertreffen wollen. So macht etwa Andrzej Lepper, Chef der Gewerkschaft "Samoobrona", den ausländischen Grundstückskauf zum Wahlkampfthema bei seiner Kandidatur für das Amt des polnischen Staatspräsidenten.

Viel Verständnis für Warschaus Position hat übrigens die CDU-Politikerin Rita Süssmuth gezeigt. Die ehemalige Bundestagspräsidentin soll nach Angaben von Beobachtern bei ihren Besuchen in Warschau bereits zugesichert haben, daß die Bundsrepublik eine Übergangsfrist beim Landerwerb akzeptieren werde.

Hagen Nettelbeck

In Kürze

„Nazi go home"

Ursula Caberta, Leiterin der Arbeitsgruppe Scientology in der hamburgischen Innenbehörde, hat am eigenen Leibe erfahren müssen, wie einfach sich der Kampf gegen Rechts zur Verfolgung von Gegnern instrumentalisieren läßt. Bei ihrem Urlaubsantritt in den USA wurde sie mit „Nazi go home"-Rufen von 50 Scientologen empfangen, die sie dann auf Schritt und Tritt verfolgten. Dieses und eine Schadensersatzforderung ließen sie auf Drängen des örtlichen deutschen Vertreters heimlich das Land verlassen.

Generationenkonflikt

Matthias Berninger, Haushaltspolitiker der Grünen, fordere, so der „Spiegel", daß jetzt pflichtversicherte Arbeitnehmer als Rentner auch auf Zinsen und Mieteinnahmen Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung werden entrichten müssen. Das gehe aus einem Schreiben des 29jährigen an die grüne Bundesgesundheitsministerin Andrea Fischer und die Fraktionsspitze seiner Partei hervor.

Ursachenforschung

Bogdan Musial, der mit seiner Kritik an der Wehrmachtsausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung wesentlich zu deren Einmottung beigetragen hat, hat mit „Konterrevolutionäre Elemente sind zu erschießen" (Verlag Propyläen) ein neues Buch zu diesem Themenkreis vorgelegt. Vom „Spiegel" ist es bereits als „höchst fragwürdig" kommentiert worden, da es „die sowjetischen Verbrechen zur Ursache für die Brutalisierung der deutschen Kriegführung" erkläre und „Juden eine Teilverantwortung für die Pogromgelüste von Polen, Ukrainern und Litauern" zuspreche.

Frankreich:

Bruch mit der Tradition

Volksentscheid über Amtszeit des Präsidenten

Am 24. September gehen die Franzosen zu den Urnen, um in einem Volksentscheid die Verkürzung der Amtszeit des Staatspräsidenten zu beschließen. Das Ergebnis der Wahl gilt an der Seine nämlich als absolut sicher, denn sowohl der Neogaullist Chirac als auch sein sozialistischer Premier befürworten diese Verfassungsänderung.

Seit dem 20. November 1873, das heißt seit dem Anfang der Dritten Republik, kurz nach dem Zusammenbruch des Zweiten Kaiserreichs, war es die Regel, daß das französische Staatsoberhaupt für eine siebenjährige Amtszeit amtierte, ob durch die Volksvertretung oder – wie seit 1958 – direkt gewählt. In seinem Wahlprogramm von 1995 hatte Jospin die Verkürzung der Amtszeit auf fünf Jahre vorgeschlagen, während sein Gegenspieler Chirac streng auf die Beibehaltung des „Septennats" beharrte. Seit dem Ausscheiden de Gaulles, des Gründers der Fünften Republik, war die Debatte immer offen. Die Linken, deren Stärke eher auf den Rechten des Parlaments denn auf denen des Staatsoberhauptes beruht, haben vor, die Befugnisse des Präsidenten zu kürzen. Das Ganze war etwas vergessen, als Altstaatspräsident Giscard D'Estaing, der immer einen großen Einfluß auf die Zentristen besaß, die Frage wieder lancierte. Chirac, dem das Stimmverhalten dieser Partei bei der Präsidentschaftswahl 2002 keineswegs egal sein kann, mußte so den Vorschlag Giscards gutheißen und erklärte widerwillig Anfang Juli in einer Fernsehansprache, daß das französische Volk im Herbst sein Votum abgeben werde. Die einzige offene Frage, die sich gegenwärtig stellt, ist die Höhe der Beteiligung an dieser Volksabstimmung, die derzeit die Franzosen völlig gleichgültig läßt.

Verfassungsänderung zielt auf Schwächung des Präsidentenamtes ab

Bei der Verfassungsänderung geht es immerhin um die Rolle des Staatsoberhauptes in Paris. Eine wichtige Rolle spielt dabei der Wille der Sozialisten, die nie den plebiszitären Charakter der Fünften Republik akzeptiert haben, zu den Institutionen der Vierten Republik allmählich zurückzukehren. Außerdem ist die Wahl bedeutungsvoll im Rahmen des europäischen Aufbaus, weil Chirac und seine Weggefährten, wie Ex-Premier Alain Juppé oder Jacques Toubon, für die Wahl eines europäischen Präsidenten wären, der vom EU-Rat gewählt würde, und dessen Machtbefugnisse mit denjenigen des französischen Staatsoberhauptes schwer kompatibel wären. Die Volksabstimmung des 24. September bedeutet in dieser Hinsicht, daß Frankreich sich immer mehr europäisiert und seine fast monarchistische Staatsgewalt hinter sich lassen wird oder sollte.

Die einzige Frage, die den Franzosen gestellt sein wird, ist diejenige der Dauer der Amtszeit des Staatschefs. In einem Rundfunkinterview mit dem staatlichen Sender „France Inter" hat allerdings der Erste Sekretär der sozialistischen Partei, Francois Hollande, der das volle Vertrauen Jospins genießt, schon erklärt, daß diese Verfassungsänderung nur die erste einer Reihe von Revisionen der Verfassung der Fünften Republik, die bürgernäher werden müßte, bedeute. Wenn man sich daran erinnert, daß de Gaulle nach dem Scheitern einer Reform des Senats die Macht verließ, kann man bezweifeln, die Franzosen wären reformfreudig genug, um den Reformeifer der Sozialisten derzeit zu teilen, der eigentlich gegenwärtig nur als Wahlpropaganda angesehen werden kann. Die Franzosen, die sich nach den Meinungsumfragen gut mit der Kohabitation abfinden, könnten im Gegenzug in den nächsten die Eigentümlichkeit in Europa eigentümliche Macht des französischen Staatschefs nicht preisgeben wollen.

In der ganzen Angelegenheit wirkt Chirac als der Zauberlehrling. Er erfand die Kohabitation unter Mitterand, scheiterte 1988 als Präsidentschaftskandidat und muß seit der mißlungenen Auflösung der Nationalversammlung mit der Linken zusammenleben. Durch die geplante Verfassungsänderung wird er, da zu bezweifeln ist, daß seine Anhänger wieder die Mehrheit der Abgeordneten stellen können, ein Präsident auf Abruf sein, wenn es ihm gelingt, wiedergewählt zu werden. Chirac, der gerne darauf pocht, daß sich die französische Gesellschaft der Welt öffnet, wird herlich, wenn er die politische Bühne nicht frühzeitig verläßt, seine Befugnisse außenpolitisch beschnitten sehen.

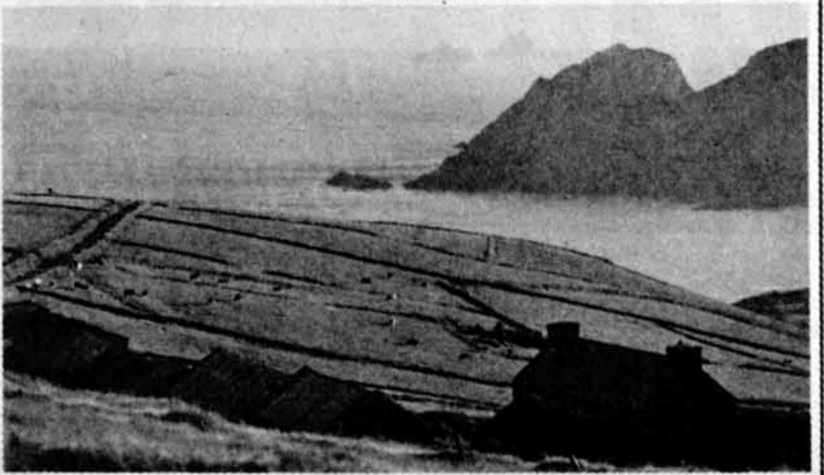
Pierre Campguilhem

Vom Armenhaus zum „keltischen Tiger"

Aufschwung Irlands durch deutsche EU-Zuschüsse / Von Stefan Gellner

Irland, so hat es den Anschein, scheint dank EU-Hilfen und einer geschickten Wirtschaftspolitik mehr und mehr zu einer Insel der Seligen zu werden. Letztes Beispiel: Die intensive Anwerbetätigkeit von Bediensteten der staatlichen Arbeitsverwaltung Irlands, die derzeit quer durch die ganze Welt reisen, um qualifizierte Arbeitskräfte anzuwerben. Irland benötige mindestens 100 000 Fachleute pro Jahr, so wird der staunenden Welt verkündigt. 60 000 sollen aus der EU, 40 000 Arbeitskräfte aus dem Rest der Welt kommen, um in Irland für eine bestimmte Zeit zu arbeiten. Gesucht werden vor allem Maurer, Krankenpfleger, Informationstechnologie-Spezialisten und Ingenieure. Die Entwicklung, die Irland seit einigen Jahren nimmt, wäre vor Jahren von kaum jemandem für möglich gehalten worden. Nach Jahrzehnten der Auswanderung kann Irland wieder eine Nettozuwanderung verzeichnen. Eine Erklärung für diese Wende sind, wie oben bereits angedeutet, die finanziellen Zuwendungen der EU, insbesondere Deutschlands, die in den vergangenen Jahren bis zu 15 Prozent des irischen Staatshaushaltes abdeckten. Kein Wunder, daß Irland zu den europafreundlichsten Ländern in der EU gehört. Drei Viertel der Iren halten die EU-Mitgliedschaft „für eine gute Sache". Dank der EU konnte Irland auch seine enge wirtschaftliche Abhängigkeit von Großbritannien durchbrechen. Gingen 1983 noch 53 Prozent der Exporte in das Vereinigte Königreich, sind es heute nur noch circa 30 Prozent. Die EU hat Irland den Zugang zu den führenden Märkten Europas geebnet, der eine Voraussetzung für die Wandlung Irlands vom „Armenhaus Europas" zum europäischen Musterland für Aufschwung und Konsolidierung gewesen ist. Dazu kommen lukrative Sonderbedingungen wie niedrige Steuern, ein ausgezeichnetes Geschäftsmilieu, ein anspruchsvolles Ausbildungssystem, ein hochmodernes Telekommunikationssystem sowie eine erstklassige Infrastruktur, die Irlands internationale Wettbewerbsfähigkeit spürbar verbessert haben. Insbesondere Investoren aus den USA nahmen diese Vorteile wahr und haben damit ihren Teil zum wirtschaftlichen Aufschwung Irlands beigetragen. Dieser Aufschwung ist so nachhaltig, daß Irland in ernsthafte wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten könnte. Denn der anhaltende Aufschwung und der schwache Euro-Kurs drohen die Konjunktur zu überhitzen. Eine Lohn-Preis-Spirale mit verheerenden Konsequenzen droht. Meint: Löhne und Preise treiben sich gegenseitig nach oben. Das klassische Instrument, um eine überhitzte Wirtschaft zu dämpfen, ist bekanntlich eine Zinserhöhung. Dieses Instrument steht den Iren seit Beginn der Währungsunion nicht mehr zur Verfügung. Zum Verdruß der Iren senkte die Europäische Zentralbank in den letzten Monaten einige Male die Zinsen, statt sie zu erhöhen. Damit wurde die ohnehin exportstarke irische Wirtschaft noch weiter angeheizt. Irland ist damit ein beredtes Beispiel für die Schattenseiten der vergemeinschafteten Geldpolitik. Den Iren bleibt als Weg aus der Misere einzig die Erhöhung der direkten Steuern (Einkommenssteuer, Abgaben auf Immobilien). Den Druck, die Löhne zu erhöhen, versucht die irische Regierung, wie oben bereits angesprochen, durch Anwerbung von Arbeitskräften zu mildern. Diese Strategie wird allerdings nur aufgehen, wenn die Gewerkschaften entsprechend mitziehen.

Trotz des Geredes über die in Irland boomende Informations- und Hochtechnologie-Industrie, die Irland zu einer Art „keltischen Tiger" innerhalb der EU gemacht hat, sollte nicht vergessen werden, daß die Landwirtschaft immer noch Irlands wichtigster Wirtschaftszweig ist. Rund 70 Prozent der Gesamtfläche von 70 282 Quadratkilometern werden nach wie vor landwirtschaftlich genutzt. Angebaut werden vorrangig Kartoffeln sowie Futter-, Brauerei- und Brotgetreide. Nicht zuletzt deshalb wird Irland als „grüne Insel" bezeichnet, was sich auch in der irischen Nationalflagge niedergeschlagen hat, in der die Farbe grün für die Insel insgesamt steht. Im Vordergrund der irischen Landwirtschaft steht insbesondere die Rinder- und Schafhaltung, was bei der baumarmen üppigen Weidelandschaft, die das unverwechselbare Charakteristikum Irlands darstellt, nicht weiter verwundert. Von Bedeutung ist weiterhin auch die Nahrungs- und Genußmittelindustrie (Whisky) sowie die Textilindustrie (Tweedherstellung), deren Erzeugnisse das Bild Irlands im Ausland entscheidend mitbestimmen.



Die „grüne Insel" wie man sie kennt: *Doch der Schein trügt*

Zitate · Zitate

Manchmal denke ich, daß die „Entdeckung" des Nazi-Holocaust durch die amerikanische Judenschaft schlimmer war als das Vergessen. Natürlich brüteten meine Eltern privat darüber; die Leiden, die sie durchgemacht hatten, wurden nicht öffentlich gewürdigt. Aber war das nicht besser als die heutige krasse Ausbeutung jüdischen Märtyrertums? Bevor der Nazi-Holocaust der Holocaust wurde, waren darüber nur wenige wissenschaftliche Studien (von Raul Hilberg, Viktor Frakl und Ella Lingens-Reiner) erschienen.

Diese schmale Sammlung von Preziosen war besser als die vielen Regalmeter des Zeugs, das heute Büchereien und Buchläden verstopft. Meine Eltern, obwohl sie bis zu ihrem Tod täglich die Vergangenheit neu durchlebten, verloren gegen Ende ihres Lebens das Interesse am Holocaust als öffentliches Spektakel. Als die Wiedergabe des Holocaust immer absurdere Formen annahm, zitierte meine Mutter gerne Henry Ford: „Geschichte ist Quatsch." Die Erzählungen von „Holocaust-Überlebenden" – alle KZ-Insassen, alle Helden des Widerstands – waren eine besondere Quelle sarkastischen Vergnügens bei uns zu Hause.

Meine Eltern fragten sich oft, warum ich so wütend wurde über die Fälschung und Ausbeutung des Nazi-Völkermordes. Die Antwort ist: Weil er benutzt wurde, um kriminelle Praktiken des israelischen Staates zu rechtfertigen, und weil die USA diese Praktiken unterstützten. Da ist allerdings auch ein persönliches Motiv: Mir bedeutet die Erinnerung an die Verfolgung meiner Eltern viel. Die derzeitige Kampagne der Holocaust-Industrie, im Namen „bedürftiger Holocaust-Opfer" aus Europa Geld herauszuquetschen, hat die moralische Statur ihres Leidens auf das Format eines Monte-Carlo-Kasinos schrumpfen lassen.

Der Hococaust hat sich als unverzichtbare ideologische Waffe entpuppt. Mit seinem Einsatz hat sich eine der formidabelsten Militärmächte der Welt – deren Menschenrechtskatalog erschreckend ist – zum „Opferstaat" stilisiert; genauso hat die erfolgreichste ethnische Gruppe der USA Opferstatus erworben. Aus dieser Opferschaft resultieren beträchtliche Vorteile – vor allem Immunität gegen jegliche Kritik, so berechtigt sie auch sein mag.

Längst ist die Zeit reif, unsere Herzen für die Leiden der restlichen Menschheit zu öffnen. Das war die Haupt-Lektion, die mir meine Mutter vermittelt hat. Ich habe sie kein einziges Mal sagen hören: „Du sollst nicht vergleichen." Meine Mutter verglich immer. Angesichts der Leiden von Afroamerikanern, Vietnamesen und Palästinensern lautete ihr Credo stets: „Wir sind alle Holocaust-Opfer."

Als „Holocaust-Opfer" wurden ursprünglich diejenigen bezeichnet, die das einzigartige Trauma der jüdischen Gettos, KZs und Sklavenarbeitslager durchleiden mußten, oft hintereinander. Ihre Zahl wurde bei Kriegsende auf rund 100 000 geschätzt. Von diesen Überlebenden können heute nicht mehr als ein Viertel noch am Leben sein. Weil jedoch das Überleben in den Lagern zur Krönung des Martyriums wurde, präsentierten sich viele Juden, die den Krieg woanders verbracht hatten, nachträglich als Lager-Überlebende. Für diese Verfälschung gab es auch ein starkes materielles Motiv: Die deutsche Nachkriegs-Regierung zahlte den Juden aus den Gettos und Lagern Entschädigung. Viele Juden fälschten ihre Vergangenheit, um dieses Auswahlkriterium zu erfüllen. „Wenn jeder angeblich Überlebende tatsächlich einer ist", pflegte meine Mutter zu sagen, „wen hat Hitler dann umgebracht?"

Norman Finkelstein

Zitiert aus „Die Woche" vom 28. Juli 2000

Serben arbeiten Verbrechen an Deutschen auf:

Donauschwäbische Passion

Sensationelles Buch liegt endlich in deutscher Sprache vor / Von Werner Harasym

Der Zusammenbruch der deutschen Ostfront leitete Vertreibung, Entrechtung und Vernichtung der Donauschwaben ein, die im Zuge der Pariser Vorortverträge nach dem Ersten Weltkrieg auf die Staaten Jugoslawien, Rumänien und Ungarn aufgeteilt worden waren. Besonders brutales Leid widerfuhr den 200 000 deutschen Zivilisten, die in Jugoslawien unter Titos Partisanenherrschaft gerieten.

Von ihnen wurden zwischen November 1944 und März 1948 rund 170 000 Personen – vom kleinsten Kind bis zum ältesten Greis – in Lagern interniert. Etwa jeder Dritte kam dort ums Leben. Gemäß der „Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermords" der UNO besteht kein Zweifel, daß es sich bei den Verbrechen an der deutschen Minderheit um Völkermord handelte.

Um diesen Verbrechenskomplex, der von der öffentlichen Meinung in Deutschland kaum zur Kenntnis genommen wird, nicht der Vergessenheit anheim fallen zu lassen, legte die Donauschwäbische Kulturstiftung zwischen 1991 und 1995 mit dem „Leidensweg der Deutschen im kommunistischen Jugoslawien" eine vierbändige Dokumentation vor.

Mit diesen insgesamt 4000 Seiten dicken Wälzern konnte man natürlich keine breitere Leserschaft ansprechen. Deshalb erschien 1998 mit dem Taschenbuch „Verbrechen an den Deutschen in Jugoslawien" eine handliche Zusammenfassung.

Parallel hierzu – und das ist die eigentliche Sensation – gibt es seit einigen Jahren in der serbischen Intelligenz vereinzelte Stimmen, die sich für eine vorurteilsfreie Aufarbeitung der Geschichte der Donauschwaben aussprechen. Vorläufiger Höhepunkt dieser Bemühungen stellt das Ende 1996 in Belgrad von Nenad Stefanovic herausgegebene Buch „Ein Volk an der Donau – Gespräche und Kommentare" dar, mit dem der inzwischen 38jährige ein jahrzehntelanges Tabu in Jugoslawien gebrochen hat.

Mit über dreijähriger Verzögerung liegt dieses außergewöhnliche Werk nun endlich in deutscher Sprache vor. Die Donauschwäbische Kulturstiftung, welche die deutsche Übersetzung verlegt und herausgegeben hat, sieht es als „das erste in Belgrad in serbischer Sprache erschienene Buch, das Informationen über das Leben und die Vertreibung der Donauschwaben in einer ideologiefreien und mutigen Weise bringt".

Stefanovic, Mitglied der Vereinigung der Schriftsteller und Journalisten Serbiens und Redakteur der Zeitschrift „Duga", führte im Herbst 1995 in Deutschland Gespräche mit zwölf Donauschwaben. Deren Erlebnisse aus den Jahren 1944 bis 1948 stehen im Mittelpunkt des Buches.

Umrahmt werden sie von einem Vorwort des Belgrader Germanistik-Professors Zoran Ziletic sowie Beiträgen von Goran Nikolic, wiederum Ziletic und Friedrich Binder. Höchst bemerkenswert ist die Tatsache, daß die Druckkosten unter anderem durch in Baden-Württemberg lebende Serben aufgebracht wurden.

Petar Mladjenovic, Sprecher dieser Spendergruppe, begründet ihren Einsatz folgendermaßen: „(...) wir Serben in der Diaspora und besonders in Deutschland" bekamen „während des Bürgerkrieges in Jugoslawien 1991-1995 am meisten die Schärfe des Drucks durch Lüge und Ungerechtigkeit gegenüber den Serben in den ausländischen Medien zu fühlen (...). Deshalb glauben wir, daß wir auch selbst anderen helfen müssen, ihre Wahrheit zu Gehör zu bringen, wenn wir wollen, daß auch über uns die Wahrheit gesagt wird."

Vorausgegangen war ein Schreiben des bereits erwähnten Ziletic, in dem der Professor um einen Zuschuß gebeten hatte. In diesem Brief wird auf das Hauptziel der Publikation verwiesen, nämlich „das serbische Volk von der Anklage der Deutschfeindlichkeit zu befreien". Aus den Erzählungen der Donauschwaben gehe eindeutig hervor, „daß sie nicht Opfer der Unduldsamkeit der Serben der Wojwodina, sondern des stalinisierten und titoisierten Pöbels im Gefolge der Roten Armee waren".

Die Konfiskation des Vermögens der Deutschen „diente damals als Anfangskapital für die Sowjetisierung Jugoslawiens und der Wojwodina". Die Ausführungen gipfeln in folgendem Vergleich: „Titos Kommunisten sind nämlich mit unseren Deutschen zwischen 1944 und 1948 so umgegangen wie die Nazisten mit den deutschen Juden 1936-1945."

Seinen Anfang nahm der Völkermord in den Beschlüssen der zweiten Tagung des AVNOJ („Antifaschistischer Rat der Volksbefreiung Jugoslawiens") – so hieß das im Laufe des Zweiten Weltkrieges von Tito einberufene Scheinparlament bis zur internationalen Anerkennung Tito-Jugoslawiens am 29. November 1945 – im bosnischen Jajce vom 29./30. November 1943.

In jenen Beschlüssen forderte Moscha Pijade, ein enger Mitarbeiter des Partisanenführers Josip Broz Tito, für sogenannte „Volksfeinde" und „Vaterlandsverräter" den Entzug der Freiheitsrechte und die Todesstrafe durch Erschießen. Diese Verlautbarungen bildeten die Vorstufe zu dem, was am 21. November 1944 in Belgrad vom AVNOJ erklärt und anschließend auch umgesetzt wurde.

Die Jugoslawiendeutschen wurden als „Volksfeinde" bezeichnet, deren bewegliches und unbewegliches Eigentum als „Feindvermögen" in Staatseigentum übergehen sollte. Am 1. Dezember 1945 wurden die AVNOJ-Beschlüsse zu Gesetzen deklariert. Von den deutschfeindlichen Bestimmungen waren nur Personen ausgenommen, die einen nichtdeutschen Ehepartner hatten oder die man als aktive Partisanenkämpfer einstufte.

Fast in jedem Dorf wurden Schulen, Fabrikanlagen oder Gaststätten zu Konzentrationslagern umfunktioniert. Ein besonders trauriges Kapitel sind die Kinderschicksale. In den donauschwäbischen Siedlungsgebieten Jugoslawiens sollen am 1. November 1944 zwischen 35 000 und 40 000 Kinder und Jugendliche unter 16 Jahre elternlos zurückgeblieben sein.



Recht auf die ganze Wahrheit: *Deutsches Flüchtlingskind...*

... und serbische Kriegsopfer in Bosnien

Serbisches Volk soll von der Anklage der Deutschfeindlichkeit befreit werden

Da die Väter und Mütter entweder tot oder zur Zwangsarbeit verschleppt waren, gelangten die Kinder mit ihren Großeltern oder anderen Verwandten in Lager, in denen ungefähr 20 000 das erste Jahr nicht überlebten, ehe man sie in staatliche Umerziehungsheime einwies.

Aus Österreich und der Bundesrepublik versuchten die aus der Zwangsarbeit entlassenen Eltern, nach ihren Kindern zu suchen. Zwischen 1950 und 1959 konnten über das Rote Kreuz Transporte mit 2500 Personen durchgeführt werden. Dennoch blieben viele Kinder zurück und wurden slawisiert.

Den ganzen zweiten Gesprächskomplex bilden Erlebnisberichte damaliger Kinder. Wie sehr beispielsweise der Hunger die Insassen des berüchtigten Lager Rudolfsgnad quälte, in dem ungefähr 11 000 Donauschwaben starben –, erzählt Heinrich Köller (Jahrgang 1933): „Wir überlebten, indem wir uns von herumlaufenden Hunden und Katzen ernährten (...). Ratten haben wir nicht gegessen, zumindest ist es mir nicht bekannt, aber sie fraßen unsere Leichen."

Diesen Gesprächen stellt Stefanovic eine Versöhnungsidee voran, die es verdient, weiter verfolgt zu werden. Er hofft, „daß sich an einem gleichen Tag serbische und deutsche Freunde am Mahnmal der erschossenen serbischen Schüler von Kragujevac (2300 dieser Geiseln wurden am 16.10.1941 als Rache für ein Massaker an Wehrmachtsangehörigen umgebracht; Anm. d. Verf.) versammeln und sich sodann nach Rudolfsgnad begeben, um dort auf der Flur, wo die Kinder des gleichnamigen Lagers beerdigt sind, ein Kreuz zu errichten".

Wohltuend von manch oberflächlicher und monokausaler Betrachtung, die als Grund für die Untaten an den Deutschen das Verhalten der Donauschwaben und der Wehrmacht zwischen 1941 und 1944 anführt, hebt sich die Analyse von Ziletic ab. Ihm ist es auch zu danken, daß in Rudolfsgnad wenigstens eine Gedenktafel an die donauschwäbischen Opfer erinnert.

Im Vorwort stellt er fest: „Die Wojwodina-Deutschen wurden bei uns nach 1944 ihrer eigentlichen Geschichte beraubt. (...) Um ihr oft enormes Vermögen beschlagnahmen zu können, das durch die unermüdliche Arbeit von Generationen erworben wurde, die die bis ins 18. Jahrhundert hinein verwüstete und versumpfte Wojwodina in eine Kulturlandschaft erster Ordnung verwandelte, hat man ihre historische Vergangenheit durch eine mythische ersetzt."

In der nächsten Folge des „Ostpreußenblattes" werden an dieser Stelle weitere zentrale Inhalte des Sensationsbuches dargestellt und ein Überblick über die Lage der wenigen heimatverbliebenen Donauschwaben in Jugoslawien gegeben. Das Buch „Ein Volk an der Donau" ist für 20,- DM zu beziehen über: Donauschwäbische Kulturstiftung, Goldmühlestraße 30, D-71065 Sindelfingen.



Blick nach Osten

Wahlmanöver in Laibach

Laibach – Der slowenische Ministerpräsident Andrej Bajuk gründet am 11. August eine eigene Formation „Neues Slowenien – Christliche Volkspartei". Den Bruch mit seiner bisherigen Hausmacht, der christdemokratischen Volkspartei SLS/SKD vollzog er, nachdem diese die Mitte-Links-Opposition in ihrem Festhalten am Verhältniswahlrecht unterstützt hatte. Bei den näherrückenden Parlamentswahlen am 15. Oktober steht ein antikommunistischer Rechtsblock aus der Volkspartei (SLS/SKD), den in Slowenien konservativ ausgerichteten Sozialdemokraten, der Nationalpartei und Bajuks Partei Neues Slowenien einem postkommunistischen Linksblock gegenüber. Während ersterer hauptsächlich von Politikern geführt wird, deren Familien im Zweiten Weltkrieg auf seiten der antikommunistischen Heimwehren (Domobrancen) gekämpft hatten, wird die Linke vor allem von Vertretern der früheren kommunistischen Nomenklatura repräsentiert.

Schlammschlachten

Warschau – Polens amtierender Präsident Alexander Kwasniewski mußte am 27. Juli vor einem Untersuchungsgericht zu den Vorwürfen Stellung beziehen, er habe mit den früheren kommunistischen Geheimdiensten zusammengearbeitet. Ebenfalls vorgeladen sind vier Ex-Sicherheitsoffiziere, die behaupten, solche Kontakte bezeugen zu können. Kwasniewski kommentierte die Anklage in Anspielung auf die bevorstehenden Präsidentschaftswahlen am 8. Oktober mit den Worten: „Ich hoffe, daß diese Sache nicht Bestandteil eines politischen Spiels jener ist, die gegen mich in ehrlichem Kampf nicht gewinnen können!" Doch auch Lech Walesa, der neben dem AWS-Chef Marian Krzaklewski wichtigster Gegenspieler bei den Präsidentenwahlen ist, sieht sich ähnlichen Vorwürfen wie der Amtsinhaber ausgesetzt. Einen Tag vor Kwasniewski mußte er vor dem Untersuchungsgericht aussagen und Dokumente zu entkräften versuchen, die der heutige Staatsschutz UOP als Beweislast vorlegte. Demnach habe Walesa 1970 ein schriftliches Versprechen abgegeben, mit dem Geheimdienst zusammenzuarbeiten. Zwischen 1970 und 1972 soll er auch Belohnungen für seine Dienste erhalten haben.

Gedenkstätte in Katyn

Katyn – Der polnische Ministerpräsident Jerzy Buzek und der russische Vize-Ministerpräsident Viktor Christenko nahmen am 28. Juli an der Eröffnungszeremonie für eine Gedenkstätte in Katyn teil. Auch etwa 800 Verwandte der in Katyn vom sowjetischen Geheimdienst NKWD hingerichteten ca. 4500 polnischen Offiziere waren eigens in den Ort in der Oblast Smolensk gekommen.

Professor wird Präsident

Budapest – Der Anfang Juni vom ungarischen Parlament zum neuen Staatspräsidenten gewählte Ferenc Mádl wurde am 4. August feierlich in sein Amt eingeführt. Der 69jährige Nachfolger von Árpád Göncz ist Professor für Internationales Privatrecht und gehörte von 1990 bis 1993 als Minister ohne Portefeuille der ersten frei gewählten ungarischen Regierung Antall an. Danach amtierte er bis Juli 1994 als Minister für Unterricht und Bildung. Im Jahr 1995 kandidierte Mádl als Bewerber der Mitte-Rechts-Opposition vergeblich für das weitgehend repräsentative Präsidentenamt. Nach der erneuten Machtübernahme der Rechtsparteien vor zwei Jahren erreichte er nun auf Vorschlag der national-konservativen Kleinlandwirtepartei sein Ziel.

Affäre „Fritz Naphtali" (Teil II):

Ein abgekartetes Spiel?

Der Spendenskandal der SPD: Auf einmal endeten die Ermittlungen

Von NORBERT HERR

In der öffentlichen Debatte spielte die SPD-Spendenaffäre um die nebulöse „Fritz-Naphtali-Stiftung" praktisch keine Rolle. In der vergangenen Woche zeichnete *Das Ostpreußenblatt* den Skandal chronolgisch bis zum Mauerfall nach. Doch die Geschichte ging auch in den 90er Jahren weiter. Lesen Sie selbst:

1990

16. Mai: Presseerklärung der Staatsanwaltschaft Bonn. Aussage u. a., daß beide Beschuldigte, Grunwald (65) und Hesselbach (75), nach privatärztlichen Gutachten verhandlungs- und vernehmungsunfähig seien. Amtsärztliche Atteste bescheinigen Hesselbach und Grunwald etwas später Verhandlungsunfähigkeit auf Dauer.

1991

25. November: Einstellung des Verfahrens, da mit einer Wiederherstellung der Verhandlungsfähigkeit nicht mehr zu rechnen sei. Wahrscheinlicher ist eine Absprache zwischen CDU und SPD zur gegenseitigen Schonung.

1998

Die Staatsanwaltschaft Mannheim beginnt mit Ermittlungen gegen einen früheren führenden Ministerialbeamten Hessens, der von Managern der Mannheimer ABB AG Schmiergelder auf ein Schweizer Konto überwiesen bekommen haben soll. Zwischen 1993 und 1997 sollen rund 30 Millionen Mark von ABB an Schmiergeldern gezahlt worden sein. Der hessische Beamte soll dabei als „Türöffner" gedient haben. Insgesamt mußten bislang sechs Manager ihren Hut nehmen.

2000

Februar/März: Mehrere Affären der SPD werden aufgedeckt, insbesondere durch einen Artikel im „Spiegel" 7/2000 und in der „Welt":

– Die kostenfreie Nutzung von Flugzeugen der West-LB durch Politiker der SPD, die NRW-Finanzminister Schleußer zum Rücktritt bewegte.

– Die Finanzierung und Personalausstattung eines Berliner SPD-Büros zum Aufbau der SPD in Brandenburg durch die WestLB.

– *Ab März:* Die verschleierte Gewinnausschüttung der SPD-eigenen DDVG (Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH) allein im Wahljahr 1998 in Höhe von 18,43 Millionen DM, von denen nur 2,48 Millionen versteuert wurden.

– Die Funktion der „Starken Frauen" als Spendenwaschanlage für die SPD in Schleswig-Holstein.

9./25. März: Neuthematisierung der Fritz-Naphtali-Affäre der SPD durch eine Zusammenfassung in der Würzburger „Tagespost".

Gleichzeitigkeit von Überweisungen an die Naphtali-Stiftung und Einzahlungen auf das Bonner Konto der SPD im Wahlkampfjahr 1980

	Überweisungen der Friedrich-Ebert-Stiftung auf das Schweizer Konto der Fritz-Naphtali-Stiftung in DM	Einzahlungen aus bar überbrachten „Spenden" auf dem Konto der SPD bei der Sparkasse Bonn in DM
30.01.1980	740 000	–
29.02.1980	530 000	–
13.05.1980	480 000	–
03.06.1980	890 000	–
13.06.1980	–	2 000 000
23.06.1980	–	45 000
30.06.1980	–	53 000
11.07.1980	920 000	–
26.08.1980	–	176 500
02.09.1980	–	2 000 000
03.09.1980	910 000	–
16.09.1980	–	1 000 000
03.12.1980	870 000	–
16.12.1980	750 000	–
19.12.1980	–	1 000 000
Gesamt	**6 090 000**	**6 274 500**

zusammen mit sonstigen Überweisungen: 6 910 000 DM, davon in der Bilanz der Naphtali-Stiftung ausgewiesen: lediglich 335 044,48 DM (881 696 Schekel)

Geldflüsse von der Friedrich-Ebert- zur Fritz-Naphtali-Stiftung und Einzahlungen auf das SPD-Konto der Sparkasse Bonn im Bundestagswahlkampfjahr 1980. Quelle: „Spiegel" 28/1986, S. 17–28

März: Die SPD-Parteiführung bekundet in einem Schreiben an Bundestagspräsident W. Thierse: „Uns sind keine Fälle von Mißachtung des Parteiengesetzes durch die SPD bekannt." („Berliner Morgenpost")

April: Mündliche Anfrage des Abgeordneten Diegel (CDU) im nordrhein-westfälischen Landtag zur Affäre Fritz Naphtali, warum es zur Einstellung der Strafermittlungen kam. Justizminister J. Dieckmann gibt auf Nachfrage als „Aktenzeichen dieses Ermittlungsverfahrens" an: 22 Js 1/89 der Staatsanwaltschaft Bonn. Das Aktenzeichen des ursprünglichen Verfahrens, das zum Rechtshilfeersuchen an die Schweiz führte, lautet jedoch: 42 Js 280/82. Auf die Frage nach Überlassung der Ermittlungsakten antwortet der Justizminister: „Ich bin mir aber unklar, ob es sachgerecht ist, ein Aktenstück zur Verfügung zu stellen. Dafür gibt es im parlamentarischen Verfahren bestimmte Vorkehrungen." Die Frage danach, ob dem Justizminister Ermittlungen auch gegen andere Vorstandsmitglieder der Friedrich-Ebert-Stiftung bekannt seien (es handelt sich wohl um Johannes Rau und Holger Börner), wird damit beantwortet, daß dieser Bericht, der eingeholt worden sei, „keinen Anlaß zu weiterer Kenntnis" gebe. Der Justizminister habe auch privat keine Kenntnis von solchen Verfahren.

12. Mai: Der Bonner Oberstaatsanwalt König bestätigt, daß, anders als aus damaligen Presseberichten ersichtlich, damals genügend Anhaltspunkte gegen die Friedrich-Ebert-Stiftung vorgelegen hätten. „Wären die Beschuldigten verhandlungsfähig gewesen, hätten wir auch Anklage erhoben." („Berliner Morgenpost", 12. Mai 2000)

Mai: Die SPD-Schatzmeisterin I. Wettig-Danielmeier schreibt: Es bleibt daher dabei, daß uns keine Fälle von Mißachtung des Parteiengesetzes durch die SPD bekannt sind (...)" („Rheinischer Merkur" 19/2000). Dies ist nachweislich falsch (vgl. Zitate aus dem Urteil des Schweizerischen Bundesgerichts weiter oben und den Entzug der Gemeinnützigkeit für die Friedrich-Ebert-Stiftung und deren Steuernachzahlung). Der Verbleib eines Großteils des Geldes ist bis heute nicht geklärt.

Mai/Juni: Der Untersuchungsausschuß des Deutschen Bundestages zur CDU-Spendenaffäre nimmt das Thema Fritz-Naphtali-Stiftung mehrmals auf die Tagesordnung. Die Behandlung wird mehrmals vertagt.

Aus dieser Dokumentation der dubiosen Finanztransaktionen der SPD ergibt sich eine stattliche Summe, die der Aufklärung harrt!

Auflistung:

Naphtali-Affäre:

15,3 bis 28,7 Millionen DM

ABB-Affäre:

30 Millionen DM

Verschleierte Gewinnausschüttung 1998:

18,4 Millionen DM

Summe:

63,7 bis 77,1 Millionen DM.

Die Tendenz ist eher noch steigend, weil die verschleierten Gewinnausschüttungen nur das Jahr 1998 betreffen. Welche Summe ergibt sich aber, wenn jedes Jahr so abgerechnet worden ist wie 1998?

Wir wissen heute, daß die Parteien BND-Mittel nach Spanien und Portugal weiterleiteten. Dann dürfte der Spendenfluß über die Friedrich-Ebert-Stiftung in die Schweiz auf das Konto der Fritz-Naphtali-Stiftung von fast 22 Millionen Mark nicht um 6,7 Millionen verringert werden – wobei immer noch 15,3 Millionen Mark aufzuklären wären. Man muß sich fragen, warum der Fluß von Spenden von der Staatsanwaltschaft Bonn nicht weiterverfolgt worden ist. Genau dies hat die CDU in Hessen getan. Gleiches muß auch von der SPD erwartet werden können.

Haben sich CDU und SPD darauf geeinigt, „Flick" und „Naphtali" als Geschäft auf Gegenseitigkeit ruhen zu lassen?

Es fehlt auch jede Antwort darauf, wieviel Geld sich nach 1983 auf den Nummernkonten in der Schweiz befunden hat, die 1989 beschlagnahmt und an die Bonner Staatsanwaltschaft ausgeliefert wurden.

Wohin sind gegebenenfalls Gelder transferiert worden? An die SPD? Sind daraus Wahlkämpfe finanziert worden? Sind Barabhebungen vorgenommen worden und wenn ja von wem? Die Ingeba wurde durch die BfG übernommen und die BfG später durch die Crédit Lyonnais. Wie hat sich das auf die Nummernkonten ausgewirkt? Sind sie aufgelöst worden?

Gibt es Zusammenhänge zwischen den umstrittenen Buchungspraktiken der SPD hinsichtlich ihrer Pressebeteiligung und ihrem Vorgehen in den 80er Jahren? Es wäre auch möglich, daß das Geld von den Schweizer Konten in Beteiligungen



Jahrelang Schlüsselfigur im Finanzkarussel der Sozialdemokraten: *Walter Hesselbach (gest. 1993), Vorstandsvorsitzender der dubiosen Naphtali-Stiftung* Foto dpa

des SPD-Medien-Konsortiums geflossen ist, das seit kurzem in der Diskussion steht.

Was wußten die seinerzeitigen Vorstandsmitglieder der Friedrich-Ebert-Stiftung, darunter die stellvertretenden Vorsitzenden Holger Börner und Johannes Rau, von der Kooperation mit der Fritz-Naphtali-Stiftung? Waren sie über die Geldtransfers informiert?

Nach Einstellung des Verfahrens gegen die Beschuldigten Hesselbach und Grunwald erfreuten sich Augenzeugenberichten zufolge wieder beide bester Gesundheit und gingen weiter ihren Geschäften nach. Leben beide noch (sie dürften heute 85 bzw. 75 Jahre alt sein) und sind sie inzwischen wieder verhandlungsfähig? Wie hat die Bonner Staatsanwaltschaft eigentlich festgestellt, daß beide Beschuldigte auf Dauer vernehmungs- und verhandlungsunfähig sind?

Warum wurden wirklich die Ermittlungen eingestellt? Hat es Einflußnahme gegeben? Von wem, etwa von der nordrhein-westfälischen Landesregierung? Justizminister Dieckmann hat dem Abgeordneten Diegel auf dessen mündliche Anfrage kürzlich nur das Aktenzeichen des eingestellten Steuerstrafverfahrens bzw. den Einstellungsvermerk genannt. Was ist mit den eigentlichen Ermittlungsakten, die aus der Schweiz überstellt worden sind? Ist das Parlament bewußt in die Irre geführt worden?

Es ist nicht ausgeschlossen, daß es eine parteiübergreifende Übereinkunft zwischen CDU und SPD gab, nach dem Grundgedanken: Wenn die SPD nicht in Sachen „Flick-Affäre weiterbohrt", ist die CDU bereit, die „Naphtali-Affäre ruhen zu lassen". Dies würde freilich einiges erklären!

Fragen über Fragen!

Das Ganze schreit geradezu nach einem Untersuchungsausschuß auch in Sachen „Spenden-Affären der SPD". Es ist nicht erkennbar – weder nach den Summen, um die es geht, noch in der Qualität des Vorgehens – wo der Unterschied zwischen SPD und CDU liegen sollte.

Es muß Schluß sein mit hysterischen Bezichtigungen einerseits und beschönigenden, abwiegelnden Formulierungen andererseits, die da lauten: Es seien keine Fälle von Mißachtung des Parteiengesetzes durch die SPD bekannt. Sowohl die CDU als auch die Öffentlichkeit müssen ein gesteigertes Interesse daran haben, die zitierten Ungereimtheiten bei der SPD aufzuklären. Die Wahrheit ist unteilbar und muß in beiden Fällen ans Licht.

(Schluß)

Dreizehn Tonnen Dynamit

Preußenjahr 2001: Berlin und Potsdam brauchen ihre Königsschlösser

Von RÜDIGER RUHNAU

Der 300. Jahrestag der ersten preußischen Königskrönung wirft seine Schatten voraus. Am 18. Januar 1701 krönte sich Kurfürst Friedrich III. von Brandenburg im Schloß zu Königsberg selbst zum König in Preußen. „Wenn Friedrich I. Lob verdient", schreibt sein Enkel Friedrich der Große, „dann deshalb, weil er seinen Ländern immer den Frieden erhalten hat." Und weiter: „Sein Unglück wollte es, daß er in der Geschichte seinen Platz zwischen seinem Vater und seinem Sohne fand, die ihn durch überlegene Begabung verdunkeln." Das preußische Königtum begann seine künstlerische Geschichte mit der Errichtung des Berliner Schlosses nach Plänen des Danziger Bildhauers und Architekten Andreas Schlüter.

Das näher rückende Preußenjahr belebt nicht nur die Diskussion um den Wiederaufbau der Königsschlösser in Berlin und Potsdam, es setzt auch mit der sensationell zu nennenden Aufdeckung der originalen Dekorationselemente aus dem Innern des Stadtschlosses am Lustgarten einen Markstein für das Konzept zur Wiederentstehung des Schlüter-Baus. Das Märkische Museum an der Janowitzbrücke in Berlin wird demnächst mit der Ausstellung „50 Jahre Schloßsprengung – Eine Spurensuche" jene Teile zeigen, die dank der mutigen Bergung des früheren Museumsdirektors Walter Stengel noch vor der Sprengung gerettet werden konnten. Es handelt sich um holzgeschnitzten Wandschmuck, Türreliefs, Verblendungen, Schmuckplatten aus Gußeisen, insgesamt mehr als 100 Teile der Innendekoration des Stadtschlosses, die nach einem halben Jahrhundert desVergessens, verpackt in Cellophan, im Dachgeschoß des Märkischen Museums entdeckt wurden. Als eines der wichtigsten Fundstücke nennt die Museumsleitung ein Relief, das um 1685 unter dem Titel „Allegorien auf die Taten des Großen Kurfürsten" entstand und Hinweise auf den Wasser-, Damm- und Brückenbau gibt.

Mit Bedacht hat man den 7. September 2000 für die Ausstellungseröffnung gewählt, dann ist es genau 50 Jahre her, daß unter Verwendung von 13 Tonnen Dynamit das im Krieg zwar schwer beschädigte, aber dennoch durchaus aufbaufähige Schloß in Trümmer und Schutt zerfiel. Dieser barbarische Akt Ulbrichts, mit der Sprengung des Schlosses den Sieg des Kommunismus zu besiegeln, soll gesühnt werden.

Das Schloß Andreas Schlüters mit dem berühmten Innenhof galt als Höhepunkt des norddeutschen Barocks, es bestimmte die Stadtgestalt Berlin. Alles in seiner Umgebung stand im harmonischen Einklang mit dem Stadtschloß, wo die „Linden" ihren Anfang nahmen. Seit 250 Jahren hatten die brandenburgischen Kurfürsten an ihrer Residenz gebaut, einer Anhäufung oft ungleichartiger Gebäude. Schlüter erhielt nun den Auftrag, das Schloß zu einem einheitlichen Bau umzugestalten. Im Schloßinnern entwarf er Repräsentationsräume, die in ihrer künstlerischen Qualität im damaligen Königreich Preußen unübertroffen blieben. Sieben Jahre hatte Schlüter mit königlicher Vollmacht die Bauaufsicht geführt, dabei Stukkateure, Drechsler, Freskomaler aus ganz Europa engagiert, und das in einer Stadt, die damals ganze einhunderttausend Einwohner zählte. Die Münchner Residenz ist rekonstruiert worden, der Dresdner Zwinger und das Charlottenburger Schloß sind wiedererstanden, da sollte es dem heutigen Deutschland mit seinen technischen Hilfsmitteln nicht möglich sein, das Schloß in der Hauptstadt wieder aufzubauen? Der Stimmungsumschwung zu Gunsten einer Wiedererrichtung wird immer deutlicher, quer durch die politischen Parteien nehmen die Stimmen der Befürworter zu, auch Bundeskanzler Schröder hat sich sehr energisch dafür ausgesprochen. Dabei ist die Frage nach der Nutzung eigentlich sekundär. Schloß, Lustgarten und Museumsinsel könnten zu einer kulturellen Einheit zusammengeführt, die historischen Räume des Stadtschlosses für Repräsentation bestimmt und Platz für die Sammlungen der Stiftung Preußischer Kulturbesitz geschaffen werden, wobei die Geschichte Preußens, unter Einschluß Ost- und Westpreußens, besonders zu berücksichtigen wäre.



Preußisches Erbe: *Der barocke Wappensaal des Schlosses in Köpenick. Der jetzige Bau wurde durch den ersten Preußenkönig Friedrich I. errichtet. Das Jahr seiner Krönung 1701 in Königsberg jährt sich am 18. Januar 2001 zum 300. Mal.*

Die Diskussion um das Berliner Schloß hat auch bei den Potsdamer Stadtverordneten den Wunsch beflügelt, den Zweitsitz der Hohenzollern neu aufzubauen. Ähnlich wie in Berlin hatte die kommunistische Politik nach 1945 das Stadtschloß und die Garnisonkirche beseitigt. Potsdam wäre ein Fischerort an der Havel geblieben, hätte nicht die Zuneigung des Großen Kurfürsten bestanden, der die mittelalterliche Burg zu einem Schloß umbauen ließ. Der Soldatenkönig erhob Potsdam der „langen Kerls" wegen zur Garnison. Ihren Glanz aber verdankte die Stadt an den Havelseen Friedrich dem Großen, der fast beständig dort residierte. Er ließ nicht nur das königliche Stadtschloß vom Architekten Knobelsdorff erweitern, zurückgekehrt aus dem Krieg um Schlesien entwarf er den Plan für das Schlößchen Sanssouci, „Ohne Sorge" wollte er dort seinen musischen und philosophischen Neigungen nachgehen können. Mit seinem starken Willen schuf König Friedrich II. aus dem bescheidenen Residenzort eine Stadt, die Symbol für Preußen geworden ist. Potsdam und Königsberg, von beiden aus wurde Preußen aufgebaut. Jährlich kommen heute Millionen in- und ausländischer Besucher in die Stadt, um die weltbekannten Schlösser, Parkanlagen und Museen zu besichtigen. Schmerzlich berührt dagegen ein Gang durch die Innenstadt, wo infolge der SED-Herrschaft wertvollste Bausubstanz vernichtet wurde, und der urbane Charakter weitgehend verloren gegangen ist. Immerhin erklingt seit fast zehn Jahren wieder mit „Üb immer Treu und Redlichkeit" und „Lobe den Herren" das Glockenspiel der gesprengten Garnisonkirche. Oberstleutnant Klaar, damaliger Kommandeur des Fallschirmjägerbataillons 271 der Bundeswehr in Iserlohn, hatte eine Spendensammlung für das Potsdamer Glockenspiel in Gang gesetzt. Es entstand die Traditionsgemeinschaft „Potsdamer Glockenspiel e.V.", die 1,3 Millionen Mark zusammenbrachte. In Iserlohn wurde das Geläut fertiggestellt, und 1990 übergab Oberstleutnant Klaar dem Potsdamer Oberbürgermeister Gramlich, unter großer Beteiligung der Bevölkerung, das Glockenspiel. Es besteht aus 40 Glocken, kann automatisch, aber auch von Hand gespielt, werden. Damit ist ein Anfang gemacht worden, und eines Tages wird die ursprünglich 1735 im Stil des preußischen Barocks erbaute Garnisonkirche wieder an der alten Stelle stehen. Im Preußenjahr soll auch das „Haus brandenburgisch-preußischer Geschichte" im ehemaligen königlichen Marstall in Potsdam eröffnet werden. Ministerpräsident Stolpe, ein Förderer des Museums, gilt allgemein als ein Anhänger Preußens.



Das berühmte Doppelstandbild von Gottfried Schadow: *Luise und Friederike von Preußen* Fotos (2) Archiv

Solcher Freunde bedarf es auch beim Wiederaufbau des Berliner Stadtschlosses, und glücklicherweise sind sie da. Hier muß in erster Linie Wilhelm von Boddien genannt werden, der im Sommer 1993 mit seiner Stadtschloß-Attrappe die Herzen der Berliner eroberte. Ausschließlich ehrenamtlich leisteten Wilhelm v. Boddien und seine Mitstreiter eine nicht hoch genug anzuerkennende Arbeit, als sie mit der Ausstellung „Das Schloß?" den Anstoß einer intensiven Auseinandersetzung über die zukünftige Gestaltung der historischen Mitte Berlins auslösten. Höhepunkt der Ausstellung war die in originaler Größe täuschend ähnliche Nachbildung des Schlosses am alten Platz. Aus 800 Tonnen Stahlrohren errichtete man ein Schloßgerüst und spannte darüber rund 6000 Quadratmeter einer künstlerisch gestalteten Fassadenfolie. Die Installation der Attrappe gab jedermann die Möglichkeit, die räumliche Wirkung des Schlosses in seiner Umgebung zu studieren. Einhellige Meinung: Das Berliner Schloß bildet mit dem ehemaligen Zeughaus, dem Dom, der Schloßbrücke und der Oper unter den Linden ein monumentales Zentrum, wie es nur wenige Hauptstädte besitzen.

„Das Schloß lag nicht in Berlin – Berlin war das Schloß", ist die Philosophie der Schloßstreiter. Seit zehn Jahren kämpfen die „Gesellschaft Historisches Berlin" und der „Förderverein Berliner Stadtschloß" für den Wiederaufbau der historischen Mitte. Mit nur privaten Mitteln finanzieren die aktiven Mitarbeiter die vielfältigen Bemühungen um die zukünftige Gestaltung. Die Öffentlichkeitsarbeit verschlingt viel Geld. Der Förderverein bittet um Spenden, auch kleine Beträge sind herzlich willkommen. Helfen kann man aber auch, indem man an Politiker aller Parteien schreibt, an die Bundesregierung oder an den Senat von Berlin. Mit dem „Berliner Extrablatt" hat der Förderverein ein öffentlichkeitswirksames Publikationsorgan geschaffen; dieser gut bebilderte Werbeträger kann kostenfrei angefordert werden (Anschrift: Förderverein Berliner Stadtschloß, 22933 Bargteheide, Postfach 1162).

Und noch eines Ereignisses gilt es, im Preußenjahr zu gedenken, des 200. Todestages von Daniel Nikolaus Chodowiecki (7. Februar 1801), des Bildchronisten preußischer Geschichte. Als nach dem Tode des Alten Fritz dem König ein Standbild errichtet werden sollte, setzten sich der Thronfolger und die Akademie für eine antike Gewandung ein. Dagegen sprachen sich der Bildhauer Schadow, der die Doppelstatue von Kronprinzessin Luise und ihrer Schwester geschaffen hatte, sowie Chodowiecki für eine preußische Uniform aus. Der Danziger Maler und Kupferstecher schrieb in einem Brief an Anton Graff, warum sollte sich Friedrich II., der seinem Säkulum so viel Ehre machte, nach der Mode der Römer richten? Das Berliner Kupferstichkabinett zeigt noch bis zum 29. Oktober d. J. eine Ausstellung mit Zeichnungen Chodowieckis.

Die Alliierten glaubten, 1947 Preußen als „Träger der Reaktion und des Militarismus" formell auflösen zu müssen. Preußens Geist kann man nicht auslöschen, denn preußisch war und ist: Etwas um der Sache willen tun.

Erinnern wir uns der Worte Moellers van den Bruck, die er seinem Buch „Der Preußische Stil" voranstellte (1917): „Preußen ist die größte kolonisatorische Tat des Deutschtums, wie Deutschland die größte politische Tat des Preußentums sein wird."

Ein geistvoller Redner

Immanuel Kant: Ausstellung in Niedersachsen und erstmals auch CDs

Immer wieder wurde belächelt, daß der große Philosoph Immanuel Kant (1724-1804) seine Vaterstadt nie verlassen hat; andere wiederum staunten, daß aus dieser „provinziellen Enge" derartig tiefschürfende Gedanken kamen. Kant selbst hat einmal betont: „Eine große Stadt, der Mittelpunkt eines Reichs, in welchem sich die Landescollegia der Regierung desselben befinden, die eine Universität (zur Cultur der Wissenschaften) und dabei noch die Lage zum Seehandel hat, welche durch Flüsse aus dem Inneren des Landes sowohl, als auch mit angränzenden entlegenen Ländern von verschiedenen Sprachen und Sitten einen Verkehr begünstigt, - eine solche Stadt, wie etwa Königsberg am Pregelflusse, kann schon für einen schicklichen Platz zur Erweiterung sowohl der Menschenkenntniß als auch der Weltkenntniß genommen werden, wo diese, auch ohne zu reisen, erworben werden kann."

Kant selbst ist nie gereist, wohl aber die Ausstellung, die den Einfluß des Königsberger Philosophen auf die Berliner Aufklärer zeigt und die im Frühjahr aus Anlaß des IX. Kant-Kongresses von der Staatsbibliothek zu Berlin in Zusammenarbeit mit dem Institut für Philosophie der Humboldt-Universität in der Hauptstadt gezeigt wurde. Noch **bis zum 29. Oktober** ist sie nun unter dem Titel „Immanuel Kant - Was ist Aufklärung?" auf **Gut Altenkamp nahe der niederländischen Grenze bei Papenburg-Aschendorf** zu sehen (dienstags bis sonntags 10 bis 17 Uhr). Bücher, Dokumente und Briefe von Kant und seinen Berliner Anhängern werden ausgestellt und machen unter anderem Kants Einfluß auf den preußischen Liberalismus, die Reaktionen auf die Französische Revolution, seine Beziehung zur jüdischen Aufklärung deutlich und beleuchten den Zensurstreit in der Regierungszeit Friedrich Wilhelms II.



Immanuel Kant: *Marmorbüste von Friedrich Hagemann (im Besitz der Hamburger Kunsthalle)* Foto Archiv

Beim Betrachten der Exponate wird mancher spüren, was der Theologe und Freund Kants, Reinhold Bernhard Jachmann (1767-1843), berichtete: „Kants Geist war eine helleuchtende Sonne, die nichts verdunkelte, die alles um sich erleuchtete und erwärmte." Seine Schüler schätzten ihn als einen „geistvollen Redner, der Herz und Gefühl ebenso mit sich hinriss, als er den Verstand befriedigte" (Jachmann). Kant-Experten oder solche, die es werden wollen, werden sich freuen, daß nun im Hamburger Felix Meiner Verlag Kants **Anthropologie in pragmatischer Hinsicht**, erstmals erschienen 1798, wieder herausgekommen ist (XXI Seiten und 328 Seiten, geb. mit Schutzumschlag, 78 DM) Eine anspruchsvolle Schrift, die sich in erster Linie an Fachleute wendet.

Ganz gewiß wird mancher moderne Leser ein Zaudern verspüren, greift er nach einer der Kantischen Schriften, schließlich erkannte schon Arthur Schopenhauer: „Kants Stil trägt durchweg das Gepräge eines überlegenen Geistes, echter, fester Eigentümlichkeit und ganz ungewöhnlicher Denkkraft ..." Und so wird derjenige, der schon immer etwas von Kant lesen wollte, sich aber nicht getraut hat, nach einem Buch zu greifen, erfreut vermerken, daß es nun erstmals Gedanken des großen Philosophen aus Königsberg auf CD zu hören gibt. Die Deutsche Grammophon Gesellschaft in Hamburg hat die CD **Was ist Aufklärung?** (CD 463 960-2, gesprochen von dem Schauspieler Frank Arnold) und 2 CDs **Zum ewigen Frieden** (CD 463 957-2, gesprochen von Gerfried Horst) herausgebracht. Die Booklets mit Texten von Gerfried Horst, in Marburg geborener Sohn einer Königsbergerin und Kant-Kenner aus Leidenschaft, geben eine kurze Einführung in das Werk des Philosophen.

„Was ist Aufklärung?" umfaßt die Texte „Gedanken bei dem frühzeitigen Ableben des Herrn Johann Friedrich von Funk, in einem Sendschreiben an dessen Mutter" aus dem Jahr 1760, den „Versuch über die Krankheiten des Kopfes", 1764 anonym erschienen in den „Königsbergsche Gelehrte und Politische Zeitungen" und die „Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung?" aus dem Jahr 1784. Im letztgenannten Text fordert der Philosoph: „Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen!" Und der mahnt: „Es ist so bequem, unmündig zu sein. Habe ich ein Buch, das für mich Verstand hat, einen Seelsorger, der für mich Gewissen hat, einen Arzt, der für mich die Diät beurteilt usw.: so brauche ich mich ja nicht selbst zu bemühen. Ich habe nicht nötig zu denken, wenn ich nur bezahlen kann; andere werden das verdrießliche Geschäft schon für mich übernehmen." - Erstaunlich, wie aktuell die Überlegungen Kants sowohl zum Frieden zwischen den Staaten als auch zur Mündigkeit des Menschen auch bald 200 Jahre nach dem Tod des Philosophen noch sind! **Silke Osman**





Fanny Lewald und Ludwig Pietsch: *Schilderten das 19. Jahrhundert* Fotos Archiv

Eine bewegte Zeit

Schriftsteller als Zeugen der Geschichte

Der russische Dichter Iwan Turgenjew nannte ihn „Deutschlands ersten Feuilletonisten". Der Kunsthistoriker Wilhelm Lübke sprach von dem „gewandten Zeichner", dem „unermüdlichen Berichterstatter der Vossischen Zeitung" und lobte den „scharf beobachtenden und anschaulich darstellenden Schilderer". Und Theodor Fontane schätzte ihn gar „als das größte journalistische Talent", das er kennengelernt habe. Heute spricht kaum einer mehr von Ludwig Pietsch, dem einstigen Starkritiker und umschwärmten Gesellschaftsberichterstatter der aufblühenden kaiserlichen Metropole Berlin. In seinen Erinnerungen an den Beginn seiner Karriere in den fünfziger und sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts läßt er eine längst untergegangene Epoche wieder lebendig werden. **Wie ich Schriftsteller geworden bin - Der wunderliche Roman meines Lebens**, erstmals 1893/94 erschienen und nun vom Berliner Aufbau Verlag (Hrsg. Peter Goldammer. Mit Nachwort, Anmerkungen und einem kommentierten Personenregister. 672 Seiten, geb. mit farbigem Schutzumschlag, 79,90 DM) neu herausgegeben, wurde schon bei seinem ersten Erscheinen als wundervolles Bild dieser Zeit (Fontane) gewürdigt; heute jedoch kann man in den Memoiren durchaus eine kulturgeschichtliche Quelle ersten Ranges sehen.

Ludwig Pietsch, am 25. Dezember 1824 als Sohn eines Beamten in Danzig geboren, wollte ursprünglich Maler werden und ging als 16jähriger nach Berlin, um an der dortigen Kunstakademie zu studieren. Durch seine frühe Ehe geriet er bald in finanzielle Nöte und mußte sich und seine kleine Familie als Zeichner und Illustrator über Wasser halten. Durch seine Begabung, das Wesentliche auch in knappe Worte zu fassen, gelang ihm der Sprung in den Journalismus. Zunächst bei der Spenerschen, dann bei der Vossischen Zeitung veröffentlichte er Kunstkritiken, aber auch Reiseberichte und Gesellschaftsreportagen. Er war dabei, als der Suez-Kanal eröffnet wurde, machte den Deutsch-Französischen Krieg im Hauptquartier des preußischen Kronprinzen mit, besuchte in dessen Gefolge Rußland und Sizilien, war bei den Weltausstellungen in Paris und in Algier. Pietsch starb am 27. November 1911 in Berlin.

Theodor Fontane, der von den Erinnerungen des Danzigers sehr angetan war, schätzte vor allem die „Fülle lebendig geschilderter Menschen von zum Teil komplizierten Charakter". Pietsch erzählt unter anderem von Begegnungen mit Menzel, Storm und Turgenjew. Den in Königsberg aufgewachsenen Bogumil Goltz (1801-1870) schildert er als einen regen kraftvollen Geist, dessen Rede, „in unverfälschtem westpreußischen Dialekt, dann fessellos wie ein wilder Bergstrom, bald prächtig rauschend, bald polternd, bald kristallklar, bald Geröll, Kies und schwere Blöcke wälzend, dahinflutete und -wirbelte ohne einen Moment des Stockens, der einem anderen die Möglichkeit gewährt hätte, ein Wort der Entgegnung dazwischen zu schieben".

Fanny Lewald(1811-1889), der Schriftstellerin aus Königsberg, bescheinigt Pietsch ein kühles, kritisches Naturell und einen nüchternen gesunden Menschenverstand eher als „eigentlich poetische Phantasie". Beim Zeichnen eines Porträts von Lewalds Lebensgefährten Adolf Stahr geriet Pietsch mit der streitbaren Königsbergerin aneinander, die jede Handbewegung Pietschs beobachtete und das Bildnis kritisierte. Das Porträt blieb unvollendet ...

Wie streitbar die erfolgreiche Schriftstellerin war, erkennt man auch bei der Lektüre ihres Briefwechsels mit Großherzog Carl Alexander von Sachsen-Weimar (1818-1901) aus den Jahren von 1848 bis 1889. Mit einer Einführung von Eckart Kleßman ist diese Korrespondenz jetzt im Verlag Hermann Böhlaus Nachfolger, Weimar, unter dem Titel **„Mein gnädigster Herr! Meine gütige Korrespondentin!"** erschienen (XXIV / 460 Seiten, geb. mit farbigem Schutzumschlag, 58 DM). So streitbar die Lewald auch ist, nie vergißt sie ihre bürgerliche Abstammung und begegnet Carl Alexander voller Achtung. Spannend an diesem Briefwechsel ist die authentische Schilderung einer bewegten Zeit. **hm**

Spiegelbild bewegter Geschichte

Eine Ausstellung in Berlin zeigt Architektur der Hauptstadt

Immer wieder zieht es Touristen aus aller Welt nach Berlin, nicht zuletzt um die rege Bauaktivität in der Hauptstadt zu bestaunen. Ähnlich wird es den Berlinern vor mehr als 150 Jahren ergangen sein, als Friedrich August Stüler im Auftrag Friedrich Wilhelms IV. das Neue Museum auf der Spreeinsel errichtete. Zu Scharen kamen die Schaulustigen, um die Bauarbeiten zu verfolgen. Es war schon ein Ereignis, hatte man doch eigens zum Transport des erforderlichen Materials eine Eisenbahnlinie eingerichtet. Das 1859 vollendete Haus, das u.a. die Abgußsammlung, das Kupferstichkabinett und die Kunstkammer beherbergte, wurde im Zweiten Weltkrieg sehr schwer beschädigt. 1998 schließlich wurde der englische Architekt David Chipperfield beauftragt, das Neue Museum „ergänzend wieder herzustellen". In dem zur Zeit gesicherten Gebäude ist nun noch bis zum 3. September eine Ausstellung zu sehen, die den bezeichnenden Titel trägt **„Stadt der Architektur - Architektur der Stadt. Berlin 1900-2000"** (Begleitbuch mit 184 farbigen, 443 sw Abb., 430 Seiten, Nicolai Verlag, brosch. nur in Ausstellung, 49,90 DM; geb. im Buchhandel 98 DM); im gleichen Verlag erschien eine Chronik **„Bauen in Berlin 1900-2000"**, brosch. 39,90 DM, geb. 68 DM).

Wie keine andere deutsche Metropole ist Berlin ein Spiegelbild der bedeutendsten Tendenzen in der Architektur. Die Ausstellung, die durch die Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin ermöglicht wurde, zeigt in neun chronologisch geordneten Abteilungen mit thematischen Schwerpunkten die wechselvolle Geschichte der Stadt in den vergangenen 100 Jahren - die Entwicklung im Kaiserreich, die wirtschaftlichen und sozialen Folgen des Ersten Weltkrieges, die verheerenden Zerstörungen im Zweiten Weltkrieg, die Trennung in zwei Teile, das Zusammenwachsen. Immer wieder waren auch Architekten aus Ostpreußen daran beteiligt, das Bild der Stadt Berlin zu prägen, und so wird in der Ausstellung wie in den Publikationen auch das Schaffen von Max und Bruno Taut, Erich Mendelsohn, Paul Baumgarten eingehend gewürdigt. **o-n**

Kulturnotizen

Werke von Käthe Kollwitz und Paula Modersohn-Becker sind noch bis zum 9. September im Bremer Paula Modersohn-Becker Museum, Böttcherstraße 6-10, zu sehen (dienstags bis sonntags, 11 bis 18 Uhr).

Bernard Schultze, Fred Thieler und Karl Otto Götz werden in der Ausstellung 3 x Informel der Kreissparkasse Rottweil, Königstraße 44 (Neubau), gewürdigt (jeden Sonntag von 11 bis 17 Uhr; während der Geschäftszeiten nach Vereinbarung); bis 1. Oktober.

Wenn die Sense sang

Von GÜNTER SCHIWY

Das masurische Walddorf Kreuzofen hatte 511 Einwohner, die in 117 Haushaltungen lebten. Von den 117 Haushaltungen besaßen 88 Eigentümer Land, auf dem sie wechselweise zur Hälfte Winterroggen und zur Hälfte Winterkartoffeln anbauten. 23 Landwirte besaßen ein oder zwei Pferde, mit denen sie ihren eigenen Acker und den der restlichen 65 Nebenerwerbslandwirte bestellten.

37 Familien hatten mindestens 1 Kuh. Insgesamt waren es 90 Kühe. Infolgedessen brauchten die Kuhhalter im Winter nicht nur das Heu, sondern für das Kraftfutter auch Stroh, das zu Häcksel zerkleinert wurde. Im Winter, wenn die Kuh Milch gab, mußte sie hin und wieder Kraftfutter bekommen, das aus Häcksel mit Rüben und Kleie bestand.

> Alle verfügbaren Arbeitskräfte wurden jetzt gebraucht

Die Felder der Kreuzofener Landwirte und Kätner lagen unmittelbar um das Dorf oder auf den Wiesenniederungen am Niedersee zur Försterei Seehorst und hießen Olßynkä, Jeleny Rog, Less, Grondczik, Parowu, Woka und Pranie. Weitere Kreuzofener Äcker befanden sich auf den Niederungswiesen Swary, Bjäwafkä, Läsarsch, Malonkä, Pulefka, Dembniak, Bhaseyka und Klinnzany, die recht guten Boden aufwiesen und im Kurwiener Fließ melioriert wurden.

Im Sommer, wenn die Ernte des Roggens im August einsetzte, wurden alle verfügbaren Arbeitskräfte gebraucht. Schon kurz vor dem Beginn der Roggenernte hörte man am Abend im Dorf das Dengeln der Sensen. In den Holzklotz wurde ein nach unten spitz verlaufender kleiner Amboß geschlagen, auf den die Schneide der Sense flach und gekonnt gelegt wurde. Mit der Spitze des Hammers wurde das Sensenblatt immer flacher ausgeklopft und abschließend die Schneide mit dem nassen Wetzstein abgezogen. Anschließend wurde sie mit einem Bügel aus trockenem Weidenholz oder Draht und mit Keilen am Sensenbaum festgemacht und gerichtet, um für den nächsten Tag in aller Frühe einsatzbereit zu sein.

Am nächsten Morgen, wenn die Sonne den Tau auf den Halmen getrocknet hatte, begann das Mähen des Kornfeldes. In der Regel war der erste Schnitter, der den anderen vorausging, der erfahrenste und kräftigste.

Unser Roggenfeld stand im Dorf hinter den Scheunen, nur wenige Meter von unserem Hof entfernt. Das Mähen übernahm Vater in einem kurzärmeligen weißen Hemd und mit einer Kopfbedeckung, Mutter band sich ein weißes Kopftuch um ihr Haar und trug eine langärmelige weiße Bluse, damit sie beim Raffen des Korns sich nicht die Arme zerstach.

Wenn Vater am Feld angekommen war, nahm er die Sense von seiner Schulter, die Mütze vom Kopf, schaute wie prüfend über das Kornfeld, schwieg einen Augenblick wie im Gebet und setzte dann die Sense zum ersten Schnitt an. Mutter ging einige Meter hinter ihm in gebückter Stellung, sammelte die Halme zu einer Garbe auf, drehte aus einigen Halmen ein Band und verknotete so die Garbe.

Wenn die Halme des Roggens aufrecht standen und Vater Schwade um Schwade rhythmisch niedermähte, dann sang die Sense im Takt. Mir wurde bei dem gekonnten Ausschreiten Vaters ganz feierlich ums Herz. Dann und wann griff Vater in seinen Köcher, benetzte den Wetzstein mit Wasser, stellte den Sensenstiel fest auf den Boden, nahm das Sensenblatt in die linke Hand und strich mit dem Wetzstein über die Schneide der Sense. Dabei fing Vater mit dem rechts und links abwechselnden Streichen hinten an, um bei der Spitze des Sensenblattes zu enden.

In der Regel wurde der Roggen bei herrlichstem Sonnenschein gemäht. Deshalb wurde es um die Mittagszeit recht heiß, so daß wir immer öfter zur Teeflasche griffen, um dann um so mehr zu schwitzen.

Vater ging Schritt um Schritt und Streifen für Streifen von einem Ende des Roggenfeldes zum anderen. Nachdem reichlich Garben auf dem Kornfeld lagen, habe ich sie in 12er Reihen mit der Schnittfläche gegeneinander hingelegt so daß stets 24 Garben auf einem Platz vorhanden waren.

Als Vater am Abend mit dem Mähen des Kornfeldes fertig war, haben wir die Garben zu Hocken in Zeltform zusammengestellt. An beiden Enden wurden die Hocken noch einmal festgebunden, so daß sie als Regenschutz dienten. Die Garben sollten vom Wind gut trocknen.

Wir Kinder haben die aufgestellten Hocken als Häuschen betrachtet, in denen man sich gut verstekken konnte. Das haben die Eltern nicht gern gesehen. Deshalb erzählten sie uns, daß die Roggenmuhme sich in den Hocken aufhalten würde, um die Kinder zu pakken, wenn die Kornfelder abgemäht waren.

War der Roggen trocken, wurde das Pferd Peter vom Dorfschmied Konopka vor den Leiterwagen gespannt und das Getreide eingefahren. Zu unserer Scheune waren es nur wenige Meter. In der Scheune legten Mutter und ich die Roggengarben in das Fach ab. Die Garben konnten vom offenen Stall direkt auf den Dreschplatz der Tenne geworfen werden, damit Mutter und ich im Vorwege einige Garben mit dem Holzdreschflegel dreschen konnten, um frisches Brot zu bakken.

Später im Herbst hat der Lohndrescher Johann Schiwy mit seiner Dreschmaschine unseren Roggen auf dem Hof gedroschen. Das Korn wurde dabei gleich sortiert. Als Saatroggen wurden die besten Körner genommen. Den restlichen Roggen fuhr Vater zur Einkaufsgenossenschaft nach Kurwien, wo er gegen Roggen- und Weizenmehl sowie Kleie eingetauscht wurde.

Nachdem der Roggen in die Scheune eingefahren war, habe ich anschließend das Feld abgeharkt. Das zusammengeharkte Getreide, Krummstroh genannt, brachte ich in Jutesäcken in die Scheune. Es wurde als erstes mit dem Holzdreschflegel auf der Scheunentenne gedroschen. Kein Roggenkorn durfte verlorengehen; denn Korn war Brot – und Brot ist uns heilig bis auf den heutigen Tag!

Die größeren Landwirte setzten bei uns im Dorf bei der Roggenernte bereits Selbstbinder ein, die das Mähen und Binden des Getreides übernahmen. In der Kriegszeit, als mein Vater im Felde war, hat mein Großvater Adolf Schiwy aus Groß Kurwien im Alter von 78 Jahren unser Roggenfeld gemäht. Er brauchte dazu zwei Tage und übernachtete bei uns.

Wenn ich heute an Kornfeldern vorbeikomme, auf denen das ausgedroschene Stroh verbrannt wird oder aber in sauberen großen Rollen daliegt, dann muß ich wehmütig daran denken, wie sich in den letzten Jahren die landwirtschaftliche Arbeit verändert und erleichtert hat. Das Verbrennen des Strohs tut weh, weil wir damals das Stroh für den Dung brauchten. Es war für uns auf den Sandböden sehr wertvoll!

Früher war es auf dem lande üblich – auch im Hochsommer – den Kachelherd mit Holz anzuheizen, wollte man warmes Wasser oder das Mittagessen haben. Mit dem Entfachen des Feuers begann am frühen Morgen der dörfliche Alltag. Erst nachdem man das Vieh versorgt hatte, setzte sich die Familie zum Frühstück an den Eichentisch, um anschließend aufs Feld oder auf die Wiesen zu gehen. Vor dem Menschen wurde zuerst das Tier versorgt .Es war ein Stück von uns und wurde wie ein wertvoller Schatz gehütet!



Thea Weber: *Spätsommer in Ostpreußen (Aquarell)*

Staunen und wundern

Von HILDE MURSA

Über dem Land liegt Gewitterschwüle. Kein Luftzug bewegt das Blattwerk der alten Kastanienbäume, die den Pfarrhof umstehen. Drinnen im Pfarrhaus herrscht angenehme Kühle. Hochgewachsene Geranienstöcke, die fast die ganze Fensteröffnung ausfüllen, verbreiten ein grünliches Dämmerlicht in den Räumen. Pfarrer Hildebrandt, Pfarrherr in Adlig Kessel, sitzt lustlos über seiner Sonntagspredigt, mit deren Ergebnis er nicht so recht zufrieden ist.

Als an der Haustür zaghaft der Klopfer anschlägt, ist ihm die Unterbrechung willkommen. Draußen steht ein barfüßiger Junge aus Lisuhnen, einem der fünf Dörfer, die zu seinem Kirchspiel gehören. Die Mutter habe ihn geschickt, mit dem Großvater gehe es zu Ende, der Pfarrer solle sofort kommen und ihm das heilige Abendmahl bringen, stößt er keuchend hervor.

Der Pfarrer schaut sich verwundert um. Nirgendwo ist, wie sonst üblich, ein Fuhrwerk zu sehen, das ihn zu dem Kranken bringen soll. „Die Fuhrwerke sind alle auf der Wiese, um das Heu einzufahren", gibt der Kleine Auskunft.

„Schöne Bescherung", ärgert sich der Pfarrer. Was nun? Seinem seelsorgerischen Auftrag, einem Todkranken beizustehen, kann er sich nicht entziehen. Das einzige Beförderungsmittel auf dem Pfarrhof, das Räder hat, ist das schon betagte Fahrrad seiner Frau. Er hat keine andere Wahl, als sich auf das Vehikel zu schwingen und die fünf Kilometer nach Lisuhnen auf sandigen Wegen zurückzulegen. Zu damaliger Zeit war ein radelnder Pfarrer ein ungewohnter, ja sogar ein ungehöriger Anblick, und dem sollte er sich jetzt aussetzen.

An dem bezeichneten Anwesen angekommen, steht sowohl die Hof- als auch die Haustür offen. In der Stube trifft er den Kranken im Bett liegend an. Zu seiner Verwunderung ist kein Familienmitglied anwesend, viel weniger die Nachbarn und Freunde der Familie, wie er es sonst bei Krankenbesuchen gewohnt ist, die das Abendmahl singend und betend mitfeiern und meistens auch daran teilnehmen.

Der noch junge Pfarrer fühlt sich unbehaglich, ja alleingelassen. Doch sein Amt läßt ihm keine Wahl. Tapfer betet er mit dem Kranken. Die vertrauten Gebete geben ihm Sicherheit, und er vollzieht die Weihehandlung. Kaum ist diese beendet, kriecht der vermeintlich Todkranke aus seinem Bett und kramt aus einer Kommodenschublade die fälligen Stolgebühren hervor. Kopfschüttelnd macht der Pfarrer sich auf den Heimweg.

Es hat noch einige Jahre gedauert, bis er sich mit den Masuren auskannte, an die er später mit viel Wehmut zurückdachte.

Warten auf Grün

Von WERNER HASSLER

Das Straßencafé liegt direkt an einer sehr belebten breiten Straße. Gedankenverloren rühre ich in meinem Getränk. Die Plätze sind fast alle besetzt. Jeder will die warmen Sonnenstrahlen im Freien genießen. Ich sehe mich um. Dort, vor mir an der Verkehrsampel, hat sich ein Menschenpulk angesammelt. Man wartet auf Grün. Dann wird man loseilen, und viele werden noch auf der Straße sein, wenn die Ampel längst wieder ihr warnendes Rot zeigt. Sie hat leider eine bedenklich kurze Phase. Aber jetzt greife ich nach meiner Zeitung.

Doch dann läßt mich ein Geräusch aufblicken. Am Nebentisch hat sich eine ziemlich extravagante Erscheinung niedergelassen. Über modische Frisuren mag man ja streiten, aber wenn bei einem jungen Mann noch drei verschiedenfarbige Haarsträhnen dazugegeben sind, finde ich das doch etwas übertrieben. An seinem linken Ohr baumelt ein übergroßer Reif. Sein Hemd trägt er lässig offen – vielleicht aber auch nur deswegen, um die ausgedehnte Tätowierung auf seiner Brust zeigen zu können. Dazu trägt er eine arg zerschlissene Hose. Nun gut, neulich habe ich mir ja sagen lassen müssen, das es Jeans in dieser Form und Art sogar zu kaufen gibt. Außerdem hat er noch einen Kopfhörer in einem Ohr und trommelt nach der Musik aus seinem Walkman im Takt auf der Tischplatte herum. Dazwischen nippte er ab und zu an seiner Cola.

In Gedanken schüttele ich den Kopf über diese sonderbare Erscheinung. Mein Blick geht weiter über die belebte Straße. Moment mal. Stand die alte Frau nicht vorhin schon im Menschenpulk vor der Ampel? Aber ja doch! Sie schien ziemlich eingeschüchtert, ja sogar verängstigt zu sein. Sie legte die rechte Hand schützend über die Augen und blickte angespannt zur Ampel hinauf. Aber meine Lektüre fesselt mich wieder, ich freue mich auf den Leitartikel.

Wieder stört mich der Typ vom Nachbartisch bei meiner Lektüre. Er ist aufgestanden und geht zielstrebig auf den Menschenpulk vor der Ampel zu. Er ergreift den Arm der alten Frau und redet mit ihr. Halt, denke ich, dieser Typ wird doch nicht etwa der alten Frau die Handtasche …?

Ich lege mein Blatt beiseite, um das ungleiche Paar nicht aus den Augen zu lassen. Wehe, wenn dieser Zottel eine Gemeinheit im Schilde führt – mit wenigen schnellem Sätzen hätte ich ihn gestellt!

Die Ampel zeigt Grün, das Laufen über die Straße beginnt. Behutsam führt der Typ die alte Frau über den Fahrdamm und verabschiedet sich auf der anderen Straßenseite mit einer leichten Verbeugung. Wenig später steuert er wieder seinem Tisch zu.

Er muß meine erstaunten Blicke bemerkt haben. Als ob er mir eine Erklärung schulde, breitet er die Hände zu einer Geste aus. „Wissen Sie, es macht ihr große Mühe, den Rinnstein hinunterzukommen, dazu die kurze Umschaltphase der Ampel, die alte Frau hat eben …"

Ich lächle dem Typ zu. Ein schöner Zug von Hilfsbereitschaft. Eigentlich ein netter Junge, der mit den farbigen Haarsträhnen, dem großen Reif im Ohr, mit dem offenen Hemd und …

Für Sie gehört

Volkslieder und Balladen

Was dem Fernsehzuschau er so manches Mal in den offensichtlich sehr beliebten volkstümlichen Sendungen geboten wird, spottet oft jeder Beschreibung. Vom „Musikantenstadel" bis hin zur „Musikantenscheune" wird geträllert, was das Zeug hält - wenn nur die Stimme mitmachen würde. Da freut man sich über jede Veröffentlichung, sei es auf CD, sei es auf Musikkassette, die wahrhaft gekonnt Volkslieder präsentiert. Aus Freude an der Musik, am gemeinsamen Musizieren haben sich vor einiger Zeit junge Menschen zusammengefunden und sich - nach einer unvergeßlichen Reise durch Schweden - „Birkler" genannt. Auf bisher zwei Tonträgern (CD und MC) haben sie ihre Lieder veröffentlicht, Volkslieder, Minnelieder, Balladen und Fahrtenlieder, mal heiter beschwingt, mal sehnsüchtig getragen. Bekanntes erklingt, Vergessenes wird in Erinnerung gerufen, Unbekanntes vorgestellt. Als Hamburgerin mag mir der Hinweis auf das besonders schwungvoll vorgetragene Lied vom Jungen mit'm Tüdelband („An de Eck steiht'n Jung") erlaubt sein. Die durchaus hörenswerten jungen Stimmen und die geschickte Instrumentierung u.a. mit Flöten, Trommeln und Mandoline verdienen besondere Aufmerksamkeit. Die CDs (oder MCs) können direkt bestellt werden bei Ingrid Adam Hochstraße 5, 56237 Wirscheid („Hörst du nicht die Bäume rauschen" BW 96 CD 4302; „Nur der Himmel und der Wald" BW CD 9809; jeweils ca. 30 DM). **man**

Der Stolz der Weiber

Königin Luise von Preußen - Beliebt, verehrt und unvergessen

Herr und König, schau nach oben,/ Wo sie leuchtet gleich den Sternen,/ Wo in himmelsweiten Fernen/ Alle Heiligen sie loben", rühmte der aus Tilsit stammende Dichter Max von Schenkendorf eine Frau, die nach ihrem Tod vor 190 Jahren (19. Juli 1810) geradezu zu einer Legende wurde: Königin Luise von Preußen. Dichter wie Heinrich von Kleist oder Achim von Arnim schrieben ihr zu Ehren ergreifende Verse. Selbst der hartgesottene Soldat Marschall Blücher war erschüttert: „Ich bin wie vom Blitz getroffen. Der Stolz der Weiber ist also von der Erde geschieden! Gott im Himmel, sie muß also für uns zu gut gewesen sein."



Sarkophag der Königin Luise von Preußen im Mausoleum Charlottenburg: *Beliebt und unvergessen* Foto Archiv

Wenn man im kommenden Jahr der 300. Wiederkehr der Krönung Friedrich I. in Königsberg als König in Preußen gedenkt, dann wird der eine oder andere sich auch dieser Frau erinnern, die gut hundert Jahre später als Königin von Preußen mit ihrem Wesen die Menschen verzauberte.

Dabei war Luise von Mecklenburg-Strelitz, am 10. März 1776 geboren, nicht das, was man sich seinerzeit als zurückhaltendes, scheues Mädchen vorstellte. Unter ihren vier Schwestern galt sie als die übermütigste, wildeste. „Jungfer Husch" nannte man sie oder „unsere tolle Luise". Im Unterricht war sie faul und übermütig, verzierte ihre Hefte mit allerlei Gekritzel, etwa mit der Aufschrift: „Hefte für die Aufsätze, die mehr als zwölf Fehler haben."

Da die Mutter früh starb, wurden die Kinder von der Großmutter, der Prinzessin George genannten Marie Luise Albertine von Hessen-Darmstadt, großgezogen. Die Kinder liebten sie, und es war eine unbeschwerte Kindheit, die sie ihnen bescheren konnte. Dennoch galt es, die Mädchen alsbald standesgemäß unter die Haube zu bringen. So hatte Luise ihren ersten großen Auftritt, als sie mit Fürst Metternich den Eröffnungswalzer auf dem Krönungsball von Franz II. in Frankfurt/Main tanzte. Schließlich wurde auch Friedrich Wilhelm II., König von Preußen, auf sie aufmerksam und erkor sie als zukünftige Frau für seinen ältesten Sohn. Die Ehe mit Friedrich Wilhelm, 1793 geschlossen, galt als eine glückliche; ihr entstammten zehn Kinder, von denen Sohn Wilhelm später Deutscher Kaiser wurde. Der Weg von der „Jungfer Husch" zur Galionsfigur der Befreiungskriege gegen die napoleonische Besatzung Preußens war ein langer und nicht immer leichter Weg. Luise, als ganz normales Mädchen, wenn auch als Prinzessin geboren, erhielt zwar eine den damaligen Vorstellungen entsprechende Erziehung und dachte nicht im Traum daran, eindeutige Männerdomänen für sich zu beanspruchen. Da sie jedoch in dieser Ehe der entscheidungsfreudigere Part war, gab sie ihrem Mann immer wieder einmal „Denkanstöße", die letztendlich die Politik beeinflußten. Ihre Freundschaft zu den großen Männern ihrer Zeit wie etwa Hardenberg oder Stein gaben ihr Einblicke in eine Welt, die ihr sonst verschlossen geblieben wäre.

Königin Luise von Preußen war eine Persönlichkeit, die immer wieder Autoren anregte, Bücher über sie zu schreiben. Erst jetzt erschien im Berliner Eulenspiegel Verlag ein Band von Ingrid Feix mit Anekdoten von Königin Luise: **Wohl oder übel muß ich armes Weibsen dran** (144 Seiten, Halbleinen, 19,90 DM). Der Titel führt ein wenig in die Irre, schließlich findet der Leser eher eine kurzweilige Lebensbeschreibung der unsterblichen Königin als eine Anekdotensammlung. Gut so! **Silke Osman**

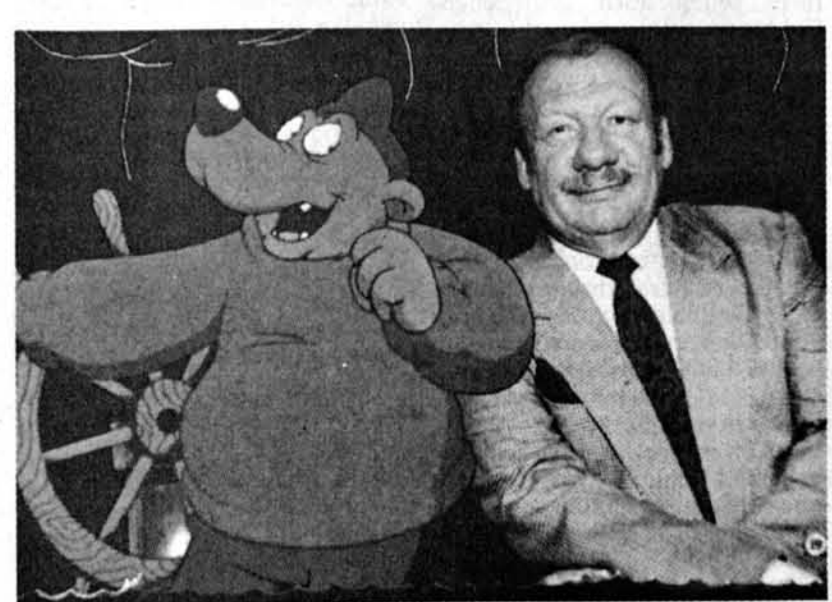
Von Danzig nach Berlin

Der Schauspieler Wolfgang Völz wird 70 Jahre alt

Der in Danzig geborene Schauspieler Wolfgang Völz feiert am 16. August seinen 70. Geburtstag. Der Wahlberliner und Bundesverdienstkreuzträger (1991) hat mit zwei Serienklassikern deutsche TV-Geschichte geschrieben. In „Graf Yoster gibt sich die Ehre" spielte er den Butler „Johann" des Titelhelden, in „Raumschiff Orion" stand er „Orion"-Commander Dietmar Schönherr zur Seite.

Der Vollblutschauspieler stand bereits als Kind auf der Bühne, zog der damals „brotlosen" Kunst jedoch zunächst eine Lehre als Bäcker in Hannover vor. Nach Feierabend sang er im Chor der Bäcker-Innung. Dann im Theaterchor. Er heißt eigentliche Wolfgang Otto Isaak Treppengeländer und gab 1950 als Page in Schillers „Don Carlos" sein Debüt am Landestheater Hannover. Goslar, das Kabarett „Die Litfaßsäule", die Kammerspiele in Osnabrück und Hannover waren weitere Stationen. Mitte der 50er Jahre gehörte er auch zu den Berliner „Stachelschweinen".

Erste Filmrollen spielte Völz in „Mein Freund der Dieb", „An jedem Finger zehn", „Ihre große Prüfung", „Die Försterbuben", „Roman einer Siebzehnjährigen" und „Der Mann im Strom" (1958). Neben der Synchronarbeit als „Käpt'n Blaubär" (1999) und als deutsche Stimme von Walter Matthau hat sich Völz auch als Sänger und Autor etabliert. Bisher hat er zwei Bücher veröffentlicht. Mit Liedern von Offenbach und Lincke tourte er durch Deutschland. Seine Kinder Rebecca und Benjamin sind in seine Fußstapfen getreten und arbeiten gleichfalls als Schauspieler. **kai-press**



Wolfgang Völz *Gibt Käpt'n Blaubär seine Stimme* Foto kai-press

Nehrungswanderung

Von HEINRICH EICHEN

Ich möchte einmal wohl den Weg noch gehen,
der einsam zwischen Haff und Dünen liegt,
wenn weiße Wolken hoch im Blauen stehen
und sich der Sommer in den Lüften wiegt.

Du solltest froh an meiner Seite schreiten
im hellen Sand mit freudeleichtem Schritt,
da alle Wunder, die sich um uns breiten,
mit leisem Lächeln heimlich wandern mit.

Wir würden glücklich unsre Schritte lenken
verzaubert durch ein erdenfernes Land
und jeder selig dies dem andern schenken:
das Haff, die Dünen und den weiten Strand...

Heinrich Eichen wurde vor 95 Jahren, am 15. August 1905, in Bonn als Sohn eines Rheinländers und einer Ostpreußin geboren. Von seinem 7. Lebensjahr bis zur Vertreibung lebte Heinrich Eichen in Elbing. Dort besuchte er die Schule, dort war er zunächst in der Stadtverwaltung, später im Buchhandel tätig. Schon früh zeigte sich seine Liebe zur Literatur, griff er doch bald selbst zur Feder. Erste Veröffentlichungen in Auerbachs Kinderkalender und in der Elbinger Zeitung konnte Eichen bereits mit 15 Jahren vorweisen. - Bis zu seinem Tod am 30. Mai 1986 ist Heinrich Eichen dem *Ostpreußenblatt* treu geblieben. In Lyrik und Prosa hat er die Erinnerung an die unvergessene Heimat lebendig erhalten, hat das Land und die Menschen in bunten Farben geschildert.

Sein wohl bekanntestes Gedicht „Elche" mit der Anfangszeile „Abends treten Elche aus den Dünen" ist in der Vertonung von Gerd Lascheit fast zu einem Volkslied geworden. **os**

Die ostpreußische Familie

Lewe Landslied,

wo ist das Sommerloch? Ich denke nicht an das Wolkenloch, das der Himmel uns endlich einmal bescheren könnte, damit die Sonne ihrer Sommerpflicht genügt – nein, ich meine die ruhigen Wochen, in denen Briefe, Anrufe, Faxe und neuerdings auch E-Mails spärlicher kommen. In unserer Ostpreußischen Familie ist jedenfalls nichts davon zu verspüren, im Gegenteil: Es mag an den vielen Erfolgen liegen, die unser Leserkreis auch nach außen trägt, daß es keine Flaute gibt. Also nuscht wie ran!

Wer weiß etwas über Vitalis Schulz, geb. am 12. 9. 1902 in Ostpreußen? Das sind spärliche Angaben, zumal der Nachname ja nicht gerade selten ist, aber der Vorname könnte hier weiterhelfen. Fest steht, daß Vitalis Schulz den Zweiten Weltkrieg überlebt hat. Wer weiß Näheres über sein Leben bis zu seinem Umzug 1978 und ist bereit, diese Informationen weiterzugeben? Diese werden selbstverständlich auf Wunsch vertraulich behandelt. Ich kann aus bestimmten Gründen diese Suchbitte nur so knapp formuliert weitergeben. Zuschriften bitte an Monika Bergmann, Fischerstraße 20 in 89250 Senden.

„Nach vielen vergeblichen Versuchen ist nun die Ostpreußische Familie meine letzte Hoffnung, die Familie, Detzkies aus Klausmühlen, Kreis Memel, zu finden", schreibt Rudi Albrecht. Detzkies waren staatenlos und haben auf dem Gut Klausmühlen gearbeitet. Sie wohnten gegenüber dem Gasthaus Jurgau. Tochter Erna besuchte mit Rudi Albrecht zusammen bis 1943 die Schule in Klausmühlen. Vielleicht weiß jemand etwas über das Schicksal der Familie Detzkies? (Rudi Albrecht, Küllenhahner Straße 30 in 42349 Wuppertal.)

Auch Gerhard Bartel setzt auf unsere Familie. Seit Jahren sucht er vergeblich seinen Jugendfreund Günter Anderleit. Der 1928 Geborene war bei der Marine-HJ und begeisterter Seemann. Zuletzt wohnte er bei seinen Eltern in Königsberg, Claaßstraße 7a. Gerhard Bartel, der die Burgschule besuchte, war bei der Lehrerin i. R. Klara Kühl, Beeckstraße 1a, in Pension. Die Ferien verlebte Gerhard zusammen mit seinem Freund Günter auf dem elterlichen Gut in Heinrichstal, Kreis Treuburg. Zum letzten Mal sahen sich die Freunde am 15. Februar 1945 im Königsberg. Wer weiß etwas über das Schicksal des damals 16jährigen? (Gerhard Bartel, Dr. Ludwig-Straße 11, Goßmannsdorf, 97461 Hofheim.)

Nachdem eine Suchmeldung von Jens Ammermann in unserer Familienspalte erfolgreich gewesen war, bat ihn ein Bekannter, seinen Wunsch an uns weiterzuleiten. Helmut Runge sucht seine Jugendfreundin Ursel Maier, geboren in der zweiten Hälfte der 20er Jahre, aus Königsberg. Sie wohnte mit ihrer Familie in einer Gartensiedlung, wahrscheinlich bei Rothenstein, und arbeitete als Näherin beim Heereszeugamt. Herr Runge lernte Ursel Maier 1944 in Königsberg kennen. Als er im Lazarett Maraunenhof lag, besuchte sie ihn dort, später auch im Reservelazarett am Kanonenweg. Dort sahen sie sich am 29. Januar 1945 zum letzten Mal, da am nächsten Tag das Lazarett geräumt wurde. Alle bisherigen Versuche, Ursel Maier ausfindig zu machen, schlugen fehl. Da sie mehrere Geschwister hatte, könnte der Suchwunsch vielleicht Erfolg haben (Helmut Runge, Beuthener Straße 48 in 42579 Heiligenhaus).

Und zum guten Schluß: Wer besitzt die Gedichte von Baldur von Schirach „Die Fahne der Verfolgten" und kann das Buch zumindestens ausleihen? (Hannelore Werle, Am Juliusstein 5 in 34130 Kassel)

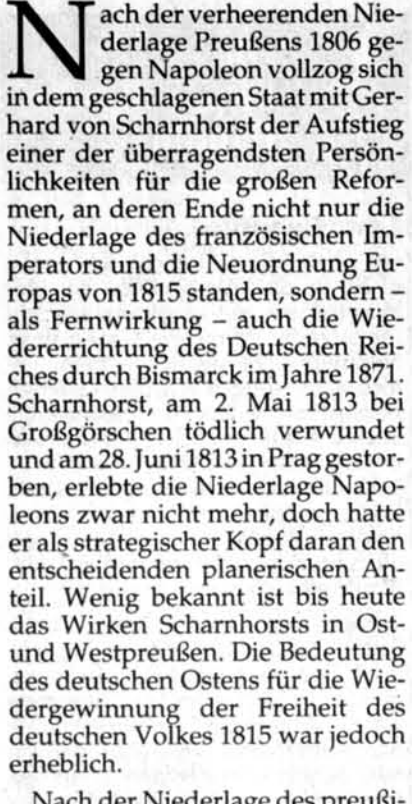
Eure

Ruth Geede

„Viel Vieh, wenig Bedürfnisse“

Scharnhorst – der preußische Reformer und der deutsche Osten

Von KLAUS HORNUNG



Nach der verheerenden Niederlage Preußens 1806 gegen Napoleon vollzog sich in dem geschlagenen Staat mit Gerhard von Scharnhorst der Aufstieg einer der überragendsten Persönlichkeiten für die großen Reformen, an deren Ende nicht nur die Niederlage des französischen Imperators und die Neuordnung Europas von 1815 standen, sondern – als Fernwirkung – auch die Wiedererrichtung des Deutschen Reiches durch Bismarck im Jahre 1871. Scharnhorst, am 2. Mai 1813 bei Großgörschen tödlich verwundet und am 28. Juni 1813 in Prag gestorben, erlebte die Niederlage Napoleons zwar nicht mehr, doch hatte er als strategischer Kopf daran den entscheidenden planerischen Anteil. Wenig bekannt ist bis heute das Wirken Scharnhorsts in Ost- und Westpreußen. Die Bedeutung des deutschen Ostens für die Wiedergewinnung der Freiheit des deutschen Volkes 1815 war jedoch erheblich.



Gerhard v. Scharnhorst (1755–1813) Foto Archiv

Nach der Niederlage des preußischen Heeres bei Jena und Auerstädt im Herbst 1806 sah sich ganz Deutschland in einer tiefen Krise. Fünfeinhalb Jahre nach seiner Ankunft in Preußen stand Scharnhorst vor den Trümmern des Staates, mit dessen Schicksal er im Mai 1801 sein Leben verbunden hatte. Sollte er nun aufgeben und sich nach Bordenau zurückziehen, wie ihm manche rieten?

Am 12. November 1806, seinem 51. Geburtstag, schrieb er seiner Tochter: „Ich bin in diesen Tagen wie zermalmt, so niedergedrückt und von wehmütigen Gefühlen bestürmt, daß ich mich wieder nach der Tätigkeit sehne.“ Wenige Tage nach dem Austausch aus der Gefangenschaft hatte er sich aber wieder gefaßt. Er wollte nun so rasch als möglich dem König im fernen Ostpreußen nähere Kunde der jüngsten Ereignisse überbringen; es ging um die moralische Pflicht, dem König zu dienen, „solange er noch einen Soldaten hat“, und „alle Anstrengungen und Gefahr des Kampfes gegen den übermütigen Feind meines Vaterlandes“ auf sich zu nehmen. Die Gefahren der winterlichen Ostsee sprachen für die Wahl des beschwerlichen Landweges nach Ostpeußen. Nach Besorgung der notwendigen Pässe für das schon bis zur Weichsel von französischen Truppen besetzte Gebiet trat Scharnhorst am 14. November 1806 in Hamburg die Reise an, die über Travemünde, Rostock, Anklam zunächst nach Danzig gehen sollte. In nahezu jeder Poststation schrieb er den Seinen Briefe.

Die Briefe auf der Reise waren in diesen Herbsttagen die einzige Unterhaltung, gerichtet an die nächsten Menschen, von denen er sich nun immer weiter entfernte auf dem Weg in eine ungewisse Zukunft. Er schreibt seiner Tochter: „Mich trifft es doppelt, da ich alle die Fehler, die Dummheit, die Feigheit kenne, die uns in die jetzige Lage gebracht haben. Der einzige Trost, der innere, ist, daß ich Vorschläge von Anfang an getan habe, wie man unserm Unglück zuvorkommen konnte, die Errichtung einer Nationalmiliz, die allgemeine Bewaffnung des Landes im vorigen Sommer, die Verstärkung der Regimenter, eine engere politische Verbindung (durch den Beitritt zur europäischen Koalition). Ebenso habe ich in den Operationen immer den richtigen Gesichtspunkt gezeigt; in die Schlacht selbst habe ich den Teil, bei dem ich war, zum Siege geführt, kurz, ich habe für meine Person tausend mal mehr getan als ich zu tun brauchte.“

Möglichkeiten für Zwischenfälle gab es auf dieser ungewöhnlichen Winterreise viele. Man mußte mit Marodeuren rechnen, seitens der jetzt das Land besetzenden Sieger ebenso wie von den nach Hause strebenden Zersprengten der eigenen Armee. Als Scharnhorst am 28. November in der noch von den Preußen gehaltenen Festung Danzig eintraf, jubelte er: „In dieser Nacht bin ich hier in dem Hafen der völligen Freiheit angekommen. Nun kann mich nichts mehr abhalten, zu dem Könige zu kommen.“

Am 4. Dezember war er in Königsberg, am 8. endlich im Hauptquartier des Königs im abgelegenen Wehlau. Sogleich ging ein Bericht über die abenteuerliche Reise an den Bruder Wilhelm: „Ich bin zwei Mal im Schnee liegengeblieben. Dies ist ein besonderes Land, es ist ein Mittelding zwischen dem kalten und dem gemäßigten Klima. Die Pelze sind an der Tagesordnung, die Pferde klein, laufen aber ganz außerordentlich. Viele Gehölze, viele Wölfe, guter Boden, viel Vieh, wenig Bedürfnisse.“ Es verwunderte ihn, daß die Offiziere und die höhere Gesellschaft auch hier auf die beliebten Winterbälle nicht verzichten wollten. Er schreibt: „Der König und die Königin haben mich gnädiger als jemals aufgenommen. Sie empfinden die Lage, zeigen aber, besonders der König, eine Fassung, die ihnen Ehre macht. Der König ist mir in einem Grade gnädig, daß ich hoffen kann, daß mein Gesuch in jedem Fall durchgeht“ – gemeint war eine neue Aufgabe in den nächsten Kämpfen, denn der Krieg ging ja weiter. Scharnhorst erfuhr jetzt auch von dem sogenannten „Ortelsburger Publicandum“, das der König noch vor seiner Rückkehr am 1. Dezember unterzeichnet hatte als Signal seiner Entschlossenheit, die unausweichlichen Maßnahmen zur Erneuerung der Armee alsbald zu beginnen.

Nach den Wochen, in denen Scharnhorst ausschließlich auf französische Informationen angewiesen gewesen war, erfuhr er bei seiner Rückkehr erstmals wieder von der aktuellen Kriegslage, die sich für Preußen doch weniger ungünstig darstellte, als er befürchtet hatte. Napoleon stand bei Winterbeginn etwa auf der Linie von Elbing bis Warschau. Noch hielten sich die Festungen Danzig mit 10 000 Mann und Graudenz mit 4000 Mann. An der Ostsee waren Stralsund und Kolberg unbezwungen. Im Süden war Schlesien mit seinen Festungen noch in preußischer Hand. In Ostpreußen standen Feldtruppen in der Stärke von etwa 15 000 Mann, dazu noch etwa 121 000 Freiwillige in Freikorps als eine Art Nationalmiliz – gewiß keine imposante Streitmacht angesichts der erneut, vor allem durch Rheinbundtruppen verstärkten Armee Napoleons. Ein russisches Hilfskorps war im Anmarsch auf die mittlere Weichsel. Die Befreiung der belagerten Festung Danzig war ein mögliches Ziel. Aber schon Mitte Januar ging Bonaparte wieder zur Offensive über und drängte das preußische Korps und die Russen bis zu den masurischen Seen zurück. Am 7. Februar kam es bei

Das Bewußtsein des Volkes war noch stark dynastisch geprägt

Preußisch-Eylau zu einer blutigen Winterschlacht, in der es dem preußischen Kontingent von etwa 5000 Mann unter dem General L'Estocq mit Scharnhorst als Stabschef gelang, das Schlachtfeld zu behaupten. Der russische Oberbefehlshaber Bennigsen nützte jedoch den Erfolg nicht aus und befahl aus Sorge um seine Nachschublinien den Rückzug. Aber zum ersten Mal in diesem Krieg waren die Preußen nicht geschlagen worden, und Scharnhorst hatte einen gewichtigen Anteil daran.

Im preußischen Hauptquartier kehrten die alten Schwächen zurück. Der General von dem Knesebeck empfahl nach der Schlacht von Eylau in einer Denkschrift Waffenstillstand und Friedensschluß unter der Voraussetzung, daß Preußen östlich der Elbe erhalten bliebe. Jetzt war es Graf Hardenberg, der diesen Vorschlag zurückwies, solange Sachsen zum Rheinbund gehörte und in Preußen französische Besatzung stand. Diese feste Haltung wurde durch einen förmlichen preußisch-russischen Bündnisvertrag am 26. April 1807 unterstrichen. Scharnhorst kam auf seine Grundidee zurück, eine große europäische Koalition gegen Napoleon zusammenzubringen, und er hoffte – nicht allzu realistisch – auf einen Aufstand in Nordwestdeutschland mit englischer Unterstützung. Noch einmal zitterte die Waage des Geschicks unentschieden hin und her. Die Festungen Danzig und Kolberg behaupteten sich noch immer, und im schlesischen Gebirge leistete Graf Götzen mit 7000 Mann, zum Teil Freiwilligen, erfolgreichen Widerstand gegen die eingedrungenen Franzosen. Es war ein erster erfolgreicher Kleinkrieg, in dessen Verlauf Götzen auch Reformen vorwegnahm wie die Abschaffung des alten militärischen Strafsystems, der Kompaniewirtschaft und der umfangreichen Offizierstrosse, bewährte junge Freiwillige zu Offizieren ernannte und die Verbindung zur Bürgerschaft pflegte. Indessen mobilisierte Napoleon neue Kräfte mit Truppen vor allem aus dem Rheinbund, Italien und jetzt auch aus Polen. Durch die Kapitulation der Festung Danzig am 26. Mai bekamen die Franzosen ihre Belagerungsarmee von 30 000 Mann frei. Der russische Oberbefehlshaber ergriff nun, sehr verspätet, die Initiative. Mitte Juni wurden in den Schlachten von Friedland und Heilsera Russen und Preußen erneut geschlagen. Die ersteren zogen hinter die Memel ab, die Preußen wurden auf die Festung Königsberg zurückgeworfen. Memel, der nördlichste Punkt der preußischen Monarchie, wurde zum letzten Zufluchtsort für Hof und Regierung.

In der kleinen Notresidenz Memel grassierte in diesem Winter 1806/07 die Ruhr. Scharnhorst selbst wurde viel von Kopfweh und Zahnschmerzen geplagt. Das Leben war teuer, von den Lebensmitteln bis zu den Postgebühren, und den Kauf einer Bernsteinkette für die Tochter mußte er sich schließlich doch versagen. Jetzt, da so viele Offiziere entlassen oder auf Halbsold gesetzt worden waren, hatte Scharnhorst auf sein Gehalt als Generalmajor verzichtet. Als Ersatz und Entlastung für die Staatskasse hatte der König ihm die Einkünfte aus der Amtshauptstadt Rügenwalde in Höhe von jährlich 500 Rheintalern zugewiesen. Sparsamkeit und nicht selten auch übertriebene Geldsorgen des sozialen Aufsteigers tauchten in den Briefen immer wieder auf.

Schon im April 1807 war von Beamten, Offizieren und Lehrern in Königsberg ein sogenannter „Sittlich-wissenschaftlicher Verein“ gegründet und durch königliches Dekret genehmigt worden mit dem Ziel einer vaterländischen Erneuerung. Der bald populär „Tugendbund“ genannte Verein hatte im August 1809 738 Mitglieder, vor allem in Ostpreußen und Pommern mit einer Überrepräsentation von Offizieren, darunter auch die beiden Mitglieder der Militärischen Reorganisationskommission von Boyen und Grolman, während Scharnhorst, Gneisenau und Stein anfangs zwar mit dem Verein sympathisierten, aber nie Mitglieder waren. In einer Satzung von nicht weniger als 385 Paragraphen waren die Aufgaben festgelegt unter Beschwörung von Sittlichkeit, Religion und Gemeingut als Grundlagen des Staates, insgesamt „ein Konzentrat bürgerlich-braven Denkens, eine erstaunliche Zusammenfassung von Moralismus, Sentimentalität und Weltfremdheit“. Der „Tugendbund“ ist denn auch in seiner Wirkung vielfach überschätzt worden, nicht zuletzt vom französischen Nachrichtendienst, obwohl er sich immer mehr in kleinlicher Vereinsmeierei und geheimnisvoll sein sollenden freimauerischen Riten verlor. Als er schon Anfang 1810 unter französischem Druck durch ein Dekret des Königs aufgelöst wurde, endete damit ein eher philiströses Unternehmen, das die Grenzen der Möglichkeit einer Volkserhebung im preußischen Osten und Norden deutlich machte.

Seit Januar 1808 waren Hof und Regierung in Königsberg. Man hoffte auf baldige Rückkehr nach Berlin, die sich dann aber noch um zwei Jahre, bis Dezember 1809, verzögern sollte. Als engster militärischer Berater des Monarchen war Scharnhorst häufig an der – kostenlosen – königlichen Tafel zu Gast. Er wohnte möbliert bei einer Vermieterin „am Wall“: „Ich bin fast auf dem Lande“, berichtete er, „trete aus der Stube in den Garten, aus der Haustür auf den Wall und ins Feld“, wie er es liebte. Es war der Sommer der großen Reformen 1808. Am Vormittag war er in der Regel beim König zum Vortrag oder in den Sitzungen der Reorganisationskommission, nachmittags entstanden Denkschriften. Seit dem Sommer 1808 begannen die spanischen Ereignisse ihre Unruhewellen bis ins ferne Ostpreußen zu spülen.

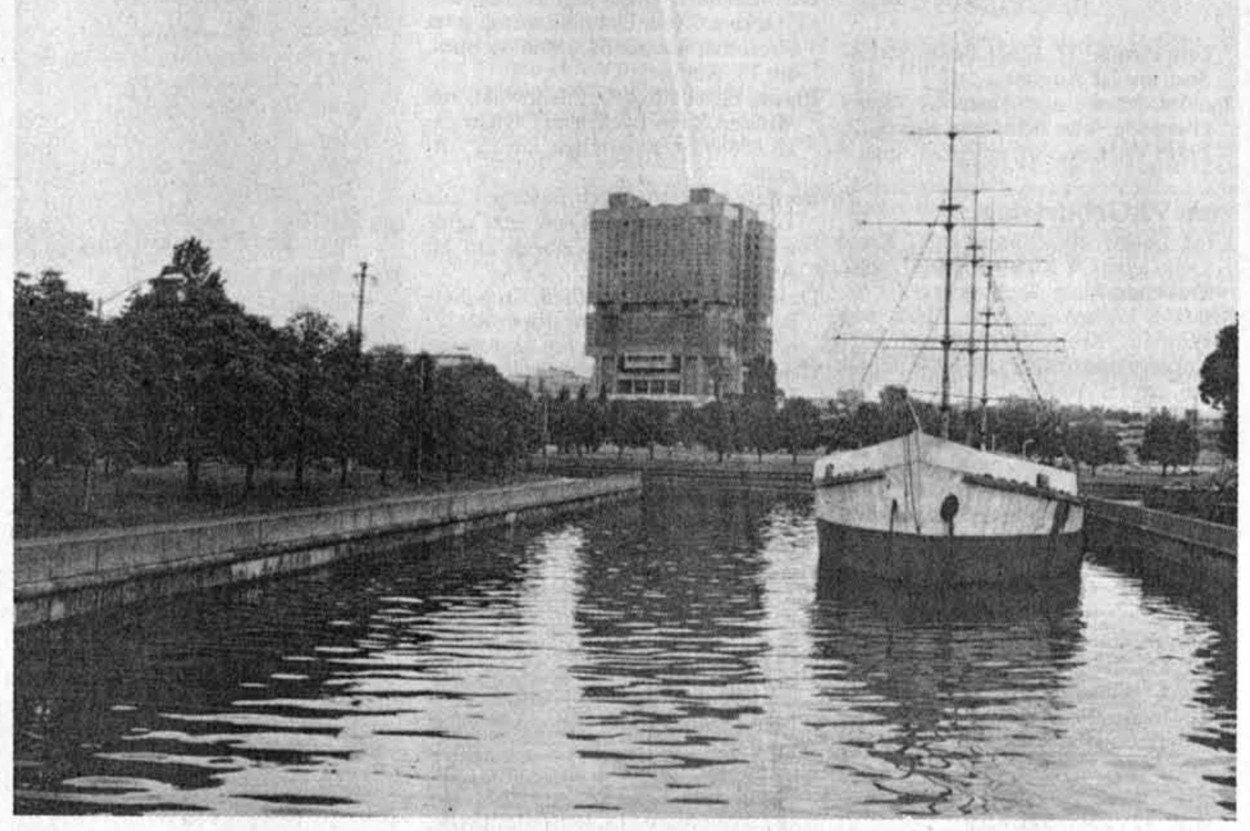
Die neuere Forschung hat darauf aufmerksam gemacht, daß das verbreitete Bild korrigiert werden müsse, vor allem die Reformen hätten nach 1807 eine „wehrhafte Staatsnation“ geschmiedet, die dann 1813 zur Erhebung geschritten sei. Das trifft nicht den Sachverhalt. Noch war das Bewußtsein des Volkes eher dynastisch und provinziell-landsmannschaftlich als einheitlich preußisch geprägt. Wenn 1813 dann doch ein Geist der Erhebung entstand, hatte er seine Wurzeln vor allem in den bedrückenden Erfahrungen der „Franzosenzeit“, die für die übergroße Mehrheit in Stadt und Land gleichbedeutend war mit Einquartierung, Kontributionen, Plünderung, Geldentwertung und Mangel aller Art. Zuletzt hat dann der Auf- und Durchmarsch der Großen Armee im Frühjahr und Sommer 1812 die franzosenfeindliche Haltung der erschöpften Bevölkerung nochmals erheblich gesteigert. Ohne das prägende Erlebnis von Besatzung und fremder Vorherrschaft, von sechs Jahren schwerster wirtschaftlicher Probleme im Zeichen politischer Abhängigkeit ist die Wucht der Erhebung von 1813 nicht zu begreifen.

Der Politikwissenschaftler und Historiker Professor Klaus Hornung, Jahrgang 1927, emeritierter Professor an der Universität Hohenstein, ist Autor der jüngst in zweiter Auflage erschienenen Biographie „Scharnhorst – Soldat, Reformer, Staatsmann“ (Esslingen, Bechtle-Verlag, München 1999).

Denkmal zugeparkt

Der russische Präsident Putin besucht Ostpreußen

Sein Besuch war schon länger erwartet worden. Aber nicht von ungefähr kam Rußlands Präsident Wladimir Putin zum „Tag der Flotte" nach Pillau und damit zum ersten Mal in seiner Eigenschaft als russischer Präsident in das nördliche Ostpreußen. Wer erwartet hatte, daß Putin eine Rundreise durch das gesamte Königsberger Gebiet machen würde, sah sich getäuscht. Zwar waren aus Sicherheitsgründen verschiedene Routen vom Königsberger Militärflughafen nach Pillau vorbereitet worden, doch sehen konnten letztlich nur diejenigen den Präsidenten, die an der direkten Straße Königsberg–Zimmerbude–Pillau ausgeharrt hatten. Auch die sonst inzwischen übliche genehmigungsfreie Einfahrt nach Pillau zum jährlichen Pillauer Stadtfest war aufgrund des Putin-Besuches in diesem Jahr aus Sicherheitsgründen für die Bevölkerung gestrichen worden. Allen anderen Besuchern des Festes war vorab geraten worden, schon wesentlich vor halb acht Uhr morgens nach Pillau zu fahren, da nach 8.30 Uhr alle Straßen in die Stadt wegen des hohen Besuches komplett gesperrt würden.



Das Haus der Räte in Königsberg Foto Archiv

In der Tat kam Präsident Putin am Morgen mit dem Flugzeug aus Moskau und landete, was nicht ohne Symbolcharakter war, auf dem Königsberger Militärflughafen. Empfangen wurde er dort von Gouverneur Leonid Gorbenko, dem Admiral der russischen Baltischen Flotte, Wladimir Jegorow, dem für Königsberg zuständigen Metropoliten von Smolensk, Kyrill, und dem Präsidentenvertreter in Königsberg, Alexander Orlow.

Eine kleine Panne ereignete sich anläßlich der Kranzniederlegung des Präsidenten am Pillauer Heldendenkmal. Dieses war mit Autos komplett zugeparkt worden. Man hatte offenbar im Vorfeld vergessen, für den großen Anlaß Raum zu schaffen. So mußten junge Marinesoldaten alle Gefährte per Hand wegtragen, damit dem Protokoll Genüge getan werden konnte. In seiner aus diesem Anlaß gehaltenen kurzen Rede betonte Putin die strategische Wichtigkeit des Königsberger Gebiets. Auch der Wirtschaftsstandort sei für Rußland von großer Bedeutung.

Als er von Bewohnern Pillaus gefragt wurde, ob er denn nicht am selben Tag noch seine Schwiegermutter in Königsberg besuchen wolle, antwortete Putin, er könne Privates und Dienstliches gut trennen – und an diesem Tag sei er dienstlich hier. Im übrigen könne seine Schwiegermutter zum Pfannekuchenbacken ja auch zu ihm nach Moskau kommen.

Doch bevor der Präsident wieder in die Hauptstadt zurückflog, nahm er an der Seite von Admiral Jegorow die traditionelle Flottenparade ab. Der Tatsache, daß er dies an der Seite Jegorows tat, der während der gesamten Visite nicht von ihm wich, wurde eine symbolische Bedeutung beigemessen, denn in dem bei der Bevölkerung beliebten Militär sehen viele Beobachter den neuen Gouverneur des Königsberger Gebietes und Nachfolger Gorbenkos. Als Begleitmusik zu diesem Ereignis waren schon Tage vor dem Präsidentenbesuch in der Presse seitenlange Artikel über Jegorow verbreitet worden. Der noch amtierende Gouverneur wurde während des Besuches mehrfach in die zweite Reihe gedrängt. Auch zahlreiche Politiker wie der Königsberger Bürgermeister Jurij Sawenko und dessen neugegründete politische Bewegung „Sosidanije" („Gründung"), seriöse Geschäftsleute und viele Militärs haben sich in diesem Zusammenhang bereits für Jegorow ausgesprochen. Über Putins Einstellung zu den Königsberger Verhältnissen ist derzeit wenig bekannt. Jegorow selbst wird keine Neigung zum Isolationismus nachgesagt; im Gegenteil: er soll über recht gute Beziehungen zur Bundesrepublik verfügen. **BI**

Königsberg im Abseits

Nach Duma-Entscheidung droht der Wirtschaft der Pregelstadt ein Fiasko

Die russische Regierung in Moskau will noch in diesem Jahr diejenigen Zollvergünstigungen und Sonderrechte wieder abschaffen, die sie dem Königsberger Gebiet als „Sonderwirtschaftszone" (SWZ) im Jahre 1996 zugestanden hatte. Dies berichtete jetzt die täglich erscheinende Wirtschaftszeitung „Nachrichten für den Außenhandel". Die Moskauer Staatsduma hat den Entwurf in erster Lesung bereits zugestimmt. Sollte der Gesetzesentwurf Gültigkeit erlangen, dann ginge dadurch dem ohnehin wirtschaftlich schwer gebeutelten Königsberg einer der Hauptanreize für Investitionen in dem Gebiet verloren. Hierzu gehören insbesondere die Zollprivilegien. Eine besondere Verordnung befreit nämlich die Einfuhr von Rohstoffen und Vorprodukten sowie die Ausfuhr von Waren, die im Königsberger Gebiet hergestellt wurden oder mit mindestens 30 Prozent Wertzuwachs veredelt wurden, von Zoll und anderen Abgaben.

Es war vor allem dieser Aspekt, der die Firma BMW dazu bewogen hatte, in Königsberg auf dem ehemaligen Montagewerk der koreanischen Firma KIA zusammen mit dem russischen Partner „Awtotor" ein Montagewerk zu errichten, in dem die Montage von jährlich 10 000 Pkw geplant ist. Die im Königsberger Gebiet herrschende Zollfreiheit war damals eine wichtige Bedingung für die Ansiedlung des bayerischen Autoproduzenten im nördlichen Ostpreußen. Wenn nun die für die damalige Entscheidung maßgebende Voraussetzung entfällt, könnte BMW seine Entscheidung für Königsberg möglicherweise rückgängig machen. Darüber wird inzwischen in deutschen Bankenkreisen gesprochen. Auch der Leiter der Königsberger Filiale der Delegation der Deutschen Wirtschaft, Stephan Stein, gibt sich eher pessimistisch. Bei Abschaffung der Zollvergünstigungen werde BMW, so Stein, seine Position kritisch überdenken. Weitere im Königsberger Gebiet ansässige Firmen reagierten ebenfalls verärgert oder verunsichert. Was den Investoren am meisten fehle, sei die Sicherheit, die eine Planung in die Zukunft erst ermögliche. Stein: „Eine funktionierende Wirtschaft ist unmöglich, solange der Unternehmer nicht weiß, was ihn hier morgen erwartet."

BMW-Pressesprecher Jürg Dinner wiegelt einstweilen ab: „Wir beobachten die Situation dort sehr genau. Doch wir wollen erst einmal abwarten, was tatsächlich beschlossen wird", so Dinner gegenüber dem *Ostpreußenblatt*. Tatsächlich scheint nicht eine generelle Abschaffung sämtlicher Privilegien des Sonderwirtschaftszonen-Gesetzes vorgesehen zu sein. Davon sei ihm nichts bekannt, behauptet denn auch der kommunistische Königsberger Duma-Abgeordnete Wladimir Nikitin. Faktum sei jedoch, daß das Gesetz dringend einer Überprüfung bedürfe. „Beim Erlaß des Gesetzes sind dem Ministerium vor vier Jahren einfach Fehler unterlaufen. So zum Beispiel, was den Import von Alkohol und Zigaretten betrifft. Das hat skrupellosen Geschäftemachern riesige Profite beschert, die Korruption gefördert und am Ende sowohl dem Wirken der Sonderwirtschaftszone als auch dem Ansehen Königsbergs schweren Schaden zugefügt."

Tatsächlich spielt das Königsberger Gebiet als Ost-West-Drehscheibe für Alkohol und Schmuggel-Zigaretten längst die zentrale Rolle, die eigentlich den seriösen Geschäftsbeziehungen zugedacht gewesen war. Nicht zuletzt dieser Umstand war es, der dazu führte, daß die Moskauer Regierung seit langem forderte, die Vergünstigungen der Königsberger Sonderwirtschaftszone zurückzunehmen. Sie scheiterte bisher allerdings stets an der Duma. Damit ist jetzt nach der Putin-Wahl nicht mehr zu rechnen. Sogar die beiden Abgeordneten Königsbergs in der Moskauer Duma sind in dieser Frage gespalten. Der Kommunist Nikitin stimmte in erster Lesung gegen die Regierungsvorlage, Witalij Lednik von der Jedinstwo-Partei Putins dafür.

Sollten allerdings die mit der Königsberger Sonderwirtschaftszone in Zusammenhang stehenden Vergünstigungen weitestgehend abgeschafft werden, dann prognostiziert der Cheflobbyist der deutschen Wirtschaft in Königsberg, Stephan Stein, ein drastisches Absinken nicht nur der deutschen Investitionen im nördlichen Ostpreußen, sondern sogar den möglichen Konkurs nicht weniger Firmen, die sich bisher auf die Gültigkeit des Wortes des russischen Gesetzgebers verlassen hätten. Betroffen wären vor allem Unternehmen, die sich im Im- und Exportgeschäft bewegen. Importwaren würden sich in Königsberg drastisch verteuern – um 40 bis zu 80 Prozent, so die „Nachrichten für den Außenhandel". Stephan Stein: „Wenn man bedenkt, daß die Löhne hier fast ein Viertel unter dem russischen Durchschnitt liegen, kann sich jeder ausrechnen, welche finanzielle Katastrophe auf das Gebiet zukommt."

Waren schon bislang die Hoffnungen, aus Königsberg ein „Hongkong an der Ostsee" machen zu wollen, von der Realität eingeholt worden, so droht dem durch die Exklavenlage ohnehin benachteiligten Gebiet nach Entzug des Status einer Sonderwirtschaftszone nun das endgültige Abrutschen ins Abseits.

Selbst die Vorzugsbehandlung des Gebietes hatte bislang nicht verhindern können, daß beispielsweise die Industrieproduktion Königsbergs seit 1991 um etwa drei Viertel zurückgegangen ist und die Getreideernte um etwa 50 Prozent. Zwar steht das Gebiet mit 1 500 Joint Ventures an der Spitze aller Regionen, doch gemessen am Inlandsprodukt rutschte das Königsberger Gebiet landesweit auf Platz 60 aller 89 Regionen ab.

Nach wie vor erhält Königsberg Millionensubventionen von Moskau, anstatt inzwischen so weit zu sein, daß es fähig geworden wäre, in ein Förderprogramm einzuzahlen, wie es ein von der Regierung erlassenes Föderales Entwicklungsprogramm bis 2005 längst vorsah. Immerhin haben sich die ausländischen Direktinvestitionen im Königsberger Gebiet von mageren 16 Millionen Mark im Jahre 1997 auf etwa 80 Millionen im Jahre 1999 gesteigert. Verglichen mit den baltischen Staaten ist aber auch diese Summe außerordentlich gering.

Inzwischen hat Präsident Putin an anderer Stelle die Kompetenzen der Regionen weiter beschnitten. Der Föderationsrat, die Regionenvertretung, hat den Einfluß der Gouverneure stark beschnitten. Die Verwaltungschefs der 89 Regionen, unter ihnen auch der Gouverneur des Königsberger Gebiets, Leonid Gorbenko, sollen dem Gesetz nach nicht mehr automatisch Mitglieder des Föderationsrates sein. Sie müssen vielmehr bis 2002 ihre Mandate in diesem Gremium niederlegen. Zusätzlich hatte die Duma ein Veto des Föderationsrates gegen ein anderes Gesetz überstimmt, das dem Präsidenten erlaubt, Provinzchefs bei Verfassungsverstößen entlassen zu können. Der Präsident kann die Regionalchefs auch *vorübergehend* ihres Amtes entheben, wenn der Generalstaatsanwalt gegen sie den Vorwurf schwerer Verbrechen erhebt. – Alles in allem ein erheblicher Zuwachs der Zentralmacht des Präsidenten auf Kosten der Regionen. Die Stadt am Pregel scheint im Moment keine wirksame Lobby zu haben – weder in Moskau noch in Berlin. Auf das nördliche Ostpreußen werden voraussichtlich schwierige Zeiten zukommen.

Hans B. v. Sothen/BI/NfA



zum 100. Geburtstag

Loesch, Erich, aus Labiau und Heiligenwalde/Schönwiese, dann Hof Torfbruch in Germau, jetzt DRK-Altenzentrum, Rodom-Storr-Straße 103, 24306 Plön, am 1. August

zum 99.Geburtstag

Konstanski, Berta, geb. Konstanski, aus Groß Schiemanen, Kreis Ortelsburg, jetzt Arompfad, 27580 Bremerhaven, am 12. August

zum 97.Geburtstag

Schlösser, Otto, aus Gut Eichenberg, Kreis Insterburg, jetzt Fohlenhof Seidenroth, 36396 Steinau, am 10. August

Korinth, Erich, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, jetzt Grehberg 7, 31855 Aerzen, am 16. August

Rieske, Anna, geb. Rieske, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederun g, jetzt An der Hornweide 4, bei Reinhardt, 21762 Ottendorf, am 15. August

zum 95.Geburtstag

Abromeit, Herta, geb. Radeck, aus Försterei, Schönbruch-Wischwill, jetzt Kolpingstraße 2, 64646 Heppenheim, am 10. August

Bachor, Ottilie, geb. Augustin, aus Großwalde, Kreis Neidenburg und Fröhlingshof, Kreis Ortelsburg, jetzt Südstraße 27, 37139 Adelebsen, am 5. August

Boguschewski, Otto, aus Reinkental, Kreis Treuburg, jetzt Westpreußenstraße 19, 40822 Mettmann, am 17. August

Suchowski, Franz, aus Neidenburg, Kreis Neidenburg, jetzt Fr.-Stollwerk-Straße 31, 47829 Krefeld-Uerdingen, am 5. August

Wilke, Ernst Otto, aus Illowo, Kreis Neidenburg und Kreis Ortelsburg, jetzt Baltrumstraße 5, 45665 Recklinghausen, am 15. August

zum 93. Geburtstag

Bastek, Martha, geb. Heydasch, aus Großseedorf, Kreis Neidenburg, jetzt Goethestraße 91, 634776 Maintal, am 15. August

Eilers, Grethe, geb. Szentick, gesch. Hennig, aus Dünen, Kreis Elchniederung, jetzt Norderneyer Weg 2, 30163 Hannover, am 19. August

Konietzka, Emilie, aus Roggen, Kreis Neidenburg, jetzt Perthesweg 1, 99894 Friedrichroda, am 15. August

Salewski, Adam, aus Langenhöh, Kreis Lyck, jetzt Laurentiusstraße 8, 33014 Bad Driburg, am 14. August

Schlicht, Emma, geb. Matthee, aus Lengfriede, Kreis Ebenrode, jetzt Lehnestraße 31, 12621 Berlin-Kaulsdorf, am 20. August

Zywitz, Marta, aus Absteinen, Kreis Ebenrode, jetzt Schwarze Horst 22, 29649 Wietzendorf, am 18. August

zum 92.Geburtstag

Dost, Josef, aus Rosenheide, Kreis Lyck, jetzt OT Kleinvollstedt, 24802 Emkendorf, am 20. August

Modzel, Wilhelmine, geb. Klask, aus Windau, Kreis Neidenburg, jetzt Kopernikusstraße 2, 59329 Wadersloh, am 16. August

Montkau, Johann, früher Montkowski, aus Neidenburg, Kreis Neidenburg, jetzt Brandvorwerkstraße 71, 04275 Leipzig, am 1. August

Pohlmann, Walter, aus Neuhausen 5, jetzt Ollnsstraße 127, 25336 Elmshorn, am 15. August

Saborrosch, Olga, geb. Trzaska, aus Schwirgstein, Kreis Ortelsburg, jetzt Tunnelstraße 45, 45966 Gladbeck, am 15. August

Tanski, Wilhelm, aus Fürstenwalde-Lindenort, Kreis Ortelsburg, jetzt St. Johannesplatz, 25569 Kremperheide, am 16. August

zum 91. Geburtstag

Jedamzik , Hans, aus Lyck, jetzt Luisenstraße 1, 49661 Cloppenburg, am 16. August

Jopp, Martha, aus Plötzendorf, Kreis Lyck, jetzt Lötzener Straße 14, 49610 Quakenbrück, am 15. August

Newiger, Emmy, geb. Kerstan, aus Kornau, Kreis Ortelsburg, jetzt Wolfstraße 4, 71063 Sindelfingen, am 14. August

Pawelzik, Marie, geb. Chmielewski, aus Finsterdamerau, Kreis Ortelsburg, jetzt Tilsiter Straße 12, 45891 Gelsenkirchen, am 17. August

Plewka, Auguste, geb. Bannach, aus Borchersdorf, Kreis Neidenburg, jetzt Eichendorffstraße 1, 59510 Lippetal, am 14. August

zum 90. Geburtstag

Bedarf, Dora, geb. Bast, aus Parkstraße 2, Cranz, Königsberg, jetzt Bilser Straße 8 E, 22297 Hamburg, am 9. August

Laudin, Erna, aus Rotbach, Kreis Lyck, jetzt Jahnstraße 29, 58849 Herscheid, am 15. August

Nieswandt, Else v., geb. Sablotny, aus Gilgenburg, Kreis Osterode / Ostpreußen, jetzt Nordstraße 186, 42853 Remscheid, am 19. August

Rauter, Anna, geb. Beckmann, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, jetzt Webergasse 18, 04654 Frohburg, am 14. August

Schmuckert, Elisabeth, geb. Herrmann, aus Rastenburgerstraße 50, Bartenstein, jetzt Haydnstraße 4, 23556 Lübeck, am 16. August

zum 85. Geburtstag

Bär, Gertrud, geb. Rennmann, aus Stucken, Kreis Elchniederung, jetzt Stresemannstraße 54, 44866 Bochum, am 15. August

Braun, Elisabeth, geb. Pilchowski, aus Mulden, Kreis Lyck, jetzt Olgastraße 12, 45888 Gelsenkirchen, am 15. August

Brenning, Gertrud, geb. Sklomeit, aus Turen, Kreis Gumbinnen, jetzt Ludwigstraße 43, 23554 Lübeck, am 14. August

Doliwa,Karl, aus Grünfließ, Kreis Neidenburg, jetzt Stiftswaldstraße 57, 67657 Kaiserslautern, am 13. August

Grickschat, Anna, geb. Podien, aus Lakendorf, Kreis Elchniederung, jetzt Lerchenstraße 67, 47918 Tönisvorst, am 14. August

Gronau, Herta, geb. Teschner, aus Wolitta, Kreis Heiligenbeil, jetzt Mecklenburger Weg 142, 27578 Bremerhaven, am 19. August

Henke, Erna, geb. Link, verwitwete Radtke, aus Orlau, Kreis Neidenburg, jetzt Landweg 4, 25541 Brunsbüttel, am 16. August

Hermann, Gertrud, geb. Meier, aus Gerswalde, Kreis Mohrungen, jetzt Meisenweg 27, 23843 Bad Oldesloe, am 3. August

Kosidowski, Martha, geb. Lask, aus Schelasken, Kreis Lyck, jetzt Marie-Juchacz-Straße 11a, 49565 Bramsche, am 16. August

Nötzel, Erich, aus Oswald, Kreis Elchniederung, jetzt Dr.-Jansen-Straße 5, 31061 Alfeld, am 20. August

Redinger, Gertraud, geb. Pilzuhn, aus Martinshagen, Kreis Lötzen, jetzt Humboldtstraße 121, 51145 Köln, am 19. August

Riegel, Emmi, geb. Cornel, aus Frankfurt/Main, jetzt Jahnstraße 7a, 63571 Gelnhausen-Hailer, am 5. August

Sablonski, Siegfried, aus Langgasse 22 a, Tilsit, jetzt Hohenstaufenring 70 A, 31141 Hildesheim, am 8. August

zum 80. Geburtstag

Brinkschröder, Christel, geb. Bartsch, aus Moritten, Kreis Pr. Eylau, jetzt Ludwig-Bäte-Straße 2, 84076 Osnabrück, am 7. August

Brosch, Margarete, geb. Bodenbinder, aus Kassuben-Paadern, Kreis Ebenrode, jetzt Jakobsenweg 30, 13509 Berlin, am 18. August

Danowski, Karl-Heinz, aus Grabnick, Kreis Lyck, jetzt Im Holt 33, 23812 Wahlstedt, am 15. August

Fago, Gerhard, aus Lötzen, jetzt Freiheitstraße 45, 42719 Solingen, am 13. August

Eilers, Elsbeth, geb. Volgenandt, aus Dreßlerstraße 1, Heiligenbeil, jetzt Birkhahnweg 25, 26603 Aurich, am 16. August

Hörfunk und Fernsehen

Sonnabend, 12. August, 14 Uhr, N3-Fernsehen: In neuem Glanz (Die böhmischen Bäder)

Sonnabend, 12. August, 23.15 Uhr, Phoenix-Fernsehen: Preußen über alles – Bismarcks deutsche Einigung (2. Teil)

Sonntag, 13. August, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und neue Heimat: Sanft auf dem Vormarsch ... (Frauen in der evangelisch-lutherischen Kirche in Rußland)

Sonntag, 13. August, 18.30 Uhr, N3-Fernsehen: Ostseereport

Dienstag, 15. August, 1.15 Uhr, N3-Fernsehen: Auf der Wacht für die DDR (Die Geschichte der innerdeutschen Grenze)

Mittwoch, 16. August, 21 Uhr, 3Sat-Fernsehen: Hitlers Traum von Mickey Mouse (Zeichentrick unterm Hakenkreuz)

Mittwoch, 16. August, 23.05 Uhr, N3-Fernsehen: Der Skandal und die Wehrmachtsfotos (Eine umstrittene Ausstellung)

Mittwoch, 16. August, 23.05 Uhr, WDR-Fernsehen: Mensch Hermann – Ein deutscher Held? (125 Jahre Hermannsdenkmal)

Donnerstag, 17. August, 19.15 Uhr, Deutschlandfunk: DLF-Magazin

Donnerstag, 17. August, 21.45 Uhr, ARD: Hitlers Krieg im Osten (2. Der Terror)

Sonnabend, 19. August, 14 Uhr, N3-Fernsehen: Reisewege durch Böhmen (Fürsten und ihre Schlösser an der Moldau)

Sonntag, 20. August, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und neue Heimat: Hat dein Herz sein Glück gefunden? (Vor 150 Jahren wurde der Dichter Nikolaus Lenau geboren)

Montag, 21. August, 15.15 Uhr, N3-Fernsehen: Reisewege – Die Elbe (1. Vom Riesengebirge nach Dresden)

Dienstag, 22. August, 15.15 Uhr, N3-Fernsehen: Reisewege – Die Elbe (2. Von Meißen bis zur Mündung)

Mittwoch, 23. August, 23.05 Uhr, N3-Fernsehen: Die Mauer (1. Beton und Stacheldraht)

Donnerstag, 24. August, 16.15 Uhr, Bayerisches Fernsehen: Maler auf Reisen: Zu Pferd von Berlin nach Danzig (Reisebilder des Zeichners Daniel Chodowiecki)

Donnerstag, 24. August, 21.45 Uhr, ARD: Hitlers Krieg im Osten (3. Der Wendepunkt)

Falinski Karl, aus Pilgramsdorf, Kreis Neidenburg, jetzt Kulmer Weg 43, 30659 Hannover, am 15. August

Fenselau, Elfriede, geb. Ertel, aus Jäckstein, Kreis Gumbinnen, jetzt Mittelstraße 10, 56581 Melsbach, am 14. August

Franke, Martha-Maria, aus Buschwalde und Hartigswalde, Kreis Neidenburg und Lötzen, jetzt Geschwister-Scholl-Straße 1, 33813 Oerlinghausen, am 13. August

Götz, Ruth, geb. Kiupel, aus Herdenau, Kreis Elchniederung, jetzt Am Schlag 3, 63594 Hasselroth-Gondsroth, am 7. August

Grzella, Otto, aus Grünfließ, Kreis Neidenburg, jetzt 91 Lawton Road, USA Canton CT 06019, am 14. August

Heyse, Hermann, aus Gorlau, Kreis Lyck, jetzt Rutenkamp 43, 24537 Neumünster, am 15. August

Hüttemeier, Heinrich, aus Schuttschen, Kreis Neidenburg, jetzt Hengistweg 8, 322457 Bünde / Westfalen, am 11. August

Käsler, Edith, geb. Mintel, aus Lank, Kreis Heiligenbeil, jetzt Alter Damm 38, 254506 Norden, am 20. August

Kalleß, Gertrud, geb. Kalleß, aus Schackwiese, Kreis Elchniederung, jetzt Kulenkampffallee 55, 28213 Bremen, am 18. August

Karditzki, Frieda, geb. Koslowski, aus Bolken, Kreis Treuburg, jetzt Lambertusgasse 9, 63571 Gelnhausen, am 2. August

Katzur, Liselotte, aus Königsberg, Gerhardstraße 10, jetzt Herderstraße 1a, 23564 Lübeck, am 20. August

Köhn, Alfred, aus Mahnsfeld/Kingitten, jetzt Schwarzer Weg 2, 38302 Wolfenbüttel, am 6. August

Kopruch, Fritz, aus Alt Kriewen, Kreis Lyck, jetzt Vincente Lopez 764, 6700 Lujan / Argentinien, am 18. August

Kraft, Hans, aus Mostolten, Kreis Lyck, jetzt Straße der Jugend, 01877 Demitz-Thumitz, am 19. August

Kudszus, Helmut, aus Schuppenau, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Schoolstraat 1, 26188 Kleefeld-Edewecht, am 8. Juli

Lange, Ernst, aus Sillginnen, Kreis Gerdauen, jetzt Deutschherrenstraße 95, 56179 Vallendar, am 2. August

Ludi, Hildegard, geb. Herberg, aus Adlersdorf, Kreis Lötzen, jetzt Burgstädter Straße 19, 02328 Lunzeneu, am 7. August

Milewski, Adele, geb. Liske, aus Mägdeberg, Kreis Elchniederung, jetzt Wiesendamm 117, 22303 Hamburg, am 14. August

Milewski, Emma, geb. Starbatty, aus Gutfeld, Kreis Neidenburg, jetzt Bredde 53, 42275 Wuppertal, am 20. August

Fortsetzung auf Seite 15

Landsmannschaftliche Arbeit

Landesgruppe Berlin



Vors.: Hans-Joachim Wolf, Telefon (03 37 01) 5 76 56, Habichtweg 8, 14979 Großbeeren, Geschäftsführung: Telefon (0 30) 23 00 53 51, Deutschlandhaus, Stresemannstraße 90, 10963 Berlin

So., 27. August, **Ortelsburg, Treuburg**, 14 Uhr, Haus des Sports, Arcostraße 11–19, 10587 Berlin.

Landesgruppe Hamburg



Vors.: Günter Stanke, Telefon (0 41 09) 90 14, Dorfstraße 40, 22889 Tangstedt

HEIMATKREISGRUPPEN

Insterburg – Freitag, 1. September, 15 Uhr, Monatstreffen im Lokal Zur Postkutsche, Horner Landstraße 208. Es wird ein Film über Ostpreußen gezeigt, ergänzt von Erlebnisberichten.

Königsberg-Stadt – Sonnabend, 2. und Sonntag, 3. September, Königsberger Treffen mit Wahl der Stadtvertreter in Duisburg. Der Bus fährt am Sonnabend um 7.45 Uhr von Dammtor/Moorweide, Hamburg, ab. Rückkehr am Sonntag gegen 20 Uhr. Die Kosten einschließlich Übernachtung im Doppelzimmer und Frühstück betragen pro Person 159 DM, mit Übernachtung im Einzelzimmer kostet die Fahrt 189 DM pro Person. Anmeldungen bis 15. August schriftlich bei Inge Berger, Hildesheimer Weg 10, 22459 Hamburg. Hinweis: Alle Mitglieder der Hamburger Königsberg-Gruppe sind natürlich auch Mitglieder der Stadtgemeinschaft Königsberg und somit wahlberechtigt.

FRAUENGRUPPEN

Wandsbek – Mittwoch, 6. September, 16 Uhr, erste Zusammenkunft nach der Sommerpause im Gesellschaftshaus Lackemann, Hinterm Stern 14.

LANDESGRUPPE WESTPREUSSEN

Jahresausflug – Sonnabend, 26. August, traditioneller Jahresausflug, diesmal zum schönen, alten Städtchen Bleckede an der Oberelbe. Dort wird das ansprechende „Haus der Elbtalaue" besichtigt und eine Schiffsfahrt auf der Elbe unternommen. Nach dem Mittagessen in einem romantisch gelegenen Lokal wird der Nachmittag mit Musik, humorigen Beiträgen und Volksliedern verschönert. Abfahrt in Hamburg vom ZOB, Bahnsteig 3, um 9 Uhr, Zustieg in Harburg-Bahnhof um 9.30 Uhr. Rückkehr gegen 19 Uhr. Die Kosten betragen für Mitglieder 45 DM und für Nichtmitglieder 55 DM (Mittagessen, Schiffsfahrt und Kaffeegedeck eingeschlossen). Anmeldung möglichst umgehend durch Überweisung des Teilnehmerbeitrags auf das Konto Heinz Wichner, Kto.-Nr. 166949208 bei der Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20. Auskünfte erteilen die Familien Neumann, Telefon 7 00 92 79, und Wichner, Telefon 7 10 74 96.

Landesgruppe Baden-Württemberg



Vors.: Günter Zdunnek, Postfach 12 58, 71667 Marbach. Geschäftsstelle: Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart

Ulm/Neu-Ulm – Donnerstag, 24. August, 14 Uhr, Treff der Wandergruppe an der Bushaltestelle Donaubad (B 3). Einkehr in die Gaststätte Neu-Ulmer Paddler. – Sonnabend, 26. August, 14.30 Uhr, Schabbernachmittag in den Ulmer Stuben.

Landesgruppe Bayern



Vors.: Friedrich-Wilhelm Böld, Tel. (0 89) 3 15 25 13, Fax (0 89) 3 15 30 09. Landesgeschäftsstelle: Ferdinand-Schulz-Allee/Am Tower 3, 85764 Oberschleißheim

Augsburg – Mit Beginn der Sommerpause veranstaltete die Gruppe ihren jährlichen Sommerausflug. Entgegen aller Beschwörungen hatte der Wettergott mit den Landsleuten kein Einsehen, denn es regnete. Da ein wichtiger Bestandteil des Ausflugs die Brotzeit im Freien ist, mußte hierfür eine trockene Oase gesucht werden. Da das Ausflugsziel Bad Tölz/Benediktbeuren hieß, lag nichts näher, als Oberschleißheim anzufahren, wo Doro Radtke in den Räumen der Ost- und Westpreußenstiftung den Ausflüglern „Asyl" gewährte und man auch gleich die Gelegenheit nutzte, die Depot-Ausstellung und das Mahnmal-Gelände zu besichtigen. Gesättigt und zufrieden ging die Fahrt zunächst weiter nach Bad Tölz. Nach einer kurzen Besichtigung des Ortes nahm man in der evangelischen Kirche mit entsprechender Distanz ein Bild von Lovis Corinth, geboren am 21. Juli 1858 in Tapiau, Kreis Wehlau, in Augenschein. Nach dem Mittagessen beim Altwirt in Wakkersberg führte der Weg nach Benediktbeuren, wo unter Führung ein Teil des 739 gegründeten Klosters besichtigt wurde. Die einstige Abteikirche ist seit 1803 Pfarrkirche von Benediktbeuren. Die Klosteranlage wird genutzt für Bildungseinrichtungen, zum Beispiel Fachschule für Sozialpädagogik (seit 1971 Fachhochschule), Jugendbildungsstätte „Aktionszentrum" und seit 1988 auch „Zentrum für Umwelt und Kultur". Die Klosteranlage steht heute unter der Obhut der Salesianer Don Boscos. Nach einer Kaffeestunde und einem weiteren kurzen Aufenthalt in Oberschleißheim wurde die Heimfahrt angetreten.

Kempten – Sonnabend, 26. August, 15 Uhr, Treffen im Kolpinghaus (Wintergarten), Linggstraße.

Landshut – Dienstag, 15. August, 14 Uhr, Zusammenkunft in der „Insel". – Mittwoch, 22. August, 9 Uhr, Treffpunkt Eisstadion für die Radfahrer. 14 Uhr, Treffpunkt Dult, Haupteingang Bierzelt. – Die Gruppe unternahm unter der Federführung der Vorsitzenden Ingrid Leinhäupl einen Ausflug nach Burghausen-Tittmoning. 42 Teilnehmer hatten viel Vergnügen an der fachlichen Stadtführung in Burghausen, nachmittags wurde dann eine Plättenfahrt auf der Salzach von Tittmoning nach Burghausen unternommen. Den sich anschließenden historischen Burgfestumzug fanden alle großartig, allerdings leider unterm Regenschirm. – Eine Woche später nahm eine Abordnung der Gruppe an den Feierlichkeiten anläßlich des 50jährigen Stadtjubiläums von Waldkraiburg teil. Stolz wurde beim Umzug die Preußenfahne hochgehalten.

Mühldorf-Waldkraiburg – Waldkraiburg, eine der drei Vertriebenenstädte im schönen Bayern, wurde vor 50 Jahren von Vertriebenen, u. a. aus dem Sudetenland, Schlesien sowie Ost- und Westpreußen, gegründet. Bereits 1947 kamen die ersten Vertriebenen in das ehemalige Arbeitslager nach Kraiburg am Inn und begannen mit dem Wenigen, was sie noch hatten, mit dem Aufbau eines neuen Zuhauses. Bereits 1948 wurden die Baracken von den Bewohnern winterfest gemacht. Aus dem Flüchtlingslager wurde so nach und nach eine kleine Siedlung, die wuchs und wuchs und heute, 50 Jahre nach Gründung, 25 000 Einwohner und über 200 kleine und mittelständische Betriebe hat. Zur Feier des Stadtjubiläums trafen sich acht Musikkapellen, 25 Pferdegespanne, ein Ochsengespann, ein Eselgespann, 20 motorbetriebene Wagen und über 70 Fußgruppen zu einem Festumzug durch die Stadt. Dabei durften die Ost- und Westpreußen nicht fehlen. Zusammen mit ihrem Freund Lm. Kudczinski, München, setzten sie alle Hebel in Bewegung, um die Landsmannschaft richtig zur Geltung zu bringen. Unterstützt wurden sie von den Freunden aus München, Landshut, Fürstenfeldbruck und Karlsfeld. Mit über 70 Männern und Frauen in wunderschönen Trachten aus dem Ermland, Memel und Masuren konnten sie nicht nur den Zug verschönern, sondern waren auch eine der größten Gruppen unter den zwölf Landsmannschaften. Die Landsleute in ihren Trachten wurde auf dem ganzen Weg, über 1,5 Kilometer lang, von den über 10 000 Besuchern mit viel Beifall bedacht. Ausklingen ließen die Ost- und Westpreußen den Tag bei einem guten Bier und einer Brotzeit im Festzelt des Volksfestes.

Mit viel Beifall bedacht: *Die Mitglieder der Gruppe Mühldorf-Waldkraiburg beim Umzug durch die Stadt* Foto privat

Landesgruppe Hessen



Vors.: Anneliese Franz, geb. Wlottkowski, Telefon und Fax (0 27 71) 26 12 22, Hohl 38, 35683 Dillenburg

Gelnhausen – Bepackt mit Grüßen an die Heimat startete wieder eine Reisegruppe nach Ostpreußen. Über die Autobahn ging es dem ersten Ziel Schneidemühl entgegen. Unterwegs, an den Raststätten Berlin und Küstrin, wurden noch vier Personen an Bord genommen. Nach der ersten Zwischenübernachtung fuhr man weiter nach Gotenhafen, dem zweiten Übernachtungsort der Reise. Gestärkt mit einem guten Frühstück, fuhr man tags darauf weiter nach Sensburg, dem Aufenthaltsort für die nächsten sieben Tage. Auf dem Weg hatte man noch Gelegenheit, der schönen Stadt Danzig mit Besichtigung der Marienkirche, des Langen Markts, des Krantors etc. einen Besuch abzustatten. Ein besonderer Genuß war die Besichtigung der Marienburg, Burg der Hochmeister des Deutschen Ritterordens. Gegen Abend wurden dann die Zimmer im Hotel Panoramic, direkt am Schoßsee gelegen, bezogen. Von Sensburg aus wurde ein vielfältiges Programm geboten: Besuch der Stadt Lötzen mit der Feste Boyen, eine Schiffsfahrt auf dem Kissian-See, Rastenburg, Heiligelinde, Königsberg und Warschau. Eine sehr große Freude wurde der Gruppe bereitet durch einen Gottesdienst in der evangelischen Kirche in Sensburg. Pfarrer Biskamp von der Gemeinde Linsengericht-Altenhasslau, vielen der Mitreisenden persönlich bekannt, der sich zur Zeit als Urlaubsseelsorger in Lötzen aufhält, ließ es sich nicht nehmen, diesen extra für die Gelnhäuser Gruppe zu halten. Größter Wunsch vieler Teilnehmer der Reise war es, ihren Heimatort wiederzusehen. Diesen Wunsch hatten auch der mit 85 Jahren älteste Teilnehmer, der mit Sohn und Schwiegertochter auf Reisen war, und die Pfarrerstochter, die mit Herzklopfen und Tränen in den Augen Gelegenheit hatte, Heimatboden in Lenzen zu betreten; eine Stätte der Erinnerung an Kindertage, schöne Tage, aber auch schlimme, als man den Vater vor der Kirche zusammenschlug, weil er nicht so wollte, wie es die „Herrscher des 3. Reiches" wollten. Großen Eindruck hinterließ die an der Kirche in Lenzen angebrachte Tafel in deutscher und polnischer Sprache, auf der zu lesen war, daß hier in dem kleinen Ort in den Nachkriegswirren 278 Menschen starben. Ein Besuch bei der „Bärentatze", dem Verein der Deutschen in Sensburg, stand ebenfalls auf dem Programm. Leider waren die Mitglieder im Gegensatz zu den vergangenen Jahren nicht anwesend. Ein besonderer Dank gilt in diesem Zusammenhang Jürgen Pietsch, der keine Mühen scheut, den dortigen Landsleuten bei der Beschaffung eines deutschen Passes zu helfen.

Landesgruppe Niedersachsen



Vors.: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (0 41 31) 4 26 84. Schriftführer und Schatzmeister: Irmgard Börnecke, Mühlenstraße 22a, 31812 Bad Pyrmont, Telefon (0 52 81) 60 92 68. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Kreuzgarten 4, 29223 Celle, Telefon (0 51 41) 93 17 70. Bezirksgruppe Braunschweig: Waltraud Ringe, Maienstraße 11, 38118 Braunschweig, Telefon (05 31) 57 70 69. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto von Below, Neuen Kamp 22, 49524 Fürstenau, Telefon (0 59 01) 29 68. Bezirksgruppe Hannover: Wilhelm Czypull, Wintershall-Allee 7, 31275 Lehrte, Telefon (0 51 32) 28 71.

Braunschweig – Mittwoch, 23. August, 17 Uhr, Monatsversammlung im Stadtpark-Restaurant. Aus Anlaß des 50. Todestages von Ernst Wiechert werden Mitglieder und Gäste etwas über den Dichter hören.

Landesgruppe Nordrhein-Westfalen



Vors.: Dr. Ehrenfried Mathiak. Geschäftsstelle: Tel. (02 11) 39 57 63, Neckarstr. 23, 40219 Düsseldorf

Bielefeld – Donnerstag, 24. August, 16 Uhr, Heimatliteraturkreis Ost- und Westpreußen unter der Leitung von Waltraud Liedtke in der Wilhelmstraße 13, 6. Etage.

Haltern – Dienstag, 29. August, 11 Uhr, Eröffnung einer Ausstellung über das Leben und Werk des Königsberger Philosophen Immanuel Kant in der Stadtsparkasse Haltern, Koeppstraße 2. Die Ausstellung ist bis 26. September während der Öffnungszeiten zu besichtigen.

Dortmund – Montag, 21. August, 14.30 Uhr, Treffen in den Ostdeutschen Heimatstuben, Landgrafenschule, Ecke Märkische Straße.

Düren – Freitag, 25. August (nicht wie ursprünglich geplant am 18. August), 18 Uhr, Heimatabend im Haus des Deutschen Ostens, Holzstraße 7 A, Düren.

Düsseldorf – Donnerstag, 24. August, 15 Uhr, Literaturfilmvorführung „Das Beil von Wansbek" nach Arnold Zweig im GHH, Eichendorff-Saal.

Viersen-Dülken – Sonnabend, 26. August, 13 bis 18 Uhr, „Tag des Vereins" auf dem Eligiusplatz und im „Alten Waisenhaus". Schirmherr ist das Kulturamt der Stadt Viersen. Die Ortsgruppe beteiligt sich mit einem Informationsstand im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit zum 50jährigen Bestehen an dieser Veranstaltung.

Landesgruppe Rheinland-Pfalz



Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim

Mainz/Stadt – Vorankündigung: Sonntag, 10. September, Busfahrt zum Tag der Heimat in Simmern. Abfahrt vom Hauptbahnhof Mainz/Nordsperre um 9 Uhr. Anzahlung 10 DM. Anmeldung bei Frau Kulling, Telefon 0 61 36/92 40 54 (ab 20 Uhr). – Informationen zur zentralen Festveranstaltung zum Tag der Heimat in Berlin erteilt Fam. Schreiber, Telefon 0 61 31/33 13 47. – Sonntag, 24., bis Freitag, 29. September, Busfahrt zur Mecklenburgischen Seenplatte. Anmeldung unter Angabe von „Landsmannschaft Ostpreußen" bei dem Reiseunternehmen Westend, Wiesbaden, Telefon 06 11/44 90 66.

Landesgruppe Sachsen-Anhalt



Vors.: Bruno Trimkowski, Hans-Löscher-Straße 28, 39108 Magdeburg, Telefon (03 91) 7 33 11 29

Dessau – Montag, 21. August, 14.30 Uhr, Treffen der Singegruppe in der Begegnungsstätte, Windmühlenstraße. – Mittwoch, 23. August, 14.30 Uhr, Treffen der Frauengruppe in der Saarstraße 52.

Gardelegen – Freitag, 25. August, Kremserfahrt. Abfahrt von Lindstedt. Die Organisation liegt bei Peter Liebrucks.

Magdeburg – Freitag, 25. August, 16 Uhr, Chorprobe im Sportobjekt TuS.



Fortsetzung von Seite 14

Mossakowski, Käthe, geb. Riwotzki, aus Niostoy, Kreis Neidenburg, jetzt Postillionstraße 45, 47445 Moers, am 12. August

Müller, Erna, geb. Jopp, aus Soffen, Kreis Lyck, jetzt Marktplatz 46 a, E 6, 65824 Schwalbach, am 20. August

Rieck, Heinz, aus Treuburg, jetzt Haßleyer Straße 39, 58093 Hagen, am 16. August

Rogowoski, Edith, aus Prökuls, jetzt E.-v.-Leinigenstraße 4, 76829 Landau/Pfalz, am 18. August

Sawatzki, Walter, aus Seebrücken, Kreis Lyck, jetzt 4560, Weymouth Road, Medina / Ohio 44256, USA, am 19. August

Schnabel, Emmi, geb. Kabasch, aus Lötzen, jetzt Bardowicker Straße 12, 21335 Lüneburg, am 16. August

Seidler, Hildegard, geb. Krawelitzki, aus Klein Rauschen, Kreis Lyck, jetzt Prenzlauer Allee 42, 17268 Templin, am 18. August

Spirgatis, Ursula, geb. Stamm, aus An der Alten Bastion 5, Königsberg, jetzt Liebigstraße 2 a, 33609 Bielefeld, am 19. August

Stein, Elisabeth, aus Postnicken 3, jetzt Wolfsangerstraße 87, 34125 Kassel, am 20. August

Strauß, Horst, aus Moltkestraße 15, Rastenburg, jetzt Heinrichstraße 1, 33824 Werther, am 10. August

Werner, Christel, geb. Skretzka, aus Fuchshöfen und Schrombehnen, jetzt Kiekbuscher Landstraße 5, 23719 Sarau-Glasau, am 15. August

Zöller, Annemarie, geb. Orlowski, aus Memeler Weg 4, Lyck, jetzt Ringstraße 50, 97753 Karlstadt, am 16. August

Zur Goldenen Hochzeit

Brauner, Walter, und Frau Hildegard, geb. Fischer, aus Karschauerstraße 24, Königsberg-Ponarth, jetzt Humboldtstraße 1, 59457 Werl, am 19. August

Fabrewitz, Heinz, und Frau Irmgard, geb. Rosenhagen, aus Pr. Holland, jetzt Bürgermeister-Pfeiffer-Straße 24, 29614 Soltau, am 18. August

Kassebaum, Heinz, und Frau Ursula, geb. Krupka, aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, jetzt Görtzker Straße 4, 39218 Schönebeck/Elbe, am 19. August

Mast, Herbert, und Frau Ruth aus Wilhelmshof, Kreis Ortelsburg und Schlesien, jetzt Hüller Straße 9, 44649 Herne, am 18. August

Rauert, Gerhard, und Frau Helene, geb. Poredda, aus Steintal, Kreis Lötzen, jetzt Lilienthal 11, 24232 Schönkirchen, am 19. August

Zur Diamantenen Hochzeit

Dove, Bernhard, und Frau Gertrud, geb. Fischer, aus Karschauer Straße 32, Königsberg-Ponarth, jetzt Friedenstraße 12, 48465 Schüttorf, am 6. August

Dr. Neubacher, Heinz, und Frau Gisela, geb. Overbeck, aus Peterstal, Kreis Gumbinnen, zur Zeit Am Brookwehr 11, 26655 Westerstede, am 22. Juli

Aus den Heimatkreisen

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift. Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel. Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben

Heimattreffen 2000

19./20. August, **Rastenburg**: Heimattreffen. Niederrheinhalle, Wesel.

23. August–1. September, **Bartenstein**: Treffen in der Heimat. Bartenstein/Ostpreußen.

24.–27. August, **Gumbinnen**: Ortstreffen Matzhausen. Aparthotel Schwarzatal, Badstraße 10, 07429 Sitzendorf.

25.–27. August, **Goldap**: Heimattreffen. Stade.

25.–27. August, **Lötzen**: 660-Jahr-Feier Stadt Lötzen. Hotel Prisma, Max-Johannsen-Brücke 1, und Holstenhallen-Betriebe, Neumünster.

26. August, **Allenstein-Land**: Ortstreffen Prohlen, Kolaten und Alt Vierzighuben. Gaststätte Alte Dorfschänke, Frankenstraße 151, Essen.

26. August, **Angerapp**: Kirchspieltreffen Trempen. Hotel Gino, Habichtsfang 2, Bad Gandersheim.

26. August, **Königsberg-Land**: Treffen Wickbold und Ludwigswalde. Fährhaus Kirschenland, Wisch 9, 21635 Jork-Borstel.

26./27. August, **Bartenstein**: Kirchspieltreffen Schönbruch, Klingenberg. Schaperkrug, Braunschweiger Heerstraße 85, Celle-Blumlage.

26./27. August, **Lyck**: Haupttreffen. Hagen/Westfalen.

27. August, **Memel, Heydekrug, Pogegen**: Haupttreffen Nord des Kreises Pogegen und Kirchspieltreffen Rucken. Saal Gerken, Uphuser Heerstraße 55, Achim bei Bremen.

1.–3. September, **Osterode**: Hauptkreistreffen. Stadthalle, Osterode am Harz.

1.–3. September, **Wehlau**: Ortstreffen Pregelswalde. Naturfreundehaus Schreck, In den Tannen 63, 32584 Löhne.

2. September, **Allenstein-Land**: Kirchspieltreffen Tollack mit Gottesdienst. Crangerstraße 365, Gelsenkirchen-Werle.

2. September, **Fischhausen**: Ortstreffen Pillkoppen. Hotel Belvedere, Am Strom 58, 18119 Warnemünde.

2./3. September, **Königsberg-Stadt**: Königsberger Treffen. Mercatorhalle, Duisburg.

2./3. September, **Neidenburg**: Heimatreffen. Ruhrlandhalle, Bochum.

2./3. September, **Sensburg**: Kreistreffen. Berufskolleg Technik der Stadt Remscheid (früher Gewerbliche Schulen), Neuenkamper Straße 55, 42844 Remscheid.

3. September, **Johannisburg**: Hauptkreistreffen. Goldsaal, Dortmund.

8.–10. September, **Allenstein-Land**: Treffen Groß Buchwalde und übrige Einwohner des Kirchspiels Braunswalde. Parkhotel Haus Vennemann, Vennemannstraße 6, 48157 Münster-Handorf.

9. September, **Allenstein-Land**: Kirchspieltreffen Groß Kleeberg. St. Hedwigs-Kirche, Buderusstraße 46, Unna-Massen.

Ebenrode (Stallupönen)



Kreisvertreter: Paul Heinacher, Telefon (0 41 83) 22 74, Fax (0 41 83) 23 68, Lindenstraße 14, 21262 Jesteburg. Geschäftsstelle: Brigitta Heyser, Telefon (0 51 91) 97 89 32, Billungstraße 29, 29614 Soltau

Berichtigung der Angaben für die Kreisgeschäftsstelle – Nach der am 1. Juli erfolgten Verlegung der Kreisgeschäftsstelle nach Soltau stehen nunmehr die oben angegebenen Telefon- und Faxnummern für die Anschlüsse der Kreisgeschäftsstelle zur Verfügung. Darüber hinaus hat sich der Familienname der Kreisgeschäftsführerin durch Heirat geändert. Wir bitten, die Änderungen künftig zu beachten.

Elchniederung



Kreisvertreter: Hans-Dieter Sudau, Osnabrück. Geschäftsführer: Reinhold Taudien, Fichtenweg 11, 49356 Diepholz, Telefon (0 54 41) 79 30, Fax (0 54 41) 92 89 06

Die diesjährige öffentliche Delegiertenversammlung der Kreisgemeinschaft findet am Freitag, 1. September, im Kleinen Sitzungssaal des Kreishauses in Nordhorn, Van-Delden-Straße 1–7, statt und beginnt um 14.30 Uhr. Nach dem Bericht des Kreisvertreters stehen nach der Entlastung des Vorstandes für das Jahr 1999 vor allem die Heimattreffen und die Beschlußfassung über den Wirtschaftsplan der Kreisgemeinschaft für das kommende Jahr auf der Tagesordnung.

Fischhausen



Kreisvertreter: Louis-Ferdinand Schwarz. Geschäftsstelle: Telefon (0 41 01) 2 20 37 (Dienstag, Mittwoch, Donnerstag 9–12 Uhr), Postfach 17 32, 25407 Pinneberg

Deutsch-russischer Schüleraustausch – Seit Weihnachten 1990 bemüht sich die Kreisgemeinschaft intensiv um Kontakt zu der russischen Bevölkerung im Samland – und, wie sich herausgestellt hat, – auch teilweise recht erfolgreich. Dies geschieht nun schon seit zehn Jahren auf verschiedene Art und Weise. In den Medien wurde hierüber ausführlich berichtet. Deshalb gehe ich jetzt darauf nicht weiter ein. Ich reiße allerdings einen besonderen Bereich heraus: den Schüleraustausch zwischen russischen und deutschen Schülern. Die Stadt Pillau in der Person des Bürgermeisters Alexander Kusnetzov hat uns einen Partnerschaftsvertrag über viele Möglichkeiten einer guten Zusammenarbeit angeboten. Dieser Vertrag liegt fertig formuliert vor und muß nur noch von den Beteiligten unterschrieben werden. Es geht um den Schüleraustausch zwischen deutschen und russischen Schulen, der in diesem Partnerschaftsvertrag ausdrücklich vereinbart worden ist. Im April und Mai 2000 besuchten einige russische Schüler aus Pillau und Königsberg uns in Pinneberg. Sie wurden sehr herzlich aufgenommen und haben am gesamten Unterricht des Johannes-Brahms-Gymnasiums in Pinneberg teilgenommen. Die russischen Schüler wohnten alle bei deutschen Familien, die über diesen Besuch sehr glücklich waren. Wir werden nun einen Gegenbesuch deutscher Schüler organisieren. Dieser Schüleraustausch, der von beiden Seiten ausdrücklich gewünscht wird, dient mehreren Zielen: 1. Er dient der Erweiterung des Wissens der jungen Deutschen und Russen. 2. Er dient ganz wesentlich einer gewollten und unbedingt notwendigen Völkerverständigung und dem gegenseitigen Verstehen zwischen unseren Völkern. 3. Er dient auch dem besseren Verständnis der Situation des anderen und der gegenseitigen Achtung. 4. Er dient auch dem kontinuierlichen Ausbau des besonders von den Russen gewollten Tourismus. 5. Es bietet sich ganz konkret die Gelegenheit, auch und vor allem auf die positive Geschichte zwischen Deutschen und Russen, die es weiß Gott gegeben hat, hinzuweisen. Wir haben uns alle fest vorgenommen, daß wir unbeirrt den geraden Weg des Friedens und der Freundschaft zwischen unseren Völkern gehen wollen. Davon werden wir uns durch niemanden abbringen lassen.

Gumbinnen



Geschäftsstelle: Stadt Bielefeld (Patenschaft Gumbinnen), Niederwall 25, 33602 Bielefeld, Tel. (05 21) 51 69 64 (Frau Niemann). Kreisvertreter: Arthur Klementz, Siebenbürgener Weg 34, 34613 Schwalmstadt, Telefon und Fax (0 66 91) 91 86 98 (Büro) und (0 66 91) 2 01 93

Aus dem Gumbinner Wirtschaftsleben – Beim bevorstehenden Bundestreffen der Gumbinner und Salzburger am 9. und 10. September in Bielefeld ist, wie in den letzten Jahren üblich, wieder eine Ausstellung vorgesehen. Sie wird aus den Beständen des Kreisarchivs gestaltet und diesmal der Gumbinner Wirtschaft gewidmet, die mit Industrie, Handel, Handwerk und Gewerbe neben den Kirchen, Schulen, Behörden und Kasernen das Stadtbild bestimmt hatte. Nachdem in einigen Fällen trotz der katastrophalen Verhältnisse im Oktober 1944 der Versuch einer rechtzeitigen Verlagerung und Rettung von Betriebseinrichtungen und Aktenmaterial gerade noch gelungen zu sein schien, gingen diese Restwerte auf der Flucht meist ganz verloren. Deshalb kann heute ein umfassender, durch Archivalien belegter Überblick über das ganze Wirtschaftsleben nicht geboten werden. Trotzdem sind unserem Archiv in den Jahrzehnten seines Bestehens wertvolle Einzelstücke, teilweise auch Akten und Bildmaterial, in geringem Umfang zugegangen. Das erlaubt uns, die Gumbinner Arbeits- und Geschäftswelt wenigstens in Abschnitten und mit Beispielen vorzustellen. Hier seien genannt: Zeitungsanzeigen und- berichte, Prospekte der Erzeugnisse, Geschäftsbriefe, Rechnungen, Aktien, Privilegien, Jubiläumsschriften, Abbildungen der Betriebs- und Geschäftsräume, ferner von Arbeitsabläufen und Erzeugnissen, auch solche von Betriebsfeiern und -ausflügen. Solche Dinge dürften sich hier und da auch noch bei manchen Landsleuten erhalten haben. Wir rufen hiermit dazu auf, das dem Kreisarchiv mitzuteilen und diese Stücke, Schriften, Bilder usw. ggf. für die bevorstehende Ausstellung leihweise oder auch als Geschenk auf Dauer zur Verfügung zu stellen. Besonders fehlen – von wenigen Ausnahmen abgesehen – Unterlagen über Handwerksbetriebe und Kleingewerbe. Für jedes Angebot sind wir dankbar. Zuschriften sind erbeten an: Kreisarchiv Gumbinnen im Stadtarchiv Bielefeld, Rohrteichstraße 19, 33602 Bielefeld.

Heiligenbeil



Kreisvertreter: Siegfried Dreher, Telefon (0 41 02) 6 13 15, Fax (0 41 02) 69 77 94, Papenwisch 11, 22927 Großhansdorf

Dokumentation über das Kirchspiel Hermsdorf-Pellen – Vier Jahre sind seit der Idee, eine Dokumentation über das Kirchspiel Hermsdorf-Pellen zu erstellen, vergangen. Nun hat unser Landsmann Heinz Sommer, früher Stolzenberg, sie in die Tat umgesetzt. Entstanden ist ein Werk mit einem Umfang von nahezu 580 DIN A 4-Seiten mit vielen Berichten über Zeiten hinweg – dazu reichlich bebildert. Es kann zum Preis von 72 DM zuzüglich 10,90 DM Versandkosten bei Heinz Sommer, Höfstetten 2, 91522 Ansbach, Telefon 0981/7 70 62, Fax 09 81/1 24 81, bestellt werden kann. Eine Besonderheit sind die nach Meßtischblättern ausgearbeiteten Ortspläne der sieben zum Kirchspiel gehörenden Gemeinden Hasselpusch, Hermsdorf, Lauterbach, Pellen, Schönrade, Schönwalde und Stolzenberg. Die dazu nach heutigem Kenntnisstand und eifrigen Recherchen bei den Landsleuten der Erlebnisgeneration angefügten damaligen Bewohner-Eigentümerlisten vervollständigen diese einmalige Dokumentation in besonderer Weise. Dieser stärkste Teil der Dokumentation, den genannten Gemeinden gewidmet, wird durch Berichte und Aufzeichnungen aus der Vorkriegszeit bis zur Flucht 1945 ausgefüllt. Bilder des Friedens mit den speziellen Vorgängen in diesen Ortschaften runden das Gesamtbild ab. Die harte Zeit der Flucht mit ihren vielen Gesichtern führt in das Frühjahr 1945. Erlebnisberichte aus dieser Zeit, aber auch aus Kriegstagen, von ehemaligen Soldaten dargestellt, vervollständigen den Ablauf einer harten, unmenschlichen Ära unseres Volkes, speziell natürlich der Ostpreußen. Das Sichwiederfinden nach dem Krieg, außerordentliche Bemühungen, wie zum Beispiel die des ehemaligen Pfarrers von Hermsdorf und Pellen, Walter von Lingen, kennzeichnen diesen Zeitabschnitt mit jedem Wort. Die Zeit nach 1945 wird in der Beschreibung der Organisation der Ostpreußen in der Bundesrepublik Deutschland wie der Gründung unserer landsmannschaftlichen Zusammenschlüsse dargestellt. Das heutige Bild der Heimat, interessanten Reiseberichten entnommen, zeigt uns ein anderes, verändertes Land. Nur die Landschaft schafft noch Beziehungen zu früherer Zeit. Die Dokumentation gibt einen ausführlichen Sachverhalt des Lebens aus einem Stück Ostpreußen wieder. Die weit übergreifenden Themen über die Grenzen des Kirchspiels hinaus machen das Werk zu einem Stück Heimat für alle Ostpreußen. Wir können es nur allen Landsleuten wärmstens empfehlen.

Königsberg-Stadt



Stadtvorsitzender: Klaus Weigelt. Geschäftsstelle: Annelies Kelch, Luise-Hensel-Straße 50, 52066 Aachen. Patenschaftsbüro: Karmelplatz 5, 47049 Duisburg, Tel. (02 03) 2 83-21 51

Traditionsgemeinschaft Ostpreußischer Schwimm-Vereine – Die Mitglieder der Traditionsgemeinschaft, die sich von 1978 bis 1996 aus den Königsberger Schwimmvereinen Prussia, Hansa, Wasserfreunde und Postsportverein zusammensetzte und zu denen sich 1996 der Allensteiner Schwimm-Club gesellte, trafen sich für drei Tage zu einem frohen Wiedersehen in Verden/Aller. Die harmonischen Tage hatten ihren Höhepunkt mit einem Ausflug ins „Alte Land". Auch für das Jahr 2001, vom 24. bis 26. Mai, ist wieder ein Treffen in Verden/Aller geplant. Die Organisatoren würden sich freuen, weitere Ehemalige hierzu begrüßen zu können. Kontaktadresse: Margot Kaschke, Erfurter Straße 3, 33647 Bielefeld.

Lötzen



Kreisvertreter: Erhard Kawlath, Dorfstraße 48, 24536 Neumünster, Telefon (0 43 21) 52 90 27

Programm der 660-Jahr-Feier der Kreisgemeinschaft in Neumünster – Freitag, 25. August, Empfang in der Stadt Neumünster; 19.30 Uhr, Diavortrag im Hotel Prisma. Sonnabend, 26. August, 9 bis 13 Uhr, öffentliche Kreistagssitzung im Hotel Prisma; 15 Uhr, Kranzniederlegung im Friedenshain; nachmittags Besuch der neuen Heimatstube; 19 Uhr, geselliges Beisammensein in der Stadthalle Neumünster, am Kleinflecken, mitten in der Innenstadt gelegen (nicht im Restaurant der Holstenhalle wie ursprünglich vorgesehen!). Sonntag, 27. August, 9.30 Uhr, Gottesdienst im Restaurant der Holstenhalle; 10.15 Uhr, Mitgliederversammlung; 11 Uhr, Feierstunde: 1. Siedlerchor mit zwei Liedern; 2. Begrüßung durch den Kreisvertreter; 3. Grußworte: Stadt Neumünster, Landsmannschaft Ostpreußen, polnischer Bürgermeister Dr. Lemecha, Deutscher Verein Lötzen; 4. Siedlerchor mit zwei Liedern; 5. Festrede Dr. Sigurd Zillmann; 6. Chor des Deutschen Vereins mit zwei Liedern; 7. gemeinsames Lied: Land der dunklen Wälder.

Treffen der Widminner – Zu ihrem traditionellen Treffen kamen die Widminner einmal mehr in Witzenhausen zusammen. Auch in diesem Jahr hatte Fritz Jenisch, der sich seit nunmehr 52 Jahren für seine Landsleute einsetzt, wieder alles bestens organisiert. 48 Teilnehmer konnten beim diesjährigen Treffen gezählt werden. Sie hatten sich wieder jede Menge zu erzählen: aus der Vergangenheit, aber auch aus der Gegenwart. Leider konnten einige aus Krankheits- und Altersgründen nicht dabei sein. Ihnen allen galt ein besonderer Gruß in der Hoffnung, daß es vielleicht im kommenden Jahr ein Wiedersehen beim nächsten Widminner Treffen gibt.

Ortelsburg



Kreisvertreter: Edelfried Baginski, Tel. (02 09) 7 20 07, Schweidnitzer Straße 21, 45891 Gelsenkirchen. Geschäftsführer: Manfred Katzmarzik, Tel. (0 23 31) 37 37 77 Am Kirchenfeld 22, 44357 Dortmund

Klein Jerutter Kirchentag in Salzgitter-Lobmachtersen – Die evangelisch-lutherische Kirchengemeinde Lobmachtersen hat zu diesem Heimattreffen am Sonntag, 3. September, unter der geretteten Kirchenglocke von Klein Jerutten herzlich eingeladen. Das Treffen erhält eine besondere Note durch die Goldene Konfirmation des ersten Jahrgangs, der nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges im Jahre 1950 in Klein Jerutten konfirmiert wurde. Der Festgottesdienst beginnt um 10 Uhr, danach ist ein weiteres Programm geplant. Das Pfarramt Lobmachtersen, Schwemmhorn 5 a, 38259 Lobmachtersen, bittet aus Planungsgründen um Teilnahmemeldungen bis zum 15. August. Auch können Übernachtungsmöglichkeiten vermittelt werden.

Das große Ortelsburger Kreistreffen am Sonntag, 17. September, im Saalbau in Essen steht unter dem Motto „Wir grüßen unsere Ortelsburger Heimat". Die Feierstunde beginnt um 11.30 Uhr und wird vom Essener Männerchor „Sanssouci" umrahmt. Die Festrede hält der Kreisvorsitzende. Bei dieser Gelegenheit können alle Landsleute die Kandidaten für den nächsten Ortelsburger Kreistag wählen. Wer seiner Heimat treu und reisefähig ist, ist aufgerufen, an dieser Wiedersehensfeier teilzunehmen.

Das Treffen der ehemaligen Schülerinnen und Schüler der beiden Ortelsburger Oberschulen findet vom 22. bis 24. September nunmehr zum 20. Male im Kurhaus in Bad Harzburg statt. Der zeitliche Programmablauf entspricht dem der Vorjahre. Der schönste Lohn für die Vorbereitungen des Vorsitzenden der Schülergemeinschaft, Werner Zabel, wäre eine rege Beteiligung. Auch bisher abseits stehende und ehemalige Schüler der jüngsten Jahrgänge sind herzlich eingeladen.

Osterode



Kreisvertreter: Prof. Dr. E. R. Steiner, Friedrich-Hegel-Straße 18, 15230 Frankfurt/Oder, Telefon (03 35) 53 90 96. Geschäftsführer Günther Behrendt Qualenriethe 9, 31535 Neustadt, Telefon (0 50 32) 6 16 14

Harzrundfahrt/Änderung der Abfahrtszeiten – Entgegen der bisher veröffentlichten Angaben treffen wir uns am Montag, 4. September, erst um 9.15 Uhr zur Fahrt zum Brocken. Abfahrtsort ist die Bushaltestelle Dörgestraße (gegenüber dem Verkehrsbüro Osterode am Harz). Die Abfahrt des Dampfzuges in Wernigerode ist um 13.10 Uhr, Ankunft auf dem Brocken um 15.18 Uhr. Die Kosten für dieses Sonderfahrt betragen nach wie vor 75 DM. Es sind noch einige Plätze frei. Daher bittet Landsmann Walter Westphal, Oldenburger Landstraße 10, 23701 Eutin, um umgehende Anmeldung.

Die Thierberger wollen das Hauptkreistreffen in Osterode am Harz vom 1. bis 4. September zu einem gemütlichen Wiedersehen in Osterode-Freiheit, Gaststätte Appell, Telefon 0 55 22/29 15, nutzen. Lm. Günther Piotrowski freut sich auf das Wiedersehen am 1. und 2. September um 9 Uhr in der genannten Gaststätte. Bei entsprechendem Wetter sollte eine Autofahrt (mit Beifahrer) eingeplant werden.

Die Bergfrieder treffen sich am Sonnabend, 2. September, ab 9.30 Uhr im Saal der Stadthalle in Osterode am Harz. Für das Dorftreffen Bergfriede sind im Saal Tische reserviert.

Für die Fahrt nach Gilgenburg und Umgebung vom 18. August bis 3. September (einschließlich Teilnahme am Hauptkreistreffen der Osteroder am 2. und 3. September in Osterode/Harz) sind noch vier Plätze (zwei Doppelzimmer) frei. Übernachtet wird im Hotel Kalborn. Der Reisepreis beträgt inklusive Halbpension pro Person 1241 DM. Zusteigemöglichkeiten sind auf der Autobahn von Essen nach Frankfurt/Oder gegeben. Kurzentschlossene melden sich bitte bei Dieter Malter, Telefon 02 01/58 81 10.

Tilsit-Ragnit

Kreisvertreter: Albrecht Dyck, Teichstraße 17, 29683 Fallingbostel. Geschäftsstelle: Helmut Pohlmann, Tel. (0 46 24) 45 05 20, Fax (0 46 24) 29 76, Rosenstraße 11, 24848 Kropp

Kirchspieltreffen Argenbrück, Königskirch, Tilsit-Land – Wie schon im *Ostpreußenblatt* vom 25. Februar 2000 und im „Land an der Memel", Pfingstausgabe 2000, angekündigt, findet das gemeinsame Kirchspieltreffen am 23. und 24. September im Hotel Seegarten, Am Schlangenluch 12, 15537 Grünheide, statt. Der Kirchspielvertreter von Königskirch, Walter Grubert, bittet alle Teilnehmer, ein Zimmer im Hotel zu bestellen, soweit dies noch nicht geschehen ist. Außerdem möchten bitte alle, die an der Seenrundfahrt teilnehmen wollen, ihren jeweiligen Kirchspielvertreter benachrichtigen. Die Anschriften der Kirchspielvertreter mit ihren Rufnummern sind dem Heimatbrief „Land an der Memel", Pfingstausgabe 2000, zu entnehmen.

Patenschaftstreffen Trappen – Auf ein Wiedersehen in der Patengemeinde Schönberg freuten sich die Landsleute aus dem Heimatdorf Trappen. Mit ihrem Kommen trugen sie dann auch zum Gelingen des Patenschaftstreffens bei. Im Vorfeld leistete die Gemeinde Schönberg gute organisatorische Dienste, besonders Christine

Fortsetzung auf Seite 21

Schlechtes Ergebnis

Betr.: Rechtschreibung

In den zwanziger Jahren vertrat man in den SPD-geführten Ländern die Auffassung, die Kinder sollten in den Schulen nicht unter Zwang, sondern 'spielend' lernen.

In Ostpreußen wurden erheblich größere Leistungen von den Oberschülern gefordert. In Mathematik wurde beispielsweise in der Abiturarbeit nicht nur die richtige Lösung der keineswegs leichten Aufgaben verlangt, sondern auch noch die Ableitung aller benutzten Formeln gefordert, um die Note 'sehr gut' zu erhalten.

In der Bundesrepublik hörte man dagegen nur von Erleichterungen. Die Schüler können Fächer, die ihnen nicht gefallen, einfach abwählen.

Der Notendurchschnitt liegt in verhältnismäßig vielen Zeugnissen nahe der 'Eins'; im Gegensatz zu früher wird also recht häufig ein 'sehr guter' Gesamtdurchschnitt erreicht. Demnach scheinen unter den heutigen Schulabgängern recht viele Alleskönner und demnach 'Genies' zu sein.

Von den Hochschulen, der Wirtschaft und sogar vom Handwerk hört man dagegen Klagen wegen mangelhafter Kenntnisse der Mathematik, der Physik und sogar der deutschen Rechtschreibung. Somit ist das Ergebnis der Schulen denkbar schlecht.

Eigentlich sollten sich unsere Regierungen einschließlich der jeweiligen Opposition um das Schulwesen vorzugsweise kümmern. Doch diese werfen ihr Augenmerk auf ganz andere Themen, auf die völlig überflüssige Reform der deutschen Rechtschreibung; eigentlich ist ihnen dieserhalb eine Pflichtverletzung vorzuwerfen. Die Regierungen welcher Länder mögen ihnen wohl dergleichen vorgemacht haben? Die Amerikaner, Engländer oder die Franzosen waren es mit absoluter Sicherheit nicht!

Die Verfehlungen der überwiegend sozialistischen Regierungen müssen nunmehr mit einem Import von besser ausgebildeten Jugendlichen ausgeglichen werden.

In allen unseren Volksvertretungen sind die Kopfzahlen der Parlamentsmitglieder im Vergleich mit anderen Staaten viel zu hoch. Daher kommt man auf abwegige Gedanken und erläßt eine übermäßige Flut von Gesetzen, von denen die meisten Bundesbürger keine Kenntnis erhalten. Über die steigende Zahl von Gesetzesübertretungen braucht man sich daher nicht zu wundern.

Erich Linnenkohl, Duisburg

Lenz und Kays

Betr.: Adomeit und die Abstinenzler

Es gibt einen Schriftsteller, der heißt Siegfried Lenz, und der hat sich damit hervorgetan, daß er seine Dialoge in einem Deutsch schreibt, das bei uns nicht gesprochen wurde. Jedenfalls nicht in den Gegenden, die ich kenne. Daß er dabei die Ostpreußen als einfältig und versoffen darstellt, ist noch besonders schlimm.

Anscheinend hat er jetzt Nachahmer gefunden, denn Heinz Kurt Kays bedient sich der gleichen Schreibweise (zu retten ganz Muschaken). Es macht mich wütend, wenn ich solch einen Unsinn lese. Es würde mich sehr interessieren, ob es tatsächlich irgendwo bei uns eine Gegend gegeben hat, in der so gesprochen wurde.

Anna-Luise Lucke, Lüneburg



Die britische Königinmutter Elisabeth im Kreise von Soldaten: *„Warum wird Queen Mum von uns geehrt? Hat sie nicht für den Zerstörer Dresdens, Mr. Harris, mit über 100 000 Toten – alles Flüchtlinge aus Schlesien, hauptsächlich Frauen, Kinder und alte Menschen – ein Denkmal eingeweiht? Hat unser Land überhaupt keine Würde?" fragt Eva Herrmann-v. Schlieben, Göttingen*

H J in Königsberg

Betr.: ostpreußische HJ-Kampfgruppen

Ich bin auf der Suche nach Zeitzeugen aus Königsberg. Ich selbst (Jahrgang 1928) war Schlesier, Mitglied der 'Kampfgruppe Gutschke' des HJ-Festungsregiments Breslau. Mit dem Eisernen Kreuz ausgezeichnet, wurde ich am 20. April 1945 Adolf Hitler vorgestellt. Reichsjugendführer Axmann behielt mich dann bei sich als seinen Stabsmelder.

Axmann war besonders stolz auf die Hitlerjungen in Königsberg und in Breslau. Es hieß damals, daß, als General Lasch die Stadt den Russen übergab, die Hitlerjugend dies als Verrat ansah und weiterkämpfen wollte. Axmann sagte uns in Berlin, er hätte den HJ-Kampfgruppen in Königsberg zuerst den Befehl gegeben, sich zurück nach Frankfurt/Oder durchzuschlagen.

Als es dann dafür zu spät war, sollten die Königsberger direkt nach Berlin kommen und dem HJ-Festungsregiment (Hamann) eingegliedert werden. Einer preußischen HJ-Kampfgruppe muß es tatsächlich gelungen sein, noch nahe an Berlin heranzukommen, denn bis zum 23. oder 24. April bestand noch eine Funkverbindung mit dieser Einheit und Reichsjugendführer Axmann versicherte uns: „Sie sind auf dem Wege hierher." Nun frage ich mich heute, wie kann das möglich gewesen sein? Die Russen waren doch schon über die Oder, hatten die Seelower Höhen bereits erobert und bis auf die Pichelsdorfer Brükken (im Westen) war Berlin schon eingeschlossen. In Spandau kämpfte die Kampfgruppe Heissmeyer (NAPOLA-Jungmannen aus Potsdam), obwohl Heissmeyer selbst schon abgehauen war. Diese Kampfgruppe wartete auch auf HJ-Verstärkung, um bis zum Eintreffen der Armee Wenck durchhalten zu können. Die Verstärkung traf nicht ein, auch nicht die Wenck-Truppen, und die Spandauer zogen sich zurück, obwohl ich eine Meldung von Axmann überbracht hatte mit dem Befehl durchzuhalten.

In den letzten Tagen gab es dann keine Funkverbindung mehr. Axmann fragte immer wieder verzweifelt: „Wo sind die Königsberger?" Niemand wußte es. In der Zitadelle, wo sie zuletzt als Verstärkung erwartet wurden, sind sie jedenfalls vor dem 2. Mai nicht eingetroffen. In dieser Nacht brachen wir aus.

In den Memoiren von General Lasch wird das HJ-Festungsregiment nicht ein einziges Mal erwähnt. Überhaupt keine HJ-Einheit. Axmann erklärte später einmal, in einem Interview mit „Chronos", daß in jedem Gebiet eine HJ-Panzernahkampfbrigade aufgestellt worden wäre, aber nicht mehr alle zum Einsatz gekommen seien. Dagegen hätten die Ostpreußen und Schlesier am längsten und am schwersten und auch am tapfersten gekämpft.

Im März/April 1945 gab es im Berliner Raum mindestens 20 HJ-Kampfgruppen. Dazu gehörten 'Kampfgruppe Schlösser', 'Kampfgruppe Gutschke', 'Kampfgruppe Kern', Kampfgruppe Heissmeyer' und so weiter – aber wo waren die Ostpreußen? Vielleicht gibt es unter Ihren Lesern Überlebende, die mir das mitteilen könnten.

Armin D. Lehmann
P.O. Box 1212, Waldport
Oregon 97394-1212, USA

Einigkeit im Urteil

Betr.: Folge 29/00 – Leserbrief „Fehlbesetzung"

Dieser Zuschrift, der ich inhaltlich voll und ganz zustimme, ist jedoch noch folgendes betreff dieses Herrn Naumann hinzuzufügen: Dieser sogenannte Minister für kulturelle Angelegenheiten erdreistete sich vor etwa Jahresfrist vor englischen Journalisten die ehemalige Deutsche Wehrmacht als „ein marschierendes Schlachthaus, das sich selbst intakt hielt, indem es jeden ungehorsamen Soldaten erschoß" (Zitat 'Sunday Times') zu bezeichnen, und sie sei eine „Tötungsmaschine" gewesen! Kann man für möglich halten, daß ein Minister der derzeitigen Regierung, so etwas ungerügt und -gezügelt von sich zu geben, für angebracht hält?

Karl-Gottfried Vierkorn
Stephanskirchen

Erfrischender Quell

Betr.: Folge 13/00 und 16/00

Mit herzlichem Dank habe ich Ihre Streifbandsendung vom 25. April mit den Folgen 13 und 16 erhalten. Sie waren von Anfang bis Ende eine wahre Freude zu lesen, wenn auch viel Schmerzliches in Erinnerung gebracht wurde. Aber gerade dadurch, daß offen von der Vergangenheit geredet und geschrieben wird, löst sie sich aus Erstarrung und Verzweiflung. Es beginnt sich so ein Neues, Lebendiges anzubahnen, das uns über die Gegenwart in eine neue Zukunft führen wird. Ich habe hier gute Freunde aus Ostpreußen, Schlesien und Berlin, für die alle Ihre Zeitung einem erfrischenden Quell gleichkommt.

Vera Stark
Gibsons B.C. (Kanada)

Schucken und „Nackte Jungs"

Betr.: Folge 26/00 – „Eine wirklich tolle Knolle"

Als im Oberland Geborener liebe auch ich (wie unsere allerseits geschätzte Frau Ruth Geede schreibt) wie alle Ostpreußen unsere „Schucken" auf das Innigste. Frau Geede wird mir sicher verzeihen, wenn ich nun zu ihrem „nahrhaften" und interessanten Artikel einen Einwand einbringen möchte.

Im Gegensatz zu den anderen Teilen Ostpreußens hat das Oberland oftmals mancherlei sprachliche (sprich: mundartliche) Unterschiede aufzuweisen. Trotzdem wurde hier die Kartoffel, wie anderswo in Ostpreußen, nicht „Schucke" genannt, sondern ganz hochdeutsch: Kartoffel!

Ein weiteres Beispiel oberländischer Originalität wäre auch das beliebte Kartoffelgericht: „Heilsberger Keilchen" (so genannt in hier erwähntem Artikel).

Leider war dieser Name im Oberland (zumindest im Umkreis meiner engeren Heimat) unbekannt. Zwar hieß dieses Gericht hier Kartoffelkeilchen, hatte aber als durchaus gebräuchliche Bezeichnung den Namen: „Nackte Jungs", den jeder kannte, in damaliger, nicht so freizügiger Zeit jedoch nicht ganz selbstverständlich. Dieses zeigte sich einmal deutlich, als unser Lehrer einen Schulkameraden fragte, was es bei ihnen heute wohl zu Mittag gäbe, worauf dieser spontan und arglos antwortete: „Nackte Jungs". Ebenso spontan brachte diese Antwort ihm eine saftige Ohrfeige ein. Eine etwas humorlose Reaktion diese Lehrers!

Der Kartoffelanbau hatte in unserer Heimat eine weitgehend überregionale Bedeutung. Während des Krieges mußten wir auf dem „Kartoffelgut" Rekittke/Schwenkendorf (südlich von Mohrungen) von der Schule aus auf unübersehbar weiten Kartoffelfeldern bei der Ernte mithelfen. Bis mitten in die Felder waren Gleise der Reichsbahn verlegt. Wie gut schmeckten die in der Glut des Kartoffelkrautfeuers gerösteten Kartoffeln am Abend. Etwas mißbilligend beobachteten unsere sparsamen Eltern, wenn wir Kartoffeln auf biegsame Stöcke spießten und in die Luft schleuderten, die „Geschosse" flogen schier bis in den Himmel.

Gerhard Hahn
Hannover

Neuwahl in Duisburg

Betr.: Folge 29/00 – „Aus den Heimatkreisen"

In Folge 29 vom 22. Juli 2000, S. 16, wird von der Stadtgemeinschaft der Stadt Königsberg (Pr.) auf die am 2. September in Duisburg stattfindende Neuwahl der 40 Stadtvertreter aufmerksam gemacht. Zu vermissen ist eine Aussage, ob diejenigen Königsberger, die aus verschiedenen Gründen nicht in der Lage sind, persönlich zur Wahl in Duisburg zu erscheinen, die Möglichkeit haben, ihr Votum auf dem Wege der Briefwahl abzugeben. Aus dem Kreise der Mitglieder und der Stadtvertreter von Königsberg ist unter Hinweis auf die Briefwahlregelung bei den Samländer Landsleuten mehrfach die Forderung erhoben worden, ein solches Verfahren auch für die Wahl in Duisburg zuzulassen. Das würde zum einen eine größere Wahlbeteiligung mit sich bringen, zum anderen hätten nicht nur die in Wahlortnähe wohnenden Königsberger, sondern auch die zirka zweihundert im Ausland und die vielen in den neuen Bundesländern wohnenden Königsberger die Möglichkeit, sich an der Wahl zu beteiligen.

Die Verweigerung der Briefwahl durch den Stadtausschuß dürfte auf Unverständnis stoßen und auch rechtliche Zweifel auslösen.

Kurt Fuhrmann, Wunstorf

Ein gutes Gespann

Betr.: Beispielhaft Folge 29/00

Ich wollte es schon immer einmal zu Papier bringen: Ihre Artikel – ob Aufmacher oder Glosse – sprechen mir aus dem Herzen. Auch dieses Mal:

Wer wagt es schon, den USA und ihrer Außenpolitik in Gestalt der Madeleine Albright die Leviten zu lesen oder aber die Ziellosigkeit der Union beim Namen zu nennen?

Sie sind in meinen Augen ein „gutes Gespann" – mit Rössern vergleichbarer Pferdestärke. Irgendwer sagte mir neulich: „Die Jungens können schreiben" – vermutlich waren nicht nur Sie beiden gemeint.

So gefielen mir in der jüngsten Ausgabe auch sehr die Kurzkommentare „Flüchtlinge", „Familie" und „Michels Stammtisch". Hierzu nur eine kurze Bemerkung: Wenn ein Volk in seiner Substanz nur durch gelenkten oder freigegebenen Zustrom von Ausländern zu überleben glaubt, dann wird die Bevölkerung bestenfalls zahlenmäßig hochgepuscht, aber verliert ihre völkische Eigenart. Außerdem möge die Abtreibungserleichterung durch Gesetzgeber rückgängig gemacht werden: Zum Kinderkriegen kann niemand gezwungen, wohl aber die Schwangerschaftsunterbrechung nicht straffrei gestellt und geradezu propagiert werden; 200 000 bis 300 000 Kinder mehr pro Jahr würden Vergreisung des Deutschen Volkes verhindern und Rentenkassen füllen! Hier könnte bei klarem Kurs die Union Profil gewinnen – ein guter Ansatz beim Fraktionsvorsitzenden Merz: Er lehnt die DDR-Runde-Tisch/Konsensgespräche aus demokratischem Prinzip ab; solche Gespräche gehören ins Parlament.

Hans Georg Hess
Wunstorf-Idensen

In Deutschland vergessen – in Sibirien geehrt

Hildegard Rauschenbach besuchte Schadrinsk – Ort jahrelanger Zwangsarbeit (Teil II)

Etwa ein Kilometer von dem Gedenkstein für die Toten im Lager entfernt, umgeben vom Wald, befindet sich ein großes Erholungslager mit winterfesten Häusern des „SCHAAZ"-Werkes, das jetzt während der Schulferien mit 400 Kindern belegt war. Hier befanden sich auch die Kinder aus dem Waisenhaus, das wir eigentlich besuchen wollten, um unseren Obolus zu entrichten. Anläßlich unserer Goldenen Hochzeit hatten wir unsere Gäste gebeten, anstatt uns zu beschenken, für derartige Zwecke zu spenden. Bald war ich von einem dicken Knäuel Kinder umringt, unzählige Händchen streckten sich mir entgegen, um nach meinen Kaugummis und Lollis zu greifen. Was hat ein Kind schon vom empfangenen Geld der Heimleitung! Drei Kilo Süßigkeiten hatte ich dabei, gespendet von einer lieben Nachbarin. Nachdem ich ein paar Worte an die älteren Kinder gerichtet hatte, u.a. mit der Bitte, nicht gewalttätig zu werden, sagte die Heimleitung, ein richtiger „Mama-Typ" : „Wir sind das Lager der Liebe."

Und 12 Kinder aus diesem „Lager der Liebe" begleiteten uns in einem kleinen Bus zu unserer Toten-Gedenkstätte. Alle hatten sie Feldblumen gepflückt und legten diese, unter Trommelwirbel von fünf kleinen Knaben, am Stein nieder!

Beeindruckt hat uns auch der Besuch im Altenheim. Gemüse und Kartoffeln werden hier auf heimeigenem Acker angebaut, Tomaten und Gurken reiften bereits in einem Gewächshaus, und die alten Leutchen, die noch rüstig genug sind, dürfen hier arbeiten; jeder ist für sein Stückchen zugewiesenen Akkers selbst verantwortlich. Gestattet ist die Arbeit allerdings nur in den Morgen- und Abendstunden, wenn es noch nicht oder nicht mehr so heiß ist. Im Kulturraum war die große Bühne mit gesammelten Kräutern bedeckt, die zum Trocknen lagerten. „Sind besser als Pillen", meinte die Ärztin, die uns, gemeinsam mit dem Direktor durch das Haus führte. So sahen wir auch das „Zimmer der Stille". Über mehreren kleinen Kommoden mit Spitzendeckchen und Leuchtern hingen ringsum an den Wänden Ikonen, mehrere Sessel luden zum Verweilen, ein faszinierender Raum. „Hier verweilen unsere Menschen im Schweigen und gehen gestärkt hinaus", erfuhren wir.





Gedenken: *Blumen für die Toten des Lagers, an die heute ein schlichter Stein erinnert*

Fotos (6) Rauschenbach



Auf der Kolchose „Budjonny": *Die alten Frauen können sich noch gut an die deutschen Zwangsarbeiterinnen erinnern*

Für den Sonntag-Vormittag war der Kirchgang angesagt, wir besuchten alle drei Kirchen während des Gottesdienstes, der sich über mehrere Stunden erstreckt. Es gibt dort keine Bankreihen wie in unseren Kirchen, die Leute stehen, und es ist ein Kommen und Gehen. In jeder Kirche standen die Menschen dicht gedrängt, in der Mehrzahl waren es junge und solche mittleren Alters. Gab es 1991 immer nur noch die Kirche, die ich schon während meiner Gefangenschaft besucht hatte, so sind jetzt auch die beiden anderen in der Stadt vollkommen restauriert und mit einer wunderschönen, beeindruckenden Innenausstattung versehen worden. Zuvor war eine von ihnen als Frauengefängnis mißbraucht worden.

An den Eingängen der Kirchen holte mich die Vergangenheit ein, als ich die Bettler in ihrer demütigen Haltung sitzen sah; war ich doch einst selbst dankbar für jede erbettelte Kartoffel gewesen. Heute konnte ich die Gebende sein, und das erfüllte mich mit Dank. In der Kirche Nikolskoje befindet sich die Suppenküche, die den Armen der Stadt täglich eine Suppe ausgibt, und wie wir nach dem Gottesdienst vom Pfarrer erfuhren, kommen die Zutaten, Gemüse, Obst und andere Nährmittel, aus Spenden zusammen, auch abgelegte Kleidung wird hier gesammelt und verteilt.

Noch eine Besonderheit gibt es im Zusammenhang mit dieser Kirche. Ihr ist in einem etwa 15 km entfernten Dorf ein altes Blockhaus überlassen worden, das jetzt eine Äbtissin zu einem kleinen Kloster umbauen läßt. Nadjas Mann Sascha meinte, daß wir das sehen müßten, und er fuhr mit uns hin. Der Ort war in einer idyllischen leicht hügeligen Landschaft eingebettet. Am Ende, auf dem höchsten Punkt, präsentierte sich eine mächtige Kirche, etwas abseits davon standen Ställe und Silos einer ehemaligen Kolchose - aber alles dem Verfall preisgegeben! Von Sascha erfuhren wir, daß hier während der Zarenzeit ein blühender Handelsplatz für Getreide gewesen war. Mit dem Bau der Eisenbahnlinie (1912) war damit Schluß. Im Dorf selbst werden einige Häuser noch als Datschen von den Schadrinskern genutzt.

In dieser, wörtlich genommen, verlassenen Gegend sollte nun das kleine Kloster entstehen. Wir trafen die Äbtissin in Arbeitskleidung an, die sich deshalb genierte, uns zu empfangen, dann aber führte sie uns schließlich durch das Haus. Im größten Raum zeigten kleine goldverzierte Säulen bereits Ansätze vom Aussehen der Kapelle, alle anderen Räume waren noch ein einziges Chaos, in denen ein intensiver Farbengeruch uns fast den Atem nahm. Und die tapfere Äbtissin wohnte und schlief hier, ja, sie bereitete hier sogar das Essen für die Bauarbeiter, die, wie sie sagte, ohne Entgeld arbeiteten. Eine bewundernswerte Frau mit einer gütigen Ausstrahlung, die sich mit Würde paarte, als sie, zu einem Foto für uns bereit, ihr Ornat überstreifte.

Es erstaunte uns immer wieder, welche Welle der Hilfsbereitschaft unter den Menschen dieser Stadt praktiziert wurde. Auch kommt mir erst jetzt so recht zum Bewußtsein, daß sie trotz ihrer eigenen Sorgen und Probleme noch Intresse an einer ehemaligen „Njemka" und deren Schicksal haben.

Am vorletzten Tag erwartete man uns in der Zeitungs-Redaktion „Isset". Dort hatte man mein ins Russische übersetzte Buch „Verschleppt nach Sibirien" herausgegeben. Natjas Mann Sascha ist dort Redakteur. Es freute mich zu hören, daß, als nach unserem Besuch 1991 übersetzte Folgen meines Buches in der Zeitung veröffentlicht wurden, die Auflage um ein Drittel anstieg. Daraufhin machte ich den Vorschlag, jetzt auch aus meinem, in Königsberg in Russisch erschienenen Buch „Zuhause in Pillkallen" (von der LO finanziert) Auszüge über unser Leben in Ostpreußen zu bringen.

In der Redaktion war auch ein Herr im Sonntagsstaat erschienen und stellte sich als „Willi" vor.Er hatte mein Buch gelesen und wollte von mir wissen, ob ich wüßte wo Kurt wohnt. Der Kurt, der mir, wie ich im Buch geschrieben habe, ein kleines Messingherz geschenkt hat. Er hatte einst neben ihm an der Werkbank gestanden, und Kurt hatte ihn gebeten, ihm eine Feile zu besorgen, damit er in das Herz etwas eingravieren konnte. So kam also „Dein Kurt" in mein Herz, dessen Inschrift ich aber immer, verschämt, nach innen gekehrt trug. Willi schenkte mir dann noch ein Büchlein mit einem von ihm enthaltenen Beitrag und (!) vier große Kartoffeln.

Es gab in diesen Tagen keine Begegnung, von der wir ohne ein Andenken verabschiedet wurden; sei es mit einem Buch, informativen Schriften, Anstecknadeln, einer kleinen Taschen-Ikone, zwei Sportmützen beim Besuch des Konzertes im Sportstadion und sogar einem antiken Rechenbrett, dem „Abakus", dessen rasante Handhabung mich schon früher fasziniert hatte.

Ich gestehe, unmittelbar nach den überwältigenden Eindrücken dieser sieben Tage herrscht in meiner Gefühlswelt noch ein kleines Chaos – Ausgerechnet an dem Ort, an dem ich die schwersten Jahre meines Lebens leben mußte, schlug mir eine Welle der Herzlichkeit und des Mitgefühls entgegen, Ehrungen wurden mir zuteil und immer wieder Dankesworte, das Geschehen der Nachkriegszeit den nachfolgenden Generationen ins Bewußtsein gerückt zu haben. Schließlich: Im Museum wird an uns Deportierte gedacht, unseren Toten ist eine Gedenkstätte errichtet. – Gibt es eine in Deutschland? Meines Wissens nicht. Und in jedem historischen Museum wird man bei uns wohl vergeblich nach einer Ecke ausschauen, die diese Problematik behandelt. Was mich aber besonders empört, ist, daß während der Verhandlungen um die Entschädigung der Zwangsarbeiter nie ein Wort über die deutschen Zwangsarbeiter gefallen ist, die mit ihrer Arbeitskraft Reparationskosten für Deutschland geleistet haben und auch vom deutschen Staat dafür entschädigt werden müßten. Verlautet ist davon jedenfall nichts.



Besuch im Kloster: *Das Ehepaar Rauschenbach mit Nadja und der Äbtissin*

Bitte, mir persönlich geht es nicht um eine Entschädigung! Aber uns Verschleppte überhaupt nicht zu erwähnen, uns totzuschweigen – das haben wir nicht verdient und das schmerzt tief.

Oft stehe ich jetzt vor meinen zwei Birken-Reliefbildern aus sibirischem Stein, zum Abschied vom Werksdirektor und der Ärztin des „Profilaktoriums" erhalten, die mich an die stille Landschaft und die mitfühlenden Menschen erinnern. Können sie das verstehen, liebe Landsleute?





Besuch beim Bürgermeister und ein aufmerksames Publikum: *In Sibirien war man von den Schilderungen Hildegard Rauschenbachs tief beeindruckt*

Wiedersehen unter Freunden

Delegation des Landkreises Osnabrück besuchte die Allensteiner Partnerregion

Seit Mai 1999 besteht die Partnerschaft zwischen dem Landkreis Osnabrück und dem neuen Landkreis Allenstein. Die Aktivitäten des Landkreises Osnabrück gehen auf die freundschaftlichen Beziehungen zur Kreisgemeinschaft Allenstein-Land e.V. zurück, mit der der Landkreis Osnabrück seit 50 Jahren eine gefestigte Patenschaft unterhält. Der Initiative und dem persönlichen Einsatz von Mitgliedern des geschäftsführenden Vorstandes der Kreisgemeinschaft Allenstein-Land ist es zu verdanken, daß die bilateralen Beziehungen des Landkreises Osnabrück ergriffen wurden und in vielfältiger Weise weiter ausgebaut werden.

Im Herbst vergangenen Jahres waren Politiker und die Verwaltungsspitze des Landkreises Allenstein unter Führung des Landrates Adam Sierzputowski nach Osnabrück gekommen, um das Osnabrücker Land kennenzulernen. In einer gemeinsamen Kreistagssitzung im Kreishaus wurde von beiden Seiten der Gedanke des vereinten Europas betont und die Bereitschaft für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene bekräftigt. Diese Ziele wollen beide Landkreise durch Zusammenarbeit auf den folgenden Gebieten umsetzen: Förderung und Weiterentwicklung der öffentlichen Verwaltung, Förderung des Austausches und Verständigung der Jugend, Aufbau und Entwicklung des gegenseitigen Sportleraustausches, Vertiefung der gegenseitigen Kenntnisse über Kultur und Tradition, Förderung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den in den beiden Landkreisen ansässigen Unternehmen.

Bestehende Kontakte vertieft und neue geknüpft

Ferner unterstützt der Landkreis Osnabrück das Entstehen von partnerschaftlichen Kontakten zwischen den kreisangehörigen Städten und Gemeinden des Landkreises Osnabrück und denen des Kreises Allenstein. Mit dem Patenkreis Osnabrück besteht ein uneingeschränktes Einvernehmen, daß die Kreisgemeinschaft Allenstein-Land bei der Erörterung und Festlegung konkreter Maßnahmen in den vorgenannten Tätigkeitsbereichen und auch gerade im Hinblick auf die Einbeziehung der deutschen Volksgruppe im Landkreis Allenstein eingebunden wird. In den vergangenen Monaten wurden bei zahlreichen Besuchen kleinerer Gruppen Kontakte geknüpft.

Jetzt folgte der Landkreis Osnabrück einer Einladung des Landkreises Allenstein durch den Landrat Adam Sierzputowski. Unter Führung des Landrates Hugo machten sich 19 Kreistagsabgeordnete, 16 Bürgermeister, Gemeindedirektoren von Städten, Gemeinden bzw. Samtgemeinden, acht Mitarbeiter der Kreisverwaltung und drei Unternehmensvertreter auf die fünftägige Reise, um den Landkreis Allenstein in Ostpreußen persönlich kennenzulernen. Gerne folgten die Vertreter der Kreisgemeinschaft Allenstein-Land, der Kreisvertreter Leo Michalski, sein Vertreter Kanonikus Pfarrer Johannes Gehrmann und der Vorsitzende des Kreistages Allenstein-Land, Adalbert Graf, der Einladung, um die Besucherdelegation in ihre Heimat zu begleiten.

„Wir wollen nicht nur zuschauen, sondern die neuen Wege im neuen Europa auch gehen", unterstrich der Allensteiner Landrat Adam Sierzputowski dann abends beim offiziellen Empfang im Allensteiner Schloß, in dem vor 500 Jahren Nicolaus Copernicus gelebt, gearbeitet und geforscht hat. Landrat Sierzputowski wies auf die Leistungen des neuen Landkreises hin, unterließ es aber nicht, auf die allgemeine Strukturkrise und die hohe Arbeitslosigkeit zu verweisen, so daß noch ein großer Nachholbedarf vorhanden sei. Der Besuch möge das Land, seine Geschichte und die Menschen den Gästen näherbringen, hoffte der polnische Landrat. Besonders die junge Generation sollte die Chancen nutzen, einander kennenzulernen und vernünftig miteinander umzugehen, ergänzte Landrat Manfred Hugo.

Als einen neuen Punkt deutsch-polnischer Zusammenarbeit bezeichnete Landrat Hugo die Möglichkeit des Ausbaues des im Süden des Landkreises nahe der Ortschaft Grieslienen gelegenen ehemaligen Militärflugplatzes. Die mitgereisten Fachleute Theodor Funhoff und Architekt Friedrich Horstmann, beide selbst passionierte Luftsportler, hatten Pläne mitgebracht, wie mit geringem Aufwand der Grundstock für einen Regionalflugplatz für den Raum Allenstein bei guter Verkehrsanbindung zu schaffen sei. Allenstein selbst ist im Besitz eines Flugplatzes mit einer Graspiste; doch ein sich anbietender Ausbau wird von der Stadtplanung nicht akzeptiert.

Bei einer gemeinsamen Kreistagssitzung zog der Präsident des Kreistages Allenstein, Stanislav Niepsy, ein Resümee der bisherigen Partnerschaftsaktivitäten – von Kontakten der Jugend, Berufsschulen, Feuerwehren und Lehrern bis zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Der Präsident hob besonders den Nutzen des Erfahrungsaustausches hervor. Oberstes Ziel der Kooperation sei die Vertiefung der Zusammenarbeit der Regionen für ein vereintes Europa, unterstrich Landrat Manfred Hugo, der sich beeindruckt zeigte von der herzlichen Gastfreundschaft. Daß Völkerverständigung kein leeres Wort ist, zeigte der Landkreis Osnabrück bei der Übergabe der Fahrzeuge und Geräte des Kreisbauhofes an den Landkreis Allenstein. Angesichts der Unimogs mit Seitenmäher, Schneepflug oder Streuer und weiteren kleinen Transportern glänzten die Augen der Empfänger dieser Gastgeschenke, und Landrat Adam Sierzputowski meinte, gute Freunde erkenne man in der Not. Bei den Geräten zur Pflege der Wege und Straßen sei der Landkreis Allenstein wirklich in Not gewesen. Als einziges Schneeräumgerät für den gesamten Landkreis stand in der Bauhofhalle eine Schneefräse, wegen defekten Getriebes allerdings nicht einsatzfähig. Der Antriebswagen ist „Marke Eigenbau" – mit einem Motor eines deutschen Tiger-Panzers aus dem Zweiten Weltkrieg.

So knüpfte und vertiefte die Osnabrücker Delegation bei ihrem Besuch zahlreiche Kontakte mit den Bürgermeistern und Gemeindevertretern der Großgemeinden des Landkreises Allenstein. Neben diesen Gesprächen stand auch ein Besuch beim dortigen Erzbischof Dr. Edmund Piszecz auf dem Programm. Der Erzbischof von Allenstein empfing Landrat Hugo und einige Damen und Herren der Delegation zu einem ersten Meinungsaustausch. Landrat Hugo regte spontan eine Kontaktaufnahme auf Bistumsebene an, die Dr. Piszcz dankbar aufnahm mit dem Vorsatz, alsbald den Osnabrücker Bischof Franz-Josef Bode zu besuchen.

Einen wichtigen Stellenwert nahm der Besuch des Landrates Manfred Hugo und seines Stellvertreters Manfred Bolte bei der Allensteiner Gesellschaft der Deutschen ein. Begleitet wurden sie vom polnischen Landrat Adam Sierzputowski und dessen Sekretär Andrzej Szeniawski. In Abwesenheit des 1. Vorsitzenden der AGDM, Hans Biernatowski, wurden die Gäste von der stellvertretenden Vorsitzenden Renate Barczewski in dem Versammlungsraum herzlich begrüßt. Sie gab ihren Gästen zunächst eine umfassende Schilderung über die Aufgabenstellung, Größenordnung und Zusammensetzung der AGDM und berichtete dann über die umfangreiche Hilfstätigkeit für die heimatverbliebenen Landsleute, insbesondere der in Not geratenen Senioren und kinderreichen Familien, deren Anzahl permanent steige. In der Kleiderkammer und der Apotheke, welche ständig durch Spenden aus der Bundesrepublik Deutschland aufgefüllt werden, findet dieser Personenkreis eine kostenlose Unterstützung.



Renate Barczwewski gab der Osnabrücker Delegation Einblicke in die Arbeit des Deutschen Vereins in Allenstein Foto Graf

Einen bedeutenden Anteil stellt auch die vielfältige Kulturarbeit dar. So hat die Gesellschaft Chor, Tanz-, Flöten- und Kindergartengruppen und unterhält auch eine Bibliothek mit 2000 Büchern. Im Rahmen dieser Kulturarbeit organisiert die Gesellschaft Lesungen, Autorenabende, Ausstellungen, Konzerte und Heimatabende. Einen wichtigen Beitrag zur Pflege und zum Erlernen der deutschen Sprache leistet die Gesellschaft durch das Angebot von Sprachkursen für Kinder und Erwachsene. Dank der Unterstützung durch westdeutsche Freunde ist es möglich, jedes Jahr eine mehrwöchige Kinderfreizeit mit Deutschunterricht zu organisieren. Alle diese Veranstaltungen werden größtenteils in angemieteten Räumen und oft dezentral angeboten, was zwangsläufig sehr aufwendig ist.

Mit dem Ziel, diese Aktivitäten zu bündeln, konnte die AGDM im Jahre 1996 aufgrund der finanziellen Unterstützung durch die Stadtgemeinschaft Allenstein, die Kreisgemeinschaft Allenstein-Land und die Landsmannschaft Ostpreußen das ehemalige Finanzamt an der Bahnhofstraße käuflich erwerben. Mit dem Namen „Haus Kopernikus" soll es ein Ort deutsch-polnischer Begegnung werden; eine Brücke von Land zu Land, von der Vergangenheit in die Zukunft.

Es folgte eine Zeit, so berichtete Renate Barczewski, langwieriger und aufreibender Vorarbeiten, zumal das Gebäude unter Denkmalschutz steht. Nachdem die Anfinanzierung durch die deutsch-polnische Stiftung in Warschau sichergestellt war, konnte mit der umfangreichen Sanierung von den Kellerräumen bis zum Dachfirst begonnen werden. Die Renovierungsarbeiten werden mit Nachdruck von der AGDM betrieben, so daß dieses „Haus Kopernikus" seiner völkerverbindenden Funktion alsbald übergeben werden kann. Landrat Manfred Hugo, sein Stellvertreter Manfred Bolte und einige Delegationsteilnehmer überzeugten sich am nächsten Tag auf der Baustelle vom Fortgang der Arbeiten und waren sehr beeindruckt vom Umfang dieser Sanierungsmaßnahme.

Auf dem Reiseprogramm standen neben vielen Gesprächen natürlich auch Besichtigungen vieler bedeutender Kulturdenkmäler und Gedenkstätten im Ermland und in Masuren. So wurde u. a. der Oberländische Kanal mit einer Schiffsfahrt von Osterode aus in Richtung Elbing, die Wolfsschanze nahe Rastenburg und ein Erholungszentrum am Lansker See besichtigt. In Heiligelinde wurde Halt gemacht, um die herrliche Orgel zu bestaunen und einem anschließendem Orgelkonzert zu lauschen. Die Rundreise endete in Dietrichswalde mit dem Besuch der Wallfahrtskirche, in welcher Kanonikus Johannes Gehrmann eine Messe für die Reisegesellschaft zelebrierte. Außerdem wurden der Osnabrücker Delegation Einblicke in Grund- und Berufsschulen geboten sowie ein Kinderheim und ein Heim für geistig Behinderte besichtigt.

Der Partnerschaftsbeauftragte des Landkreises Osnabrück, Karl-Heinz Finkemeyer, hatte in Abstimmung mit dem polnischen Landrat ein abwechslungsreiches Reiseprogramm aufgestellt, welches die Reiseteilnehmer mit einer Vielzahl von Sehenswürdigkeiten deutschen Kulturgutes bekannt machte, gleichzeitig ihnen die Menschen, ihre Gastfreundschaft und die unvergeßliche Seenlandschaft näherbrachte. Alle diese Eindrücke sind Grundstock für den weiteren Ausbau der Zusammenarbeit zwischen den beiden Landkreisen Osnabrück und Allenstein; zum Wohle aller Menschen im Raume Allenstein. **A. G.**



Allenstein, größte Stadt Süd-Ostpreußens, fehlte nicht auf dem Besichtigungsprogramm Foto Mattern

Preußischer Mediendienst

Immer gut geschenkt
Für jeden Anlaß geeignet



Bachtin / Doliesen
Vergessene Kultur - Kirchen in Nord-Ostpreußen
Eine vollständige Bilddokumentation der Kirchenbauten im nördlichen Ostpreußen und der Vergleich mit den historischen Abbildungen geben einen Überblick über deren einstige Schönheit und den Grad der heutigen Zerstörung.
264 S., zahlr. Abb.
DM 34,80
Best.-Nr. H2-41



Emil Guttzeit
Ostpreußen in 1440 Bildern
Der Klassiker - eine einmalige Bilddokumentation (auch farbige Aufnahmen) aus der Zeit vor 1945.
740 Seiten, gebunden in Leinen, Schuber. Ausführl. Textteil
DM 128,00
Best.-Nr. R1-1

Reiseführer



Henning Sietz
Kurische Nehrung
Der Reiseführer bietet geschichtliche Erklärungen, Vorschläge für Wanderungen, Beschreibungen aller Ortschaften und Sehenswürdigkeiten, ein Verzeichnis wichtiger Anschriften, ein zweisprachiges Register der Ortsnamen, Regionalkarten sowie viele Farbfotos.
217 Seiten, brosch.
DM 26,80
Best.-Nr. L2-2



Reiseführer Ostpreußen -südlicher Teil- Westpreußen und Danzig
304 Seiten
DM 24,80
Best.-Nr R1-6

Jan Baldowski
Reiseführer Ermland und Masuren
Ein wertvoller Begleiter durch die Landschaft mit vielen Vorschlägen für Besichtigungstouren zu Wasser und zu Lande. Karten, Anschriften, Ortsbeschreibungen.
293 S. viele Farbf.,
DM 29,80
Best.-Nr. L2-5



Reiseführer Königsberg und Umgebung
von Juri Iwanow
242 Seiten, viele Farbfotos, Karten, wichtige Anschriften u.v.m.
DM 29,80
Best.-Nr. L2-3

Ostpreußen



Fritz R. Barran
Städte-Atlas Ostpreußen
Karten und Pläne aller Städte und Kreise, Einwohnerzahlen und alles Wissenswerte (Stand 1939).
DM 49,80
Best.-Nr. R1-41



Felizitas Tank
Auf den Spuren der Trakehner
Pferde, Gestüte, Züchter
Die Flucht aus Ostpreußen überlebte nur ein Bruchteil der Trakehner, dieser edelsten Rasse deutscher Warmblutpferde. Berichtet wird vom Neubeginn nach dem Krieg: Gestüte, Züchter und wundervolle Pferde, die das Erbe der Trakehner fortführen.
144 Seiten, geb.
DM 49,80
Best.-Nr. H2-42

Ulla Lachauer
Ostpreußische Lebensläufe
Es geht um ostpreußische Kindheiten, um das Trauma der Vertreibung aus der Heimat, um die Zerstreuung der Einzelschicksale in alle Winde. Behutsam porträtiert Ulla Lachauer ostpreußische Lebenswege.
333 S., Taschenbuch
DM 16,90
Best.-Nr.R2-8

Beiträge zur objektiven Zeitgeschichtsforschung



Dieckert/Großmann
Der Kampf um Ostpreußen
Der umfassende Dokumentarbericht über das Kriegsgeschehen in Ostpreußen.
232 S., 48 Abb., geb.
DM 29,80
Best.-Nr. M1-2



Franz W. Seidler
Die Wehrmacht im Partisanenkrieg
Prof. Seidler zeigt, daß die russische Partisanenbewegung vorsätzlich grausam und völkerrechtswidrig eingesetzt wurde.
286 Seiten, geb.
zahlreiche Bilder
DM 49,80
Best.-Nr. L5-2



Albert Kesselring
Soldat bis zum letzten Tag
Die Lebenserinnerungen von Generalfeldmarschall Kesselring, geschrieben während seiner Haftzeit nach dem Zweiten Weltkrieg.
Eine einzigartige historische Quelle, die die wesentlichen Überlegungen der deutschen militärischen Führung widerspiegelt und eine angemessene Antwort auf die pauschale Diffamierung der deutschen Soldaten gibt.
476 S., gebunden
DM 58,00
Best.-Nr.



Franz W. Seidler
Deutscher Volkssturm
Das letzte Aufgebot 1944/1945
415 Seiten, geb.
zahlr. Abbildungen
DM 29,80
Best.-Nr. W1-51



Heinz Schön
Flucht über die Ostsee 1944/45 im Bild
Über 2,5 Millionen Zivilisten sowie verwundete Soldaten wurden 1944/45 über die Ostsee evakuiert.
Einmaliges Bildmaterial. (700 Abb.)
228 Seiten, geb.
DM 24,80
Best.-Nr. M1-3



(Hrsg. W. Görlitz)
Wilhelm Keitel
Generalfeldmarschall und Chef des Oberkommandos der Wehrmacht
Erinnerungen
Die sensationellen Aufzeichnungen, die Keitel in der Nürnberger Haft bis wenige Tage vor seiner Hinrichtung am 16. Oktober 1946 führte.
558 S., gebunden
DM 58,00
Best.-Nr. B2-475



Heinz Schön
Ostsee '45 - Menschen, Schiffe, Schicksale
Die dramatische Flucht über die Ostsee 1944/45. Eine einzigartige Materialsammlung.
696 S. zahlr. Bilder
DM 29,80

Helga Hirsch
Die Rache der Opfer
Deutsche in polnischen Lagern 1944 - 1950
Über 100.000 deutsche Zivilisten, mehrheitlich Frauen, Kinder und Alte, waren zwischen 1944 und 1950 in polnischen Lagern interniert. Zehntausende kamen um. Ein erschütterndes Dokument.
222 S.. Taschenbuch
DM 16,90
Best.-Nr.R2-6

Ostpreußische Literaturgeschichte



Helmut Motekat
Ostpreußische Literaturgeschichte mit Danzig und Westpreußen
Der Verfasser entwirft ein Gesamtbild der in 700 Jahren deutscher Geschichte entstandenen ostpreußischen Literatur. Zugleich behandelt dieses Werk die gesamte Bildungsgeschichte des Landes wie seine Musik, Kultur und Theatergeschichte, die religiösen Strömungen. Zahlreiche Abbildungen veranschaulichen Kultur, Kunst und Lebensformen dieses Landes.
456 S., zahlr. Abb.
Best.-Nr. S10-1
(früher DM 68,00)
jetzt nur DM 39,80

Der Bombenkrieg im Zweiten Weltkrieg



Maximilian Czesany
Europa im Bombenkrieg 1939-1945
Der Autor widerlegt alle Legenden bezüglich der deutschen Luftangriffe auf Warschau, Rotterdam und Coventry. Demgegenüber war der alliierte Bombenkrieg ein eindeutiges Kriegsverbrechen. 17 europäische Länder waren betroffen. Ein Standardwerk mit genauen Angaben zu allen großen Operationen, Opferzahlen und Zerstörungen.
744 S. Ln. geb.
DM 49,80

Video-Neuerscheinung



Masuren
Eine Reise durch das heutige Masuren, das "Land der Tausend Seen" und der endlosen Wälder. Der Reiseweg führt durch die alte Hansestadt Thorn, geht über Osterode, Allenstein, Heilige Linde, den zerstörten Bunkern der ehemaligen Wolfsschanze, Lötzen, Rhein bis nach Nikolaiken.
ca. 60 Min. Farbe
DM 39,95
Best.-Nr. F3-1

Video - Ostpreußen im Todeskampf



Ostpreußen im Todeskampf '45
Dokumentation der Tragödie von Januar bis Mai 1945
Schwerpunkte dieses Films sind die Flucht der Landbevölkerung - insbesondere wo sie mißlang -, die Rettung über die Ostsee, die Aufreibung der 4. Armee im Heiligenbeiler Kessel, der Kampf um die Festung Königsberg und deren Kapitulation am 9. April, die Rückzugsgefechte vom Samland in die Weichselniederung bis zur letzten Ablandung vom Hafen Hela am 8. Mai 1945 und immer wieder das Wüten der Rotarmisten in den eroberten Gebieten, insbesondere in Königsberg, wo nach der Kapitulation das Grauen erst richtig begann.
Laufzeit: 122 Minuten
DM 49,95
Best.-Nr. P1-73

Video-Neuerscheinung



Ostpreußen im Inferno 44/45
Dokumentation der Tragödie von Juni 1944 bis Januar 1945
s/w und in Farbe
Laufzeit: ca.83 Min.
DM 39,95
Best.-Nr. P1-71

Dieser erst Teil der auf drei eigenständige Teile angelegten Filmreihe über die ostpreußische Tragödie rekonstruiert die Monate vom Einbruch der deutschen Ostfront 1944 bis zur sowjetischen Januaroffensive 1945. Schwerpunkte sind die Zerstörung Königsbergs in den zwei Bombenangriffen Ende August 1944, sodann die Oktoberoffensive, in der die Sowjets zum ersten Mal die deutsche Grenze überschritten aber noch einmal gestoppt werden konnten ≤ Stichwort Nemmersdorf ≤, und schließlich die Wintertrecks. Anhand von teilweise noch nie gezeigtem Filmmaterial aus sowjetischen Beständen, historischen deutschen Aufnahmen, Filmaufnahmen von heute sowie zahlreichen Interviews mit Augenzeugen wird der dramatische Untergang der in 700 Jahren gewachsenen ostpreußischen Kulturlandschaft nachgezeichnet.

Video-Neuerscheinung



Schwarzweiß- und Farbaufnahmen aus den 20er und 30er Jahren
Laufzeit: 75 Min.
DM 39,95
Best.-Nr. P1-50

Ostpreußen wie es war
In zum Teil nie gezeigten Filmaufnahmen aus den 20er und 30er Jahren werden Kultur und Tradition Ostpreußens wieder lebendig. Der Film zeigt Kurenfischer beim Bau ihrer Boote und beim Fischfang, die Jagd in Trakehnen, begleitet Bauern bei ihrer Feldarbeit und lädt ein zum Besuch der über 700 Jahre alten Stätten der deutschen Ordensritter wie der "Marienburg" an der Nogat, wo einst der Hochmeister das Land regierte. Elche in den menschenleeren Weiten, die Trakehner Pferde, Königsberg, Elbing und vieles andere

Fahnen



Länderflagge Ostpreußen
DM 28,00
Best.-Nr. B2-23



Flagge Ostpreußen mit Elchschaufel-Wappen
DM 28,00
Best.-Nr. B2-24

Königreich Preußen (1806-1871)
DM 28,00
Best.-Nr. B2-39

Schwarz-rot-gold Deutschlandfahne
DM 28,00
Best.-Nr. B2-41

alle Fahnen im Format 90 x 150

Tonträger



Ostpreußen - Es war ein Land
Agnes Miegel liest aus ihren Gedichten
Zwischenmusik: u.a. Das Ostpreußenlied, De Oadeboar, Anke van Taraw, Geläut der Silberglocken des Königsberger Doms
CD DM 29,80
Best.-Nr. B2-637
MC DM 19,80
Best.-Nr. B2-645

Der Heimat Mutterlaut
Willy Rosenau singt Volkslieder und spricht heitere mundartliche Gedichte aus Ostpreußen.
1 CD
DM 29,80
Best.-Nr. R4-2

Der ostpreußische Elch



Ostpreußischer Elch
Bronzierte Replik auf Marmorsockel
Der Elch weckt wie kein anderes Tier Erinnerungen an die Heimat Ostpreußen.
Höhe 27 cm
DM 298,00
Best.-Nr. H3-1
Höhe 21 cm
DM 229,00
Best.-Nr. H3-2

Autobiographien der Zeitgeschichte



Heinz G. Guderian
Erinnerungen eines Soldaten
Der 2. Weltkrieg aus der Sicht des legendären Panzergenerals.
465 Seiten, 45 Abb., 37 Karten, gebunden
DM 29,80
Best.-Nr. M1-23



Karl Dönitz
Mein soldatisches Leben
Der Großadmiral und Oberbefehlshaber der Kriegsmarine schildert seinen soldatischen Lebensweg
zahlreiche Fotos
286 Seiten, geb.
DM 39,80
Best.-Nr. B2-483

Erich von Manstein
Verlorene Siege
Die fesselnden Erinnerungen 1939-44 des Generalfeldmarschalls zählen zu den bedeutendsten Werken zur Geschichte des Zweiten Weltkrieges.
668 Seiten, geb.
DM 58,00
Best.-Nr. B5-6

Heimatkarte

Heimatkarte Ostpreußen
Großformat: 153 x 78,5
Fünffarbiger Kunstdruck, mit 85 Stadtwappen und einem farbigen Plan der Städte Königsberg und Danzig
DM 19,80
Best.-Nr. S9-1

Wandkalender 2001 - der Heimat verbunden



Wandkalender: "...steigt im Ost' empor - Bilder aus Ostpreußen 2001"
DM 29,80
Best.-Nr. N2-1

Mit 12 einmaligen Landschaftsaufnahmen aus allen Regionen des Landes zwischen Weichsel und Memel führt Sie dieser herrliche Kalender im DIN A3-Format durch das Jahr 2001. Tag für Tag und Monat für Monat sind sie so in der Heimat. Für alle Liebhaber Ostpreußens.

Bücher im Dienst der Wahrheit

Annerose Matz-Donath
Die Spur der Roten Sphinx
Verschwunden, verloren, vom Schweigen verschluckt, so gingen unzählige deutsche Frauen und Mädchen durch die Hölle sowjetischer Folterkeller, die in Mitteldeutschland nach 1945 errichtet wurden.
528 S., zahlr. Fotos u. Dokumente
DM 48,00
Best.-Nr. B2-114

Ihr persönlicher Bestellschein

Das Ostpreußenblatt - Preußischer Mediendienst -
Parkallee 84/86, 20.144 Hamburg oder per Fax an: 040 41400851
(Telefonische Aufträge können nicht bearbeitet werden)

Ich bestelle hiermit zur baldigen Lieferung:

Menge	Bestellnummer	Titel	Preis

Bei Bestellwert über 150 DM versandkostenfreie Lieferung. Liegt der Bestellwert **unter 150 DM** und bei Lieferung **in das postalische Ausland** werden die **Versandkosten** in Rechnung gestellt. Auslandslieferungen nur gegen Vorauskasse! Bei Bestellwerten **unter 50 DM** müssen wir leider eine Bearbeitungspauschale von **5 DM** berechnen. Videofilme, CD und MC sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Vorname: Name:

Straße, Haus-Nr.:

PLZ, Ort: Tel.:

Ort, Datum: Unterschrift:

OB 32/2000

Fortsetzung von Seite 16

Scheu, Angestellte der Verwaltung. Kirchspielvertreter Erich Dowidat reiste so rechtzeitig nach Schönberg, daß noch weitere notwendige Besprechungen geführt werden konnten. Erster Ansprechpartner war Wilfried Zurstrassen, Bürgermeister des Ortes. Seiner Initiative ist es zu verdanken, daß die Patenkinder turnusgemäß alle zwei Jahre eingeladen werden, und zwar jeweils am Wochenende nach Himmelfahrt. Diese Vereinbarung wurde bereits zu Beginn der Patenschaft im Jahre 1953 getroffen. Ein Diavortrag über den Heimatort Trappen gestern und heute wurde zur Einstimmung auf das Treffen am Abend zuvor von Landsmann Helmut Barsties geboten. Wehmut kam auf, Erinnerungen an die Jugendjahre wurden wach. Offiziell eröffnet wurde das Treffen am Gedenkstein „Trappener Weg". Kirchspielvertreter Dowidat begrüßte die Teilnehmer sehr herzlich, ganz besonders auch den Bürgermeister. Dieser ließ es sich nicht nehmen, die Trappener persönlich willkommen zu heißen. Weiter versicherte er, daß die Treffen auch in Zukunft stattfinden werden, denn das Versprechen von 1953 gelte nach wie vor, denn Patenschaften seien unauflösbar. Im Anschluß trafen sich die Teilnehmer im örtlichen Heimatmuseum zu Kaffee und Kuchen. Festlich wurde der Abend im Gemeindesaal der evangelischen Kirche gestaltet. Ein gemischter Chor trug zur Unterhaltung mehrere Stücke vor. Für gute Stimmung sorgte zudem ein Alleinunterhalter, so daß nach dem Festessen auch kräftig das Tanzbein geschwungen wurde. Der Vertreter des Bürgermeisters überbrachte die Grüße der Gemeinde. Seine herzlichen Worte fanden großen Widerhall. Als Gastgeschenk konnte Erich Dowidat ihm einen Aschenbecher aus Opal-Schmuckstein mit der Gravur „Millennium 2000, 47 Jahre Patenschaft Schönberg–Trappen" und dem Elchsymbol überreichen. Tags darauf fand der Pastor beim Gottesdienst besinnliche Worte zu Flucht und Vertreibung wie auch zu der bestehenden Patenschaft. Es sei ein Glücksfall für die Trappener, sich in Schönberg zu Hause fühlen zu dürfen. Der Besuch des Schiffahrtsmuseums in Kiel war ein weiterer Programmpunkt des Tages, der seinen Abschluß im Hotel Ruser fand. Die Wünsche, sich erneut in Schönberg zu treffen, waren beim Abschied nicht zu überhören.

Urlaub/Reisen

Geschäftsanzeigen

Seniorenfreizeiten im Ostheim in Bad Pyrmont

Freizeiten im Ostheim, das sind gemeinsame Urlaubstage mit einem dosierten Programmangebot, das wohl für jeden Gast etwas zu bieten hat. Der Tag beginnt nach dem Frühstück mit einem morgendlichen SIngen oder der Gymnastik. Am Vormittag wird Bad Pyrmont mit seinen Sehenswürdigkeiten und Einkaufsmöglichkeiten erkundet. Nach der wohlverdienten MIttagsruhe laden das Haus oder eines der vielen Cafés im Ort zum Kaffeetrinken ein, oder man beteiligt sich an einer geführten Wanderung. Ein Nachmittag ist für eine Halbtagesfahrt in die nähere Umgebung reserviert. Am Abend bietet das Programm Diavorträge oder Videofilme, Tanz- oder Spielabende, man sieht fern oder spielt gemeinsam Karten und tauscht Erinnerungen aus der Heimat aus. Am letzten Abend feiern wir nach ostpreußischer Art Abschied, zu dem jeder nach seinen Möglichkeiten lustige und besinnliche Beiträge beisteuern kann. Sie sind in einer Gemeinschaft mit ostpreußischen und ostdeutschen Landsleuten wie in einer großen Familie.

Herbstliche Ostpreußentage

Montag, 25. September, bis Donnerstag, 5. Oktober 2000, *10 Tage*
Doppelzimmer/Person DM 672,– / Einzelzimmer DM 792,–

Adventsfreizeit

DMontag, 27. November bis Montag, 4. Dezember 2000, *7 Tage*
Doppelzimmer/Person DM 475,– / Einzelzimmer DM 583,–

Die Kurtaxe wird vom Staatsbad separat erhoben.

Anmeldungen richten Sie bitte *nur schriftlich* an:

Ostheim – Jugendbildungs- und Tagungsstätte, Parkstraße 14, 31812 Bad Pyrmont
Telefon: 0 52 81/93 61-0, Fax: 0 52 81/93 61-11

Suchanzeigen

Wer weiß etwas vom Einmarsch der Russen in Guttenfeld/Krs. Pr. Eylau? Wer kennt oder kannte Erna Wobbe, damals 22 Jahre alt, beschäftigt bei Bauer Reddig in Guttenfeld. Auskünfte bitte an: Wolfgang Klink, Hessestraße 8, 78652 Deisslingen.

Bekanntschaften

Noch einmal eine Partnerschaft/Freundschaft oder mehr erleben möchte ein bewegliche Witwer, evang., Anf. 70, 1,70 m, NR, sportlich (wandern, radeln, Wassersport), kulturell u. zeitgeschichtlich aufgeschlossen, aus dem Raum Hannover-Hamburg. Zuschriften unter Nr. 01964 an Das Ostpreußenblatt, 20144 Hamburg

Verschiedenes

Familienanzeigen

Unsere liebe Mutti, Schwiegermutter und Omi wurde am 9. August 2000

90

Jahre alt.

Dora Bedarf

geb. Bast

aus Cranz/Königsberg (Pr), Parkstraße 2

jetzt Bilser Str. 8 E
22297 Hamburg

Es gratulieren von Herzen

Helga und Hans, Klaus und Ute
Enkelin Annette
und die 3 Urenkel

Am 15. August 2000
feiern wir den

80.

Geburtstag

unserer Mutter

Christel Werner

geb. Skretzka

aus Fuchshöfen, Schrombehnen
Corwingen und Adl. Plinken

heute Kiekbuscher Landstraße 5
23719 Sarau-Glasau

Es gratulieren von Herzen
die Töchter, Schwiegersöhne
und Enkelkinder

Ihren 70. Geburtstag

feiert am 14. August 2000

Frau

Edeltraut Eggl

geb. Petereit

aus Tilsit/Ostpr., Haugstraße 4
jetzt Ob. Römerstraße 22, 94527 Aholming

Es gratulieren ganz herzlich
die Kinder, Enkelkinder und Geschwister

Wir trauern um unsere Heiligenbeiler Freundin

Irene Link

* 4. 5. 1929 † 26. 7. 2000
Kirchzarten

Ingeborg Will, geb. Schroeder
Margot Staeck, geb. Wenk

Freiburg, im Juli 2000

Wirf allen Kummer hin
und schicke dich,
die Tiefe zu
durchschreiten.
Kommt schon ein Sturm
dein Jesus wird dich leiten.

Michael Kongehl
1646–1710

Von guten Mächten wunderbar geboren
erwarten wir getrost, was kommen mag.
Gott ist bei uns am Abend und am Morgen
und ganz gewiß an jedem neuen Tag.
Bonhoeffer

Ihr Leben war Liebe und Fürsorge für uns.
In stiller Trauer nehmen wir Abschied von meiner lieben Frau, unserer stets besorgten Mutter und Schwiegermutter, Oma, Uroma, unserer Schwester, Schwägerin, Tante und Cousine

Hedwig Janetzko

geb. Paskarbeit

* 28. 9. 1915 † 24. 7. 2000
Schillen/Ostpr. Drebber/Krs. Diepholz

Harry Janetzko
Renate und Werner Stief
Rita und Harry Scheibe
und Tobias
Sabine und Manfred Gerding
und Stefan
Katrin und Friedrich
und Marvin und Bjarne
Kerstin und Klaus
und alle Angehörigen

Hauptstraße 48, 49457 Drebber

Die Beisetzung fand am Donnerstag, dem 27. Juli 2000, auf dem Friedhof in Jacobidrebber statt.

Nach längerer Krankheit entschlief heute unsere Mutter und Großmutter

Elfe Jeglin

geb. Pelzner

* 26. 11. 1909 † 29. 7. 2000
Riesenburg, Westpreußen

Sie wurde liebevoll gepflegt

Eckart Jeglin und Dr. Silke Jeglin
Dr. Brigitte Dahl, geb. Jeglin und Per Dahl
Renate Petrowitsch, geb. Jeglin
und Rüdiger Petrowitsch
Sylvia, Natalie, Tanja, Andreas und Katharina
sowie alle Angehörigen

Graf-Edzard-Straße 15, 26721 Emden, den 29. Juli 2000
Die Beerdigung fand am Mittwoch, dem 9. August 2000 in Emden statt.

Die Sonne sank, ehe es Abend wurde.

Zur Erinnerung

Margarete Dost

geb. Gerlach

geb. 18. 7. 1909 Maldeuten
gest. 12. 8. 1997 Berendshagen

Die Kinder und Familien



Nach einem erfüllten Leben voller Liebe und Fürsorge entschlief unser lieber Vater, Schwiegervater, Opa, mein Bruder, Schwager und Onkel

Emil Heft

* 6. 12. 1908 † 5. 5. 2000
in Schleuwen
Ostpreußen

Im Namen der Familie
Ursula Willutzki, geb. Heft

Hauptstraße 82, 23860 Groß Schenkenberg





In Trauer und Dankbarkeit
nehmen wir Abschied von

Herbert Lehmann

1919 – 2000

Obwohl in Halle an der Saale geboren, stand er den Ostpreußen, vor allem der Heimatkreisgemeinschaft Angerburg, mehr als vier Jahrzehnte mit Rat und Tat zur Seite. Dafür verlieh ihm die Landsmannschaft Ostpreußen das Goldene Ehrenzeichen.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren

Der Bundesvorstand der Landsmannschaft Ostpreußen

Bernd Hinz, Stellv. Sprecher — Wilhelm v. Gottberg, Sprecher — Dr. Wolfgang Thüne, Stellv. Sprecher

---

Und meine Seele spannte weit ihre Flügel aus,
flog durch die stillen Lande, als flöge sie nach Haus.
Joseph v. Eichendorff



Charlotte Hache

geb. Hungerecker

geb. 30. Januar 1912 gest. 25. Juli 2000
Tilsit – Lötzen – Rastenburg

In Liebe und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von unserer lieben Mutter

Dr. Klaus Hache
mit Familie
Doris Lempart, geb. Hache
mit Familie

Ahrstraße 55, 53757 St. Augustin



Weinet nicht, ich habe alles überwunden,
bin erlöst von Schmerz und Pein,
denkt an mich in stillen Stunden,
und laßt mich in Liebe bei Euch sein.

Erna Packschies

geb. Ruddeck

* 18. 1. 1915 in Ostpreußen
† 19. 7. 2000 in Hennen

Ihre Liebe und Fürsorge galt uns allen.
Dafür danken wir Ihr.

Antonio und Viktoria Giavalisco, geb. Packschies
mit Peer-Oliver und Patrick
Lothar Ruddeck

Karl-Meermann-Straße 14, 58640 Iserlohn (Hennen)
Die Trauerfeier fand am Montag, dem 24. Juli 2000, um 12.30 Uhr in der Kapelle des Friedhofes zu Hennen statt. Die Beisetzung war anschließend.



Nach kurzer, schwerer Krankheit entschlief für uns alle plötzlich und unerwartet unsere liebe gute Mutter, Schwiegermutter, beste Oma, Schwester, Schwägerin und Tante

Elli Gutzmer

geb. Woldeit

* 11. 12. 1925 † 9. 7. 2000
Hallenau Wolfenbüttel
Kr. Labiau

In stiller Trauer
im Namen aller Angehörigen
Gerhard Gutzmer

Leinderstraße 11, 38304 Wolfenbüttel

Gott ist Liebe, und wer in der Liebe bleibt,
der bleibt in Gott und Gott in ihm.
(1. Joh. 4,16)

Im Glauben an den Frieden Gottes entschlief heute unsere geliebte Mutter, Schwiegermutter und Großmutter

Helga v. Engel

geb. de la Chaux

geb. am 1. Januar 1920 in Palmburg, Ostpreußen — gest. am 1. August 2000 in Königswinter

In Trauer, Liebe und Dankbarkeit
Dagmar v. Heinemann, geb. v. Engel
Olgard v. Heinemann
Michael, Andreas, Ulrike
Burkhard v. Engel
Bettina v. Engel
Harro Förster
Philipp und Felix
Johann-Friedrich v. Milczewski

Traueranschrift: Dagmar v. Heinemann, Auf der Anwend 1, 56333 Winningen
Bettina v. Engel, Im Brühl 23, 54317 Gutweiler
Die Beerdigung hat auf dem Bonner Südfriedhof stattgefunden.

Die Liebe höret nimmer auf.
Still ging dein Lebenskampf
zu Ende, nun ruh'n
deine fleißigen Hände,
hast treu gedient
dein Leben lang –
nimm nun mit Freude
Gottes Lohn in Empfang.
Mutter, ruhe nun in Frieden,
empfang den Lohn für deine Müh'.
Du bist zwar jetzt von uns geschieden
doch unsere Liebe endet nie.
Danke, Mutter

Heute entschlief im gesegneten Alter von fast 93 Jahren unsere geliebte, herzensgute Mutter, Großmutter, Urgroßmutter und Tante

Luise Auguste George

geb. Fernitz

Seestadt Pillau und Ostseebad Neuhäuser,
Jucknischken, Kr. Stallupönen

In Liebe und Dankbarkeit
nehmen wir Abschied
Renate George
Ewald und Ursula George
Enkelkinder
Monika und Franz
Petra und Uwe
Urenkel
Melanie
Stephanie
Natalie
und Christel Konopatzki

Schiphorster Weg 9 a, 23898 Sandesneben, 8. Juli 2000

Die Erinnerung wachhalten

Ostpreußen in Niedersachsen für Förderung der ostdeutschen Kulturarbeit

Braunschweig – Mit großer Sorge erfüllt die Ostpreußen in Niedersachsen die Situation der in der Heimat verbliebenen Deutschen. Der im deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrag vom 17. Juni 1991 für die Deutschen verankerte Volksgruppen- und Minderheitenschutz auf der Basis international anerkannter Erklärungen und Übereinkommen ist nach Meinung der Landesgruppe bisher nicht realisiert worden. Die Landesgruppe verabschiedete daher in ihrer Jahreshauptversammlung eine Resolution (siehe unten).

Eingehend beschäftigten sich die Repräsentanten der Landesgruppe, die sich zusammen mit zahlreichen Gästen zu ihrer Jahreshauptversammlung in Braunschweig trafen, mit der Kulturarbeit für Ostpreußen und Ostdeutschland. Bevor der stellvertretende Landesvorsitzende und Kulturreferent der Landesgruppe Schleswig-Holstein, Edmund Ferner, einen ausgedehnten Gang durch Kultur und Geschichte machte, ließ die Vorsitzende Dr. Barbara Loeffke die dornenreiche, von nicht enden wollenden Schwierigkeiten gekennzeichnete Kulturarbeit der ostdeutschen und vor allem der ostpreußischen Heimatvertriebenen seit der Vertreibung und seit der Inkraftsetzung des Bundesvertriebenengesetzes sowie der Neuorientierung im Jahre 1982 durch die „Grundsatzkonzeption zur Weiterführung ostdeutscher Kulturarbeit" der damaligen Bundesregierung Revue passieren.

Engagierter Einsatz für Ostpreußen: *Barbara Loeffke und Edmund Ferner* Foto privat

Die zunehmende Förderung der Kulturarbeit durch die öffentliche Hand sollte zwar, so wurde beteuert, nicht dazu führen, ostdeutsche Kulturarbeit in staatliche Regie zu übernehmen, aber es blieb nicht aus, daß die „neue Ostpolitik" der Arbeit und den Aktivitäten doch reichhaltig den Stempel aufdrückte. Mit der bewußten Ausschaltung der sogenannten Erlebnisgeneration kamen wichtige Apflriebskräfte zum Erliegen. Bundesstaatsminister Naumann, als der auch für die ostdeutsche Kulturarbeit zuständige Minister in der derzeitigen Bundesregierung, stieß mit seinen Reformplänen, die in die Schließung zahlreicher Einrichtungen münden sollen, auf so großen Widerstand, daß eine Überarbeitung seiner Pläne hoffentlich wieder mehr dem Beitrag der ostdeutschen Kultur an der ganzen deutschen Kultur Rechnung tragen wird. Die Hintanstellung alles Ostdeutschen fand und findet Niederschlag in der im Vergleich mit west- und mitteldeutschen Kultureinrichtungen äußerst schwachen finanziellen Unterstützung.

Edmund Ferner leitete seinen breit angelegten, mit aktuellen politischen Bezügen gespickten Vortrag über „Kulturpolitik und Kulturarbeit für Ostpreußen und Ostdeutschland im Jahre 2000 und darüber hinaus" mit der Feststellung ein, daß eine Wiederbelebung des Sichbesinnens auf die Heimat und die Heimatgebiete und ein Wiederauferstehen des zerstörten kulturellen Erbes kaum ohne die Aktivitäten der Vertriebenen sowie das Zurkenntnisnehmen der geschichtlichen Wahrheit über die Vertreibungsgebiete möglich sein wird. Edmund Ferner machte sich dafür stark, daß die Deutschen und die Nachbarvölker in den Ursprungsregionen der deutschen Kultur nicht nur gemeinsam zur Erhaltung und Pflege der ostdeutschen Kultur beitragen, sondern die in der Bundesrepublik ansässigen Träger der ostdeutschen Kulturarbeit dieses Unterfangen auch nachhaltig unterstützen müßten. Impulse müssen bei der Zusammenarbeit gerade auch von Mitteldeutschland nach Osten gehen. Schließlich sei auch die Aufarbeitung und Dokumentation des Vertreibungsschicksals der Deutschen in der Bundesrepublik dringend notwendig. Es sei zu hoffen, daß das geplante „Zentrum gegen Vertreibung" dieser Aufgabe gerecht und sich nicht auch dem Zeitgeist beugen werde.

Zur Förderung insbesondere des kommunalen Engagements im kulturellen Bereich schlug Ferner die Schaffung eines Preises für hervorragende Leistungen bei der Bewahrung ostdeutscher Kultur vor. Schließlich wies der Referent darauf hin, daß Kultur in allen ihren Erscheinungsformen immer aus der engen Verbindung der Menschen mit der Heimat, mit Vaterland und Nation erwachse, erhalten bliebe und weitergegeben würde.

Sehr aufschlußreich waren im Anschluß die Berichte der Bezirksgruppenvorsitzenden über die Arbeit vor Ort. Das umfangreiche und vielfältige Wirken der landsmannschaftlichen Gruppen findet Niederschlag in zahlreichen Versammlungen mit prominenten Rednern, Ostpreußenfahrten, in der Hilfe für Ostpreußen, durch Teilnahme an öffentlichen Veranstaltungen von Städten und Gemeinden und in der Pflege ostpreußischer Sitten und Gebräuche. Dank dieser Aktivitäten konnten auch neue Mitglieder gewonnen werden. **B. L.**

Erwartungen nicht erfüllt

Resolution der Landesgruppe Niedersachsen

Die von der breiten Öffentlichkeit nicht wahrgenommene, äußerst unbefriedigende Situation der deutschen Heimatvertriebenen hinsichtlich ihres Rückkehrrechts in die Heimat und der heute noch in ihrer Heimat Ostpreußen lebenden Deutschen sowie der desolate Zustand weiter Teile Ostpreußens erfüllt die Landsmannschaft Ostpreußen – Landesgruppe Niedersachsen – mit großer Sorge.

Neun Jahre nach Inkrafttreten des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit vom 17. Juni 1991 muß die Landesgruppe feststellen, daß insbesondere die in Artikel 20 verankerte Zusicherung der Vertragsparteien, „die Rechte und Pflichten des internationalen Standards für Minderheiten" auf der Grundlage gültigen Völkerrechts und international anerkannter Erklärungen und Konventionen zu verwirklichen, bisher nicht eingehalten wurde.

Wir mahnen daher nicht nur die Beachtung und Verwirklichung der im Nachbarschaftsvertrag eingegangenen Verpflichtungen an, sondern erinnern auch nachdrücklich daran, daß bei Beitrittsverhandlungen zur Europäischen Union mit den östlichen Nachbarn unmißverständlich darauf hinzuweisen ist, daß der Volksgruppen- und Minderheitenschutz zu den zentralen Zielen der EU und auch zu der seit langem im Rahmen der Osterweiterung der EU festgelegten rechtlichen Basis der Gemeinschaft gehört und zu einer tragenden Säule der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik erhoben worden ist.

Wir schließen uns der von Prof. Dr. Dieter Blumenwitz vertretenen Meinung an, daß „weder in den bilateralen deutsch-polnischen Beziehungen noch auf multinationaler Ebene bisher Regelungen getroffen werden konnten, die dem Schicksal einer vertriebenen Minderheit ausreichend gerecht werden. Die gemeinschaftsrechtlich verbürgte Niederlassungsfreiheit und Freizügigkeit gewährleisten jedenfalls nicht das anderenorts Vertriebenen eingeräumte Recht auf freie Rückkehr zu ihren Wohnstätten und Vermögen („right to return to their homes und prosperty")."

Gerade zuletzt unter diesem Gesichtspunkt sollten das Recht auf die Heimat und eine qualifizierte Minderheitenschutzbestimmung auch in die Europäische Grundrechte-Charta, mit deren Ausarbeitung sich derzeit ein Ausschuß der EU befaßt, mit aufgenommen werden.



Applaus für die Stifterin: *Ute Bäsmann mit Bürgermeister Seidel und Kreisvertreter Joachim Rudat (rechts) bei der Enthüllung* Foto Rudat

600 Jahre Stadt Allenburg

Gedenkstein zum Gründungsjubiläum enthüllt

Hoya/Weser – Die Stadt Allenburg, eine der drei Städte des Kreises Wehlau, feierte in ihrer Patenstadt Hoya/Weser das Jubiläum „600 Jahre Stadtrechte Allenburg". Bei dieser Gelegenheit wurde vor dem Kulturzentrum Martinskirche von Ute Bäsmann, Mitglied des Wehlauer Kreistages für das Kirchspiel Allenburg, ein Gedenkstein enthüllt. Ursprünglich hatte der Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Wilhelm v. Gottberg, diese Aufgabe übernehmen wollen, war aber aus gesundheitlichen Gründen verhindert.

Sein Grußwort verlas stellvertretend der Vorsitzende der Kreisgemeinschaft Wehlau, Joachim Rudat. Der Sprecher wies in seinem Grußwort darauf hin, daß Allenburg schon vor dem Jahre 1400 eine bedeutsame Siedlung gewesen sein muß, denn nur große Siedlungen mit einer gewissen Wirtschaftskraft erhielten damals Stadtrechte. Hochmeister Konrad von Jungingen hatte Allenburg im Jahr 1400 die Stadtrechte nach dem Magdeburger Recht verliehen. Jungingens Herkunft – er stammte aus einem heute noch existierenden Flecken in Baden-Württemberg – zeigt, woher die Menschen kamen, die Ostpreußen damals zur Blüte brachten.

Durch die Pest von 1709 bis 1711 wurde Ostpreußen stark entvölkert. Neben Reichsdeutschen kamen auch Glaubensflüchtlinge wie Hugenotten und Salzburger sowie Schweizer und Niederländer in die zum Teil fast menschenleeren Landstriche. Ostpreußen habe aus diesem Grunde nicht nur eine deutsche, sondern auch eine europäische Geistes- und Kulturgeschichte. Im Zeitalter des zusammenwachsenden Europas dürfe dieser Aspekt nicht aus den Augen verloren werden. Das Grußwort des Sprechers schloß mit der Feststellung, daß Allenburg lebe und im zusammenwachsenden Europa eine Zukunft habe. Der Stein möge, so v. Gottberg, viele Betrachter zu einem Besuch in Allenburg anregen. Im Namen des Sprechers bedankte sich Joachim Rudat bei den Verantwortlichen der Stadt Hoya, die die Aufstellung des Gedenksteins ermöglicht haben, besonders aber bei Ute Bäsmann, die den Stein gestiftet hat, sowie bei allen Organisatoren der Veranstaltung.

Vorausgegangen war der Gedenksteineinweihung am Vortag ein Empfang im Rathaus mit Bürgermeister Edmund Seidel, der die russischen Gäste, den heutigen Bürgermeister von Allenburg, Oleg N. Smirnow, Farmdirektor Sergej Alejnikow, und die rußlanddeutsche Dolmetscherin Lydia, herzlich begrüßte. Für die Landsmannschaft Ostpreußen sprach Helmut Gutzeit, Vorsitzender der Landesgruppe Bremen.

Bei der Feierstunde am Nachmittag im Kulturzentrum Martinskirche, zu der sehr viele Landsleute gekommen waren, hielt Kurt Palis MdB, aus Klein Engelau bei Allenburg stammend, den Festvortrag. **Ilse Rudat**

Bach-Messe im Königsberger Dom

Potsdamer Chor gab gemeinsam mit russischen Musikern ein Konzert

Nicht nur der rote Backstein der in den letzten Jahren auch grundlegend wiederhergestellten Westfront des Königsberger Doms strahlte an diesem milden Juliabend im Schein der untergehenden Sonne besonders intensiv, sondern die vielen herbeigeströmten Konzertbesucher waren ebenfalls begeistert. Der als Bauherr und Direktor eines russischen, in Königsberg ansässigen Unternehmens für Denkmalpflege für die Restaurierung des Doms verantwortliche Dombaumeister Igor Odinzow hatte zu einem ganz besonders anspruchsvollen Ereignis auf die Dominsel geladen. Der ehemalige Oberst bei den Pionieren hatte nämlich den Chor der Friedenskirche Potsdam unter der Leitung von Kirchenmusikdirektor Jakob für eine Aufführung der h-Moll-Messe von Johann Sebastian Bach gemeinsam mit Musikern des Philharmonischen Orchesters Königsberg gewinnen können.

Mit zwei Bussen waren die Potsdamer Chormitglieder am Vortag in der Pregelstadt angekommen. Die Müdigkeit von der langen Fahrt schien überwunden und auch eine aufgekommene Frustriertheit über die langwierige Grenzabfertigung in Heiligenbeil war durch einen Ausflug an das Kurische Haff abgebaut worden. Während die Brandenburger Gäste auf dem Domvorplatz erst einmal die Abendsonne genossen, füllte sich der Dom rasch mit 750 Besuchern, einige Zuhörer mußten sogar stehen.

Nach nur zwei gemeinsamen Proben des Laienchors aus Potsdam mit den professionellen Königsberger Musikern durften einige Heimatreisende zusammen mit dem heute in Königsberg lebenden Publikum dann an einem Erlebnis teilhaben, wie es wohl schöner nicht sein konnte. Bei einer ausgewogenen Akustik – trotz enormer bisheriger Leistungen bleibt für den Ausbau des Doms, der ohne weitere offizielle deutsche Mittel finanziert werden muß, noch vieles zu tun – bewältigten die Ausführenden die nicht nur an sie gestellten höchsten Ansprüche dieser Bach-Messe meisterhaft, auch eine ahnungsvolle Ergriffenheit bei den Hörern wurde spürbar. Minutenlanger Beifall beschloß im Königsberger Dom die zuversichtliche Bitte der Messe nach Frieden.

Im Bach-Jahr hat der Musiker nach vielen Jahren nun wieder Einzug gehalten in der Stadt am Pregel – dank der engagierten Initiative Igor Odinzows und dank des deutsch-russischen Zusammenwirkens und nicht zuletzt der interessierten Zuhörer aus dem heute russisch verwalteten Königsberg. **Anita Motzkus**

Legende vom Überfall 1941:

Das Umdenken hat begonnen

Der neue Suworow (Teil III): Russische Wissenschaftler und Medien stützen Präventivschlag-These

Von WOLFGANG STRAUSS

Wladimir Sergejew ist ein bekannter Reporter und Publizist, der sich vor allem mit Fragen der Zeitgeschichte beschäftigt. Tabus akzeptiert er nicht. Wie eine Bombe schlug sein Gedenkartikel zum diesjährigen 22. Juni ein, veröffentlicht in der auflagenstarken Moskauer Kulturzeitschrift „Literaturnaja Gaseta" vom 21. Juni (Folge 25). Schon die Überschrift des Dreispalters signalisiert eine Sensation: „Auch wir hatten unseren 'Barbarossa'. Schukow-Plan ist kein Geheimnis mehr."

Im Archiv des Präsidenten der Russischen Föderation entdeckte Sergejew die 20 handgeschriebenen Seiten der Offensiv-Erwägungen vom 15. Mai 1941, kurz „Schukow-Plan", Stalin vorgelegt von Verteidigungskommissar Semjon Timoschenko und Generalstabschef Grigorij Schukow. Ausgearbeitet nach Weisungen der beiden von Generalmajor Alexander Wassilewskij, damals stellvertretender Leiter der Operativen Abteilung im Generalstab. Das Dokument trägt die Stempel „Streng geheim", „Besonders wichtig", „nur persönlich". In der Beilage befinden sich Karten von Polen, Ostpreußen und Teilen des übrigen Deutschland.

Sergejew würdigt die wissenschaftlichen Verdienste Viktor Suworows. Das Phänomen „Eisbrecher" gehöre nicht der Vergangenheit an, argumentiert Sergejew, die Kernaussagen im ersten Buch Suworows (1989) seien immer noch aktuell. Die Aufregung im russischen Historikerstreit habe sich nicht gelegt, Suworows Enthüllungsbuch von 1989 erhalte statt dessen jetzt neuen Auftrieb.

Die Bestätigung der Richtigkeit der Suworow-Thesen im wichtigsten Kulturorgan der russischen Printmedien bedeutet eine moralische wie politische Sensation, denn der Schukow-Plan vom 15. Mai beweist, daß die Sowjetarmee entschlossen und bereit war, einen Erstschlag gegen Deutschland zu führen, Polen und Ostdeutschland zu besetzen, um das Deutsche Reich vom Balkan und damit vom rumänischen Erdöl abzuschneiden.

Ein einheitlicher sowjetischer Invasionsplan habe existiert, schreibt Suworow in „Stalins verhinderter Erstschlag", seinem jüngsten Werk (siehe *OB*, Folgen 30 und 31). „Der deutsche Botschafter, Graf von der Schulenburg, legte diesen Plan am Vormittag des 22. Juni 1941 dem Genossen Molotow ziemlich genau dar und übergab ihm auch ein Aide-mémoire." (S. 230) Dieser Invasionsplan sei eigentlich Grund und Anlaß des „deutschen Angriffs" gewesen, „der eine Präventivmaßnahme zum Schutz vor einem unausbleiblichen und baldigen sowjetischen Angriff darstellte".

Eine der obersten Aufgaben der Wissenschaft ist es, die Menschen vor Legenden zu bewahren. Worauf es ankommt, sind Argumente und Fakten in einem freien Disput, nicht aber Gedankenverbote, Pressionen und Denunziationen, die den deutschen Historikerstreit seit 1986 begleiten.

Zu den zählebigsten Legenden gehört die vom Überfall der Wehrmacht auf die friedliebende Sowjetunion, wobei der Begriff „Überfall" ewige Immunität zu genießen scheint. Er darf keiner Quellenkritik, geschweige einer Revision unterzogen werden. Seit der Auffindung des Schukow-Plans im Archiv des russischen Präsidenten steht indes einwandfrei fest, daß lange vor dem deutschen Barbarossa ein sowjetischen Barbarossa geplant, ausgearbeitet und zum Vollzug freigegeben war.

Übrigens: Wladimir Sergejew scheint nicht der einzige Entdecker des welthistorisch brisanten Dokuments gewesen zu sein – er gibt dies freimütig zu. Ein weiterer Beweis dafür, daß dem Wirken russischer Geschichtsrevisionisten keine Verbotsgrenzen gesetzt sind.

„Auch wir hatten unseren 'Barbarossa'" – mit anderen Worten: Wir, die sowjetische Seite, wollten Deutschland überfallen. Der strategische Aufmarschplan der Roten Armee (von der russischen Historiographie mit dem Kurzbegriff „Erwägungen" eingeführt), am 15. Mai 1941 von Stalin bei einer Konferenz mit Schukow und Timoschenko gebilligt (sein Placet lautete „dobro", deutsch „gut"), sah einen Blitzkrieg vor:

Ausbruch der Panzerdivisionen und Mechanisierten Korps aus dem Brester und Lemberger Balkon, mit Vernichtungsschlägen aus der Luft. Der Auftrag bestand darin, Ostpreußen, Polen, Schlesien und das Protektorat Böhmen und Mähren zu erobern und Deutschland vom Balkan abzuschneiden. Lublin, Warschau, Kattowitz, Krakau, Breslau, Prag galten laut den „Erwägungen" als Angriffsziele.



Blitzkrieg gegen Deutschland: *Stalins Generalstabschef Schukow*

Ein zweiter Angriffskeil zielte auf Rumänien mit der Einnahme von Bukarest. Die Erfüllung des Nahauftrages, die Masse des deutschen Heeres vor der Weichsel, Narew, Oder zu zerschlagen („rasgromitj"), bildete die Voraussetzung für den Hauptauftrag, Deutschland in einem schnellen Feldzug niederzuwerfen. Das in Polen und Ostdeutschland stehende Hauptkontingent der Wehrmacht sollte in kühnen Operationen unter weitem Vorantreiben von Panzerarmeen und Mot.-Schützen-Brigaden eingekesselt und vernichtet werden.

Sehr ausführlich wird im Sergejew-Artikel in der Literatur-Zeitung darüber berichtet, sachgerecht und ohne Polemik. Die Fakten sprechen für sich. Seine Kommentare untermauert Sergejew mit Zitaten. Der thematische Schwerpunkt liegt auf „Überfall auf Deutschland", „Zerschlagung der Wehrmacht", Eroberung Ostpreußens, Schlesiens und des Generalgouvernements in Polen. Auf keinen Fall dürfe die militärische Initiative im unausweichlichen Krieg den Deutschen überlassen werden, heißt es im Schukow-Plan; darum müsse der Angriff der Roten Armee den Feind unvorbereitet treffen.

„Literaturnaja Gaseta": „Auch wir hatten unseren Barbarossa"

Drei Begriffe tauchen im Schukow-Plan mehrmals auf, die den Aggressionscharakter enthüllen: „Überraschungsschlag" („Wnjesapni udar"), „Vorwärtsentfaltung der Streitkräfte der Roten Armee („raswertiwanija"), „Angriffskrieg" („nastupatelnaja woina"). Der Begriff „Erstschlag" kommt in diesem Kriegsplan nicht vor, statt dessen tarnen Stalin und seine Generäle ihre Absichten mit dem schwammigen Terminus „upreschdajuschtschi udar", was soviel wie Präventivschlag heißen kann. Das Endziel – oder die Endlösung der deutschen Frage aus bolschewistischer Sicht – bedarf keiner Camouflage: die Kapitulation der deutschen Kräfte nicht nur in Ostpreußen, sondern im Osten des Reiches generell. Die Deutschen „rasgromitj", so Stalins Losung 1941: Die Deutschen liquidieren. Für die Totalmobilmachung war ein Monat eingeplant, der Zeitraum 15. Juni bis 15. Juli. Michail Meljtjuchow, einer der jüngeren Geschichtsrevisionisten aus der Schule Suworows:

„Davon ausgehend, erscheint es glaubhaft, daß die Kriegshandlungen gegen Deutschland im Juli beginnen mußten." Zu finden auf Seite 106 des Sammelbandes „Plante Stalin einen Angriffskrieg gegen Hitler?", gedruckt 1995 in Moskau. Einzelheiten über den Schukow-Plan waren allerdings schon früher durchgesikkert. Dmitrij Wolkogonow kommt das Verdienst zu, als erster über den Aufmarschplan des sowjetischen Generalstabs Aufsehenerregendes publiziert zu haben. Als Vizechef der Politischen Hauptverwaltung hatte Generaloberst Wolkogonow als einer der wenigen Geheimnisträger Zutritt zu Kriegsarchiven.

Wolkogonow war nicht nur ein kluger Offizier, sondern auch ein mutiger, der auf dem Höhepunkt von Glasnost und Perestroika die ersten bahnbrechenden Werke des nachsowjetischen Revisionismus verfaßte. Auch Viktor Suworow beruft sich auf diesen gewissenhaften, unerschrockenen Kriegshistoriker, über den Botho Kirsch nur Lobendes findet. Wolkogonow – er starb 1995 – habe die zählebigste stalinistische Geschichtslegende zerstören können, urteilt Botho Kirsch: den Mythos vom „Großen Vaterländischen Krieg". Von Wolkogonow stammt der Satz:

„Nur über die Siege von 1945 zu schreiben, bedeutet, über die Niederlagen von 1941 zu lügen. Zu lügen über vier Millionen Kriegsgefangenen und über den Rückzug bis Moskau und an die Wolga."

„Dobro" – „Gut" schrieb Stalin am 15. Mai 1941 unter den Angriffsplan

In seinem Buch „Stalin – Triumph und Tragödie" erwähnt Wolkogonow auch Details des Schukow-Planes, etwa die Absicht des Generalstabschefs, umfangreiche Truppenverschiebungen als Manöverübungen zu tarnen. Diese Verschiebungen beziehungsweise Verlegungen sollten in Weißrußland und Ost-Galizien genügend Offensivkräfte bereitstellen, „um das deutsche Heer dann anzugreifen, wenn es sich noch im Aufmarschstadium befindet, noch keine Front aufbauen und das Gefecht der verbundenen Waffen noch nicht organisieren kann". Der Hauptstoß sollte aus den vorspringenden Geländebögen von Bialystok und Lemberg durch Südpolen in den Raum Krakau-Kattowitz geführt werden.

Im Nachhinein, fünf Jahre nach dem Tod Dmitrij Wolkogonows, wird durch den Sergejew-Artikel in der „Literaturnaja Gaseta" dessen treffsichere Analyse des sowjetischen Angriffsplanes bestätigt. Diese Feststellung schmälert keineswegs die herausragende Leistung Suworows. Der Autor des „Eisbrechers" hat Geschichte gemacht, und er macht immer noch Geschichte, was ein Wladimir Sergejew neidlos anerkennt. Fortschritt und Durchbruch des russischen Revisionismus wären ohne Suworows „Eisbrecher" nicht denkbar. So gesehen, bedeutet die Anerkennung in der „Literaturnaja Gaseta" auch eine Ermutigung für deutsche Geschichtsrevisionisten gerade heute, da Professor Nolte im Kreuzfeuer cognacvernebelter Köpfe der Konterrevisionismus-Front steht, nach seinem Triumph im „Centre National des Recherches Sociales" in Paris, wo ein begeistertes Publikum den deutschen Geschichtsphilosophen mit stürmischem Applaus überschüttete. (Vergleiche hierzu die Philippika eines Robert Goldmann in der „FAZ" vom 31. Juli, betitelt: „Die Rationalisierung des Bösen".)

Wladimir Sergejew, der Mann also, der den 22. Juni-Diskurs neu entfacht hat, indem er Suworows Verdienste herausstellt, beschränkt sich nicht nur auf Lob. Seine Kritik zielt auf den angeblichen Retter Moskaus im Winter 1941 und den Erstürmer Berlins im April 1945. Der geniale Marschall Schukow, war er als Planer und Stratege wirklich genial? Sergejew bezweifelt nämlich die Durchführbarkeit, also die Effizienz des Schukow-Plans im Sommer 1941. Einmal wegen der Transportschwierigkeiten in der UdSSR im Zusammenhang mit der Mobilisierung und Truppenverlegung – Transportchaos war allgemein typisch für das Vorkriegsrußland. Zum anderen wegen der im Osten der UdSSR gelegenen Nachschub- und Reservebasen, weit entfernt vom Aufmarschgebiet in Weißrußland und Galizien. Überdies bemängelt Sergejew Schukows falsche, ja katastrophenschwangere Schwerpunktbildung in der Ukraine, im „Besonderen Kiewer Militärbezirk", wo die sowjetische Heeresgruppe „Südwestfront" über die meisten Panzerdivisionen und Mot.-Schützenbrigaden verfügte. Sie sollte nach Westen vorstoßen, in einer Offensivoperation à la Blitzkrieg („nastupatelnaja operazija"), mit dem Auftrag, die Wehrmacht in Polen und Schlesien einzukesseln, zu zerschlagen und zur Kapitulation zu zwingen.

Tatsächlich kam die „Südwestfront" nach dem 22. Juni erst gar nicht zum Zuge, die Masse ihrer Angriffsverbände – Infanterie, Panzer, Kavallerie, Luftlandetruppen – kapitulierte in den Kesselschlachten von Uman und Kiew.

Schukow irrte noch in einer anderen entscheidenden Frage. Laut Sergejew soll er dem stalinistischen Kriegshistoriker W. A. Anfilow erklärt haben, sein Plan vom 15. Mai 1941 sei von Stalin nicht abgesegnet worden.

Das widerspricht allen glaubwürdigen, wissenschaftlich seriösen Aussagen. Sowohl Wolkogonow und Suworow wie auch der Deutsche Joachim Hoffmann belegen die Tatsache, daß Stalin den Schukow-Plan persönlich abgezeichnet hat (Hoffmann in der „FAZ" vom 11. Mai 1996). Aber was entscheidender ist, weil es die junge Garde der russischen Kriegsursachenforscher betrifft: Fast alle Autoren des Jahrhundertwerkes „Plante Stalin einen Angriffskrieg gegen Hitler?", gedruckt 1995 in einem angesehenen Moskauer Wissenschaftsverlag, erkennen in Stalins „dobro" auf der letzten Seite des Schukow-Planes nicht nur eine Paraphe, sondern kurz und schlicht dies: „Dobro". Und das heißt wie erwähnt „gut". Der Überfall auf Deutschland, vom Vater aller Völker gebilligt. *(Schluß)*